

BAND 1

**Die Verfolgung und Ermordung der
europäischen Juden durch das nationalsozialistische
Deutschland 1933–1945**

Herausgegeben
im Auftrag des Bundesarchivs,
des Instituts für Zeitgeschichte und des Lehrstuhls für
Neuere und Neueste Geschichte an der Albert-Ludwigs-
Universität Freiburg

von

Götz Aly, Wolf Gruner, Susanne Heim,
Ulrich Herbert, Hans-Dieter Kreikamp, Horst Möller,
Dieter Pohl und Hartmut Weber

R. Oldenbourg Verlag München 2008

**Die Verfolgung und Ermordung der
europäischen Juden durch das nationalsozialistische
Deutschland 1933–1945**

Band 1

**Deutsches Reich
1933–1937**

Bearbeitet von Wolf Gruner

R. Oldenbourg Verlag München 2008

Die Edition »Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933 – 1945« (VEJ) wird 16 zeitlich und territorial gegliederte Bände umfassen:

- Deutsches Reich
1933 – 1937
- Deutsches Reich
1938 – Aug. 1939
- Deutsches Reich und Protektorat
Sept. 1939 – Sept. 1941
- Polen
Sept. 1939 – Juli 1941
- West- und Nordeuropa
1940 – Juni 1942
- Deutsches Reich und Protektorat
Okt. 1941 – Juni 1943
- Sowjetunion mit annektierten Gebieten I
- Sowjetunion mit annektierten Gebieten II
- Polen: Generalgouvernement
Aug. 1941 – 1945
- Polen: Eingegliederte Gebiete
Aug. 1941 – 1945
- Deutsches Reich und Protektorat
Juli 1943 – 1945
- West- und Nordeuropa
Juli 1942 – 1945
- Slowakei, Rumänien, Bulgarien
1939 – 1945
- Südost- und Südeuropa
1941 – 1945
- Ungarn
1944 – 1945
- Das KZ Auschwitz 1942 – 1945
und die Zeit der Todesmärsche 1944 / 45

ften jüdischer Gemeinden oder allen wurden Personalakten und Gutmachungs- und Entnazifizierungsprozessen, auf die NS-Zeit bezogen, verwendet: in erster Linie die des Reichsdienstes der DDR und der Bundesrepublik), die heute im Bundesarchiv (BArch) vollständig zu ermitteln sind. Die gesicherten Angaben wie z. B. Namen, wird auf eine entsprechende Weise wie Adolf Hitler, Thomas Mann etc. abgesehen.

Begriffe des nationalsozialistischen Völkern Wörter wie Altreich (gemeint der Judenfrage, Judenrat etc. Der Begriff wird nativ gebraucht. Die Begriffe der Zeit entsprechend, auch für den haben, aber aufgrund der Rassenpolitik ausgesetzt waren. Begriffe wie auch Termini technici der Zeit, die nicht klar zu definierender Genese begründen. Er bildet einen graphischer Strenge und dem Besetzen.

Lehrfachnennung im Glossar erläutern auch in den schon 1919 abgetrennten Gebieten. Dasselbe gilt für die einst gemeinsamen Beckens, also für Eger, Karlsbad, Prag etc. Namen im Zeichen systematischer Ordnung wurden, steht der landesübliche Begriff nicht, wenn die Sache ist (z. B. Lemberg, Brünn, Krakau) national geläufig wurde: Kaiserwald,

Einleitung

Seit nunmehr zwei Generationen wird die Vorgeschichte des Holocaust erforscht. Viele früher umstrittene Fragen sind inzwischen geklärt. Weitgehend herrscht Einigkeit darüber, dass die von der Führung des Deutschen Reichs gefällte Entscheidung zur Ermordung der europäischen Juden nicht auf einem lange zuvor gefassten Plan beruhte. Auch ist die 1933 begonnene antisemitische Staatspolitik gründlich analysiert. Zwar übertraf sie schon nach wenigen Monaten die damals in vielen Ländern gängigen Formen der Diskriminierung von Minderheiten, doch zu diesem Zeitpunkt „hätte kein Bürokrat vorhersagen können, welche Art von Maßnahmen man 1938 ergreifen würde, noch war es 1938 möglich, den Ablauf des Geschehens im Jahr 1942 vorzusehen.“¹ Der Weg dorthin verlief in vielen komplizierten Einzelschritten. Er führte zu dem im Sommer 1941 begonnenen beispiellosen Vorhaben, eine zuvor „rassisch“ definierte Bevölkerungsgruppe von elf Millionen Menschen ohne Ansehen von Alter und Geschlecht in möglichst kurzer Zeit auszurotten. Die deutschen Verfolger nannten das „Endlösung der Judenfrage“. Bis zum 8. Mai 1945 ermordeten sie annähernd sechs Millionen Menschen, weil sie Juden waren oder zu solchen erklärt wurden.

Die Entscheidungen zur stufenweisen Entrechtung der deutschen Juden wurden zwischen 1933 und 1941 von den Vertretern unterschiedlicher Institutionen und gesellschaftlicher Vereinigungen vorbereitet, beeinflusst und getroffen, ebenso von Einzelpersonen, allen voran Adolf Hitler. Sie alle ließen sich von weltanschaulich geprägtem Großgruppenhass leiten, von materiellen Interessen, politischen und später militärischen Erwägungen. Als der Massenmord beschlossene Sache war, wurde er maßgeblich, aber nicht allein von Deutschen durchgeführt. Die Technik der Verfolgung, den Aufbau der Vernichtungslager und das Morden entwickelten und verantworteten Deutsche, wengleich sie für die Durchführung des Projekts „Endlösung“ in den besetzten europäischen Ländern auf jeweils unterschiedliche Weise und in unterschiedlichem Maße Regierungen, Bürokratien, Polizeieinheiten und viele Einzelpersonen zur Mitarbeit gewannen. Damit werden weder die Schuld noch die Verantwortung der Deutschen relativiert; doch zur Rekonstruktion der Ereignisse muss auch die Frage, wie die Judenverfolgung in den einzelnen besetzten und verbündeten Ländern politisch implementiert wurde, gestellt werden. Die 1928 einsetzenden Wahlerfolge der NSDAP und die Machtübernahme Hitlers 1933 lassen sich im Wesentlichen aus der politischen Situation erklären, die mit der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg, mit der Demütigung von Versailles und der Inflation ent-

¹ Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, Frankfurt a. M. 1990, S. 56. Hans Mommsen entwickelte dafür früh den Begriff der kumulativen Radikalisierung; Hans Mommsen, Der Nationalsozialismus. Kumulative Radikalisierung und Selbstzerstörung des Regimes, in: Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Bd. 16, Stuttgart 1976, S. 785–790; dazu auch Karl Schleunes, The Twisted Road to Auschwitz. Nazi Policy towards German Jews 1933–39, London 1972; Uwe Dietrich Adam, Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972; Leni Yahil, Die Shoah. Überlebenskampf und Vernichtung der europäischen Juden, München 1989; Peter Longerich, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der Judenvernichtung, München 1998; Saul Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden, Bd. 1: Die Jahre der Verfolgung 1933–1939, München 1998, Bd. 2: Die Jahre der Vernichtung. Das Dritte Reich und die Juden 1939–1945, München 2006.

standen: aber den Hausiererhandel bekämpfte man, die Juden wollte man niedergehalten wissen, die Prügelstrafe hielt man in Kriminalsachen für unentbehrlich.“⁶

Für die derart reduzierte Idee von der bürgerlichen Freiheit steht exemplarisch Friedrich List. Der in Reutlingen geborene, dann in Tübingen lehrende Professor und Vorkämpfer des Zollvereins und Eisenbahnbaus bemerkte 1817: „Auch können Leute aus solchen Menschenklassen, deren Religion oder allgemeiner Charakter sich mit der bürgerlichen Gesellschaft nicht verträgt, z. B. Juden, Separatisten usw., keiner Gemeinde aufgebürdet werden.“ Mit Nachdruck trat er 1818 dafür ein, die Katholiken im lutherisch geprägten Königreich Württemberg als Gleichberechtigte zu akzeptieren, hieraus folge „aber nicht, dass man zum entgegengesetzten Extrem übergehen und z. B. jetzt den Gemeinden Bürger und Besitzer vom Stamme Israel aufdringen müsse“.⁷

Nach dem Ende des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation, das immer auch ein europäischer Herrschaftsverband gewesen war, gab es im Jahr 1806 – in der Sprache der Zeit – eine „deutsche Völkerschaft“. Die Vorstellung vom deutschen Volk entsprach einer lange nicht verwirklichten Hoffnung. Die letzten Spuren davon finden sich noch zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft: Albert Einstein wurde 1934 als Preuße ausgebürgert; erst Hitlers Innenminister Wilhelm Frick verfügte am 5. Februar 1934, dass seither das Wort „deutsch“ in den Reisepässen steht.⁸

Da die deutschen Nationalrevolutionäre des Vormärz sich nicht auf einen bereits arrondierten Feudalstaat beziehen konnten, mussten sie ihr Programm doppelt formulieren: als republikanischen Umsturz einer nicht länger zweckmäßigen Rechtsordnung und als grenzüberschreitende, insofern hochverräterische Einheitsidee. Sie beriefen sich – „so weit die deutsche Zunge klingt“, „von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt“ – auf die angebliche Gemeinsamkeit von Sprache und Geschichte, von deutschem Wesen und Blut. Der gesellschaftspolitische Prozess der Inklusion beförderte komplementär die Exklusion, die Abgrenzung gegen „Fremdlinge“. Nach den Statuten der von Ernst Moritz Arndt begründeten Deutschen Gesellschaften konnten den nationalrevolutionären Vereinen nur Christen beitreten, nicht jedoch „Franzosen, Juden und Philister“. Bald nach 1815 nahm die schwarz-rot-goldene Jenaer Urburschenschaft in ihr Statut den zuvor noch knapp abgewiesenen Passus auf, nach dem „nur ein Deutscher und ein Christ“ Mitglied werden durfte. Die gegen Juden gerichteten Bestimmungen wurden 1831 aus den Satzungen der Burschenschaften getilgt, nach 1880 wieder aufgenommen.⁹ Eine Besonderheit blieb all das nicht. Während der folgenden Jahrzehnte inspirierte der deutsche Sprach- und Kulturnationalismus, den die Brüder Jacob und Wilhelm Grimm kanonisiert und die romantischen Dichter besungen hatten, die geistigen Führer der vielen erst spät formierten Nationen Europas: von Athen bis Helsinki, von Turin bis Buka-

⁶ Franz Schnabel, *Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert*, Bd. 2: Monarchie und Volkssouveränität, Freiburg i.Br. 1933, S. 225; siehe Volkov, *Die Juden*, S. 20.

⁷ Friedrich List, *Schriften, Reden, Briefe. Der Kampf um die politische und ökonomische Reform 1815–25*, Aalen 1971, Bd. I,1 S. 158, Bd. I,2 S. 853; Schnabel, *Deutsche Geschichte*, Bd. 3: Erfahrungswissenschaft und Technik, Freiburg i.Br. 1934, S. 351.

⁸ RGBl., 1934 I, S. 85.

⁹ Georg Simmel, *Untersuchungen über Formen der Vergesellschaftung*, Berlin 1908, 6. Aufl. 1983, S. 509–526 (Exkurs über den Fremden); Schnabel, *Deutsche Geschichte*, Bd. 2, S. 248 f.; Norbert Kampe, *Studenten und „Judenfrage“ im Deutschen Kaiserreich. Die Entstehung einer akademischen Trägerschicht des Antisemitismus*, Göttingen 1988.

rest, von Belgrad über Budapest und Prag bis Warschau und Riga, zuletzt den Baseler Zionistenkongress von 1897. Sie adaptierten die romantische Nationalstaatsidee der Deutschen und bildeten auf dieser gedanklichen Grundlage neue nationalistische Bewegungen. Nachdem spätestens 1918 aus Nationalrevolutionären Staatsführer geworden waren, kombinierten sie das deutsche Exportgut Sprachnationalismus – zum doppelten Unglück der jeweiligen nationalen Minderheiten – vorzugsweise mit dem französischen Zentralstaatsmodell.

Was die Vorkämpfer im 19. Jahrhundert als Aufbruch in den Völkerfrühling verstanden hatten, was Fürst Metternich als „Universitäts- und Turnerteutonismus“ niederzuhalten versuchte,¹⁰ artete im und nach dem Ersten Weltkrieg zum ebenso unduldsamen wie verbreiteten Hypernationalismus aus. Er legitimierte sich zuletzt aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, das der amerikanische Präsident Woodrow Wilson im Januar 1918 für die künftige Friedensordnung Europas ins Spiel gebracht hatte. Kaum war das geschehen, notierte sein Außenminister Robert Lansing erschrocken: „Das ganze Wort ‚Selbstbestimmung‘ ist mit Dynamit bis zum Rande geladen. [...] Welch ein Verhängnis, daß dies Wort je geprägt wurde! Welch Elend wird es über die Menschen bringen!“ Unter den europäischen Minderheiten gab es eine Minorität par excellence, die sich zu ihrem Schutz nicht auf einen Staat und notfalls auf dessen Armee verlassen konnte: die Juden. Als die Verhandlungsführer der westlichen Staatenwelt 1919/20 mit der Pariser Friedensordnung 20 000 Kilometer neuer Nationalstaatsgrenzen durch Europa zogen, sahen sie die Gefahren durchaus und sorgten, wenn auch halbherzig, für den vertraglichen Schutz der Minderheiten. Aber sie „wußten noch nichts von Bevölkerungstransfers, und sie ahnten noch nicht, daß es ganze Gruppen von Menschen in Europa geben könne, die ‚undeportierbar‘ waren“.¹¹

Vom Kaiserreich zum Ersten Weltkrieg

Im Vergleich zu England begann die Industrialisierung in Deutschland deutlich später und vollzog sich dann wesentlich rascher. So förderten beide Länder 1913 fast gleich viel Kohle, doch hatte sich die deutsche Förderung seit 1871 mehr als versechsfacht, während die britische nur noch um 150 Prozent gestiegen war. 1875 floss aus britischen Hochöfen dreimal so viel Roheisen wie aus deutschen, 1913 erzeugte das Reich 30 Prozent mehr als Großbritannien. In der Stahlproduktion verschob sich das Verhältnis noch stärker. Hinter solchen Indikatoren des industriellen Aufschwungs verbargen sich enorme soziale und kulturelle Erschütterungen: massenhafte Entwurzelung, Existenzangst und Elend, der Niedergang ganzer Berufsgruppen, Gewerbe, Städte und Regionen.

¹⁰ Klemens Wenzel Lothar von Metternich, *Die Deutsche Frage. Genesis, Verlauf und gegenwärtiger Stand derselben. Denkschrift an Erzherzog Johann, Reichsverweser*, London, August 1848, in: Richard von Metternich-Winneburg (Hrsg.), *Aus Metternich's nachgelassenen Papieren*, Bd. 8, Wien 1884, S. 443–453.

¹¹ Robert Lansing, *Die Versailler Friedensverhandlungen. Persönliche Erinnerungen*, Berlin 1921, S. 73; generell: Carole Fink: *Defending the Rights of Others. The Great Powers, the Jews, and International Minority Protection, 1878–1938*, Cambridge 2004; Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Neuausg. München 1986, S. 435.

standen war. Existenzangst, Verzweiflung, Not und dumpfer Trotz wurden für viele Deutsche zum beherrschenden Lebensgefühl. Von 1929 an begünstigte die Weltwirtschaftskrise die politische Radikalisierung zusätzlich. Zweifellos mobilisierte der NS-Staat auch den über Jahrhunderte gewachsenen christlichen Antijudaismus und die im 19. Jahrhundert entwickelten nationalistischen Ressentiments, von 1938 an auch in den annektierten und besetzten Ländern Europas. Doch ist die Annahme irrig, in Deutschland habe sich ein spezieller, besonders bösartiger Antisemitismus eingeschlichen, der schon lange auf Auschwitz zugesteuert sei. Methodisch und theoretisch fragwürdig, wird mit solchen teleologisch angelegten Erklärungskonzepten versucht, „die Ungeheuerlichkeit der Judenvernichtung durch eine ungeheuerliche Geschichte kausal zu begründen“ und zu bannen.² Unter diesem Vorbehalt sind die folgenden, durchaus notwendigen Hinweise zur deutschen Nationalgeschichte im 19. Jahrhundert zu lesen.

Judenemanzipation und Kulturnation

Der aufgeklärte Etatismus des späten 18. Jahrhunderts führte in den deutschen Territorialstaaten zu beachtlichen Versuchen, aus dem Mittelalter überkommene Sondersteuern und Leibzölle, Aufenthaltsbeschränkungen und -verbote für Juden zu überwinden. Zu den Schrittmachern zählte Gotthold Ephraim Lessing schon mit seinem Erstlingsdrama „Die Juden“ (1749) ebenso wie der zu Lebzeiten hoch angesehene Friedrich Gottlieb Klopstock, der 1782 in seiner „Ode an den Kaiser“ beklagte: „Wie unser Pöbel Kanaans Volk entmenschte!“ Im Jahr 1781 erschien in Berlin Christian Wilhelm Dohms Denkschrift „Über die bürgerliche Verbesserung der Juden“. Im protestantischen Norden entstanden, gehörte sie zu den Grundtexten der europäischen Judenemanzipation und stützte sich auf das von Christen damals nur ausnahmsweise akzeptierte Argument: „Der Jude ist noch mehr Mensch als Jude.“

Der Epochenbruch der Französischen Revolution und die napoleonischen Kriege erhöhten den Veränderungsdruck in den noch weitgehend feudal gebliebenen Staaten. In Preußen arbeitete eine Regierungskommission seit 1787 an einem Gesetz zur Rechtsstellung der Juden. 1812 unterzeichnete Friedrich Wilhelm III. das Edikt „betreffend die bürgerlichen Verhältnisse der Juden“ als Teil der Stein-Hardenbergschen Reformen. Es garantierte den altpreußischen Juden die Staatsbürgerschaft, begrenzte jedoch ihren Zutritt zu Staats- und Wahlämtern. Während der Reaktionszeit wurden die Restriktionen etwas enger gezogen, in den Revolutionsjahren von 1848 deutlich gelockert. Den verfassungsrechtlichen Abschluss fand die Judenemanzipation in den deutschen Teilstaaten um 1860 und mit der Gründung des Kaiserreichs 1871 für ganz Deutschland.

Im Unterschied zu dem komplizierten, territorialstaatlich verschiedenartigen Verfahren im Alten Reich und seit 1815 in dem aus souveränen Einzelstaaten locker gefügten Deutschen Bund hatte Frankreich die Juden nicht mit der Revolution von 1789, sondern mit dem Gesetz vom November 1791 von heute auf morgen gleichgestellt, gefolgt von Beschränkungen in der Ära Napoleon. Beide Konzepte, das liberal-revolutionäre und das reformistisch-autokratische, zielten auf Assimilation, also darauf, „dass der Jude entjudet

² Reinhart Koselleck, *Deutschland – eine verspätete Nation?* in: Ders., *Zeitschichten. Studien zur Historik*, Frankfurt a. M. 2003, S. 359–380, hier: S. 377.

werde“, wie es 1828 in einem württembergischen Kommissionsbericht hieß.³ Betrachtet man die tatsächliche Lage der Juden im französischen Elsass und im benachbarten Baden, dann hielten sich die realen Unterschiede in Grenzen.

Russland umfasste im 19. Jahrhundert noch große Teile Polens und war die Heimat der meisten Juden der damaligen Welt. Vergleicht man die Judenemanzipation in Deutschland nicht mit Frankreich, sondern mit dem damals unmittelbar angrenzenden russischen Reich, dann schritt sie rasch und effizient voran. Für die in ihrer Bewegungsfreiheit reglementierten, immer wieder den Gewaltausbrüchen ihrer christlichen Nachbarn ausgesetzten Juden im zaristischen Russland bot der angrenzende preußische Westen seit 1812 das Gegenstück zu der erst 1917 von der Regierung Kerenskij gebrochenen antisemitischen Willkür: ein fast paradiesisches Maß an Rechtssicherheit, Gewerbefreiheit und Lebenschancen.

Wählt man die deutsche Innenansicht, so fand die positiv, als notwendiger Teil des bürgerlichen Fortschritts und Vernunftrechts verstandene Judenfrage für gut 100 Jahre engagierte Fürsprecher. Doch wurden sie lange gebremst und in inhaltliche öffentliche Diskussionen verwickelt. Als aus den Juden endlich gleichberechtigte Bürger geworden waren, meinten nicht wenige Angehörige der Mehrheitsgesellschaft, die lange umstrittenen Andersgläubigen könnten keine richtigen Deutschen sein. Der dauerhafte Zank hatte sie zusätzlich stigmatisiert und selbst unter den gut integrierten das Gefühl des Makels, der „infamen Geburt“ verfestigt.

„Was ist es garstig, sich immer erst legitimieren zu müssen! Darum ist es ja nur so widerwärtig eine Jüdin zu sein.“ So beschrieb Rahel Varnhagen im frühen 19. Jahrhundert ihr Lebensgefühl in Berlin.⁴ Der Rechtfertigungszwang setzte sich nach 1871 fort. Angesichts des Berliner Antisemitismusstreits von 1879 verspürte der Marburger Philosophieprofessor Hermann Cohen, wie „die alte Beklommenheit wieder geweckt“ werde; und Theodor Mommsen, der als liberaler Integrationsbefürworter Partei für die von seinem Historikerkollegen Heinrich von Treitschke angefeindeten Juden ergriff, forderte diese auf, ihre „Sonderart nach bestem Vermögen von sich zu tun“. Doch wäre es falsch, von einem generellen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Antisemitismus zu sprechen.⁵

Nicht allein im Hinblick auf die Juden, sondern insgesamt kennzeichneten übervorsichtige Reformen die Politik in den deutschen Staaten. Komplementär dazu vertraten die aufstrebenden, rechtlich noch lange gehemmten Bürger, Handwerker und Bauern, später dann die Proletarier, eine reduzierte Auffassung der Grundwerte Freiheit und Gleichheit. Bezeichnenderweise wandten sich 1814/15 auf dem Wiener Kongress die Abgesandten aus Frankfurt am Main, Hamburg, Bremen und Lübeck gegen die adeligen Befürworter der Judenemanzipation, ebenso verhielten sich die Interessenvertreter der süddeutschen Bürgerstädte. „Man stritt zwar für Rechtsgleichheit und Menschenwürde“, schreibt der Historiker Franz Schnabel über die wenig prinzipienfesten Repräsentanten des Dritten Standes, „man wollte die Schranken niederlegen, die der Freiheit des Erwerbes entgegen-

³ Zit. nach Reinhard Rürup, *Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur „Judenfrage“ der bürgerlichen Gesellschaft*, Göttingen 1975, S. 24.

⁴ Zit. nach Hannah Arendt, *Rahel Varnhagen. Lebensgeschichte einer deutschen Jüdin aus der Romantik*, Neuausg. München 1981, S. 203.

⁵ Mommsen zit. nach Shulamit Volkov, *Die Juden in Deutschland 1780–1918*, 2. verb. Aufl. München 2000, S. 49.

Großbritannien hatte gut 60 Jahre Zeit, sich mit den Folgen der Industrialisierung auseinanderzusetzen; es konnte die Probleme mithilfe der kolonialen Ressourcen lindern und verfügte über lange gewachsene, erprobte politische Institutionen. Das 1871 geschaffene Deutsche Reich gebot aufgrund seiner föderalen Tradition und Verfassungsstruktur bis 1919 nicht einmal über ein eigenes Finanzministerium und Steueraufkommen. Die Politiker und Ministerialbeamten mussten sich mit dem Sturm des produktiven Fortschritts und den gesellschaftlichen Verwerfungen auseinandersetzen, sich aber die dafür notwendigen institutionellen Instrumente erst noch schaffen. Das gelang nur unvollkommen; gemessen am Entwicklungstempo waren die Leistungen jedoch beachtlich, die das Kaiserreich auf den Gebieten der Gesetzgebung, der Bildung, der Wissenschaft, des Verkehrs, der Sozialpolitik und Hygiene erbrachte.

Viele Juden stellten sich den Herausforderungen der neuen Zeit mit Erfolg. Im wörtlichen Sinn rückhaltlos mussten und wollten sie die neuen Möglichkeiten ergreifen, während große Teile der christlichen Mehrheitsbevölkerung das Ende der seit Jahrhunderten überkommenen Ordnung als Verlust und Gefahr erlebten. Der alte Mittelstand der Handwerker, Ladenbesitzer und mittleren Bauern, der Amts- und Respektspersonen ging unter; jetzt trat der neue Mittelstand auf den Plan: die Anwälte, Ärzte, Prokuristen, Händler und Bierbrauer, die Börsenleute, Theaterdirektoren und Kaufhausgründer.¹² Die Juden zeigten sich bildungshungrig und aufstiegsorientiert und gehörten bald zum überproportionalen Teil dem Bürgertum an.

Im Jahr 1867 waren 14,8 Prozent der Berliner Gymnasiasten Juden, während sich nur vier Prozent der Einwohner zur jüdischen Religion bekannten. Am humanistischen Mommensen-Gymnasium in Berlin-Charlottenburg war 1910 die große Mehrheit der Sextaner Juden: „An intellektuellem Hochmut hat es nicht ganz gefehlt, aber die Kameradschaft war trotzdem gut“, berichtet Rudolf Schottlaender in seinen Erinnerungen. „Auch die Lehrer, fast sämtlich Nichtjuden, vermieden judenfeindliche Äußerungen.“ Der Anteil jüdischer Studenten an preußischen Universitäten lag 1886/87 bei 9,6 Prozent, der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung unter einem Prozent.

Von 1870 bis 1884 leitete Bürgermeister Leopold Guggenheim die Geschicke des südbadischen Gailingen. Die Gemeinde zählte 1875 rund 1700 Einwohner, darunter 700 Israeliten. Zum Verhältnis zwischen beiden Konfessionsgruppen hieß es in dem Inspektionsbericht des großherzoglichen Bezirksamts vom 12. September 1878: „Noch vor 40 bis 50 Jahren [hatte] die große Mehrzahl der Israeliten dem ärmeren Teil der Einwohnerschaft angehört“, doch übertrafen sie die christlichen Bürger jetzt „bedeutend an Vermögen“. „Sie leben fast alle vom Handel (namentlich Viehhandel), während die christlichen Einwohner, mit wenigen Ausnahmen, auf die Landwirtschaft und auf den Taglohn angewiesen sind. Fast alle größeren Häuser sind im Besitz von Israeliten. [...] Aus dieser allmählich gewordenen Vermögensungleichheit dürfte es sich denn auch erklären, dass eine gewisse Spannung zwischen beiden Konfessionsteilen bemerklich ist.“

Nach einer Statistik von 1895 war jeder zweite erwerbstätige Jude selbständig, aber nur jeder vierte Christ. Während elf Prozent der Juden als Angestellte arbeiteten, waren es unter den Christen drei Prozent. Das führte, wie Shulamit Volkov anhand der Steuerkraft ver-

¹² Hans Paul Barth, Gesellschaftliche Voraussetzungen des Antisemitismus, in: Werner E. Mosse (Hrsg.), Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik, Tübingen 1966, S. 135–155.

anschaulicht, zu deutlichen wirtschaftlichen Diskrepanzen: „So zahlten die Juden im frühen 20. Jahrhundert z. B. in Frankfurt a. M. durchschnittlich viermal so viel Steuern wie der durchschnittliche protestantische Stadtbürger und achtmal so viel wie ein Katholik. In Berlin machten die Zahlungen 30 % des städtischen Steueraufkommens aus, während die Juden nur 15 % der Steuerzahler und knapp über 4 % der Stadtbevölkerung bildeten.“¹³

Die deutschen Juden hatten in der alten, für sie nicht günstigen und über Jahrhunderte mehr oder weniger statischen Ordnung nichts zu verlieren. Ihre Chance lag in der neuen Dynamik, im Unternehmertum, in den Sphären der Wissenschaft, in den Angestelltenetagen der Wirtschaft, des Rechts und der Medien. Diejenigen, die zu Wohlstand gelangten, engagierten sich vielfach in den Kommunen. Sie initiierten Stiftungen für Wohlfahrt, Bildung und Forschung; in Frankfurt am Main zählten sie zu den Gründern der Universität. Im israelitischen Krankenhaus von Gailingen fanden selbstverständlich auch Christen Aufnahme, allerdings monierte die badische Regierung: „Die israelitische Wohltätigkeit zieht auch viele ‚Schnorrer‘ an.“

Die deutschen Juden verstanden sich als Teil der nationalen und lokalen Kultur. Parallel dazu bildeten sich eigene jüdische Gesellschaften und Logen heraus. Aus geduldeten Untertanen waren aktive Staatsbürger geworden. Das symbolisierte noch vor der formellen rechtlichen Gleichstellung die 1859 bis 1866 errichtete Neue Synagoge in der Berliner Oranienburger Straße. Selbstbewusst und im Vergleich mit anderen europäischen Hauptstädten ungewöhnlich erhob sich ihre prächtig vergoldete Kuppel neben den Kuppeln des protestantischen Doms und des Hohenzollernschlosses.

In dieser Situation traten von 1871 an neuartige Judenfeinde hervor. Sie drehten den Begriff „Judenfrage“ ins Negative. Beispielhaft spiegelt sich der Wandel in der Verlagsanzeige für ein antijüdisches Pamphlet aus dem Jahr 1879: „Es gab einst eine ‚Judenfrage‘, die hieß, dürfen wir die Juden unterdrücken und verfolgen? Diese ist abgetan; wir haben ihnen überall (selbst in Rumänien ist dies im Werden) gleiche Rechte wie uns selbst gewährt. Und was ist die Folge? Dass es jetzt eine neue Judenfrage gibt, und diese heißt: Sollen uns die Juden aussaugen und am Ende beherrschen?“¹⁴ Der auf diese Weise politisch und sozial neu programmierte Antisemitismus nahm die Ängste der Alteingesessenen und Desorientierten, der Modernisierungsverlierer und -bedrohten auf. Daran knüpfte der berühmte, ebenfalls 1879 verfasste Aufsatz „Unsere Aussichten“ an, mit dem Heinrich von Treitschke den Berliner Antisemitismusstreit vom Zaun brach. Er zielte auf den Aufstiegswillen der ostjüdischen Zuwanderer: einer „Schar strebsamer hosenverkaufender Jünglinge“, deren „Kinder und Kindeskinde dereinst Deutschlands Börsen und Zeitungen beherrschen sollen“. Treitschke geißelte im weiteren Verlauf des Streits die „Spottsucht“ und den „Übermut“ der Juden, die den deutsch-christlichen Biedersinn, „die bescheidene Frömmigkeit“ und die „alte gemütliche Arbeitsfreudigkeit“ verletzen würden.

¹³ Rudolf Schottlaender, Trotz allem ein Deutscher. Mein Lebensweg seit Jahrhundertbeginn, Freiburg i. Br. 1986, S. 8; Volkov, Die Juden, S. 53 f.; Eckhardt Friedrich, Dagmar Schmieder-Friedrich, Die Gailingen Juden. Materialien zur Geschichte der jüdischen Gemeinde Gailingen aus ihrer Blütezeit und den Jahren der gewaltsamen Auflösung, Konstanz 1981, S. 23 und 48; Reinhard Rürup, Emzipation und Krise. Zur Geschichte der „Judenfrage“ in Deutschland vor 1890, in: Werner E. Mosse, Arnold Paucker (Hrsg.), Juden im Wilhelminischen Deutschland, Tübingen 1976, S. 1–56, hier: S. 47.

¹⁴ Annonce für das Buch „Kulturgeschichte des Judentums“ von Dr. Otto Henne-am Rhyn, in: Wilhelm Marr, Der Sieg des Judenthums über das Germanenthum, Bern 1879.

Im Jahr 1930 analysierte Arthur Rosenberg das starke Echo, das Treitschkes Akademiker-Antisemitismus fand, als „ideologische Korsettstange“ christlicher Studenten und Graduierten, denen in der Wilhelminischen Gesellschaft der Geburtsadel fehlte, die in ihrer untätigen Verhemmtheit nicht wüssten, wie sie die Möglichkeiten bürgerlicher Freiheiten nutzen sollten. Sie neideten ihren jüdischen Kommilitonen den Bildungshunger, die Zuversicht und Aufstiegslust, die sichtbare Freude an der Gegenwart und die erwartungsfrohe Neugierde auf die Zukunft. „Zur Verteidigung ihrer gesellschaftlichen Stellung“ regredierten viele christliche Studenten in die germanophile Rassenlehre, weil sie sich damit gegenüber ihren jüdischen Kommilitonen selbst adelten.¹⁵

Nach 1880 entstanden zahlreiche Verbände, die Juden ausgrenzten – vom Reichsdeutschen Mittelstandsverein über den Bund der Landwirte bis zum Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, zur Vereinigung Christlicher Bauernvereine und zu den studentischen Verbindungen. Hinzu kamen alte und neue antisemitische Gruppen wie der Deutschbund, die Wagner- und Gobineau-Vereine oder der Reichshammerbund. Als Reaktion darauf konstituierte sich 1893 der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.). In Paragraph 1 der Satzung wurde als wichtigste Aufgabe genannt, die Deutschen jüdischen Glaubens „in der tatkräftigen Wahrung ihrer staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung sowie in der unbeirrbareren Pflege deutscher Gesinnung zu bestärken“.¹⁶

Unter ihren christlichen Landsleuten fanden die jüdischen Deutschen immer wieder herausragende Verteidiger. Beispielhaft kann Gerhart Hauptmann genannt werden, der den neuen Antisemitismus in seiner 1901 uraufgeführten Tragikomödie „Der rote Hahn“ thematisierte. Zu den tragenden Figuren des Stücks gehört der sympathisch gezeichnete, rechtschaffene Dr. Boxer – „kräftiger Mann von sechsunddreißig Jahren, Arzt. Jüdischer Konfession“, wie er im Personentableau charakterisiert ist. Bosheit, Betrug, Spekulation und Brandstiftung gehen in diesem Stück ausnahmslos von christlichen Akteuren aus. Hauptmann desavouiert den offen antisemitischen Bauführer Schmarowski als hinterhältige „kleine giftige Kröte“, zeigt aber auch die dezente Form des antijüdischen Vorbehalts. Auf die Absicht Boxers, nach den Jahren, in denen er als Schiffsarzt gearbeitet hatte, nun in seiner Heimatgemeinde zu praktizieren, reagiert Amtsvorsteher Baron von Wehrhahn mit dem Einwand: „... ob das hier jrade Ihr Boden ist?“ Von Wehrhahn zeigt sich vom sozialen Aufstieg des Heimkehrers irritiert („Ihre Mutter hat hier noch den kleinen Kramladen.“), und Boxer muss ihn auf die soldatischen Meriten seines verstorbenen Vaters („ein Handelsmann“) ausdrücklich hinweisen: „... war Landwehrmann und erhielt anno 70 das eiserne Kreuz.“ Statt zu antworten, murmelt von Wehrhahn ein wenig beifälliges „So, so!“. Zu dem Umstand, dass Boxers verwitweter Mutter gerade die Fenster eingeworfen worden waren, fällt ihm ein: „Übermütige Bengels jenesen!“ Wer genau es gewesen ist, bleibt im Dunkeln.

¹⁵ Heinrich von Treitschke, Unsere Aussichten, in: Ders., Deutsche Kämpfe (Neue Folge). Schriften zur Tagespolitik, Leipzig 1896, S. 1–28, hier: S. 23; siehe Walter Boehlich (Hrsg.), Der Berliner Antisemitismusstreit, Frankfurt a. M. 1965; Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Eine Kontroverse um die Zugehörigkeit der deutschen Juden zur Nation. Eine kommentierte Quellenedition, bearb. von Karsten Krieger, 2 Bde., München 2003; Arthur Rosenberg, Treitschke und die Juden. Zur Soziologie der deutschen akademischen Reaktion, in: Die Gesellschaft. Internationale Revue für Sozialismus und Politik, 7,2 (1930) S. 78–83, hier: S. 82.

¹⁶ Jüdisches Lexikon, Berlin 1927, Bd. 1; Avraham Barkai, „Wehr Dich!“ Der Centralverein deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens (C.V.) 1893–1938, München 2002.

Besonders mitgliederstark waren die dezidiert jüdenfeindlichen Vereinigungen im wilhelminischen Deutschland nicht, doch blieb deren Propaganda nicht wirkungslos.¹⁷ Das geistige Zentrum bildete schließlich der Alldeutsche Verband. Sein Vorsitzender Heinrich Claß veröffentlichte 1912 unter dem Pseudonym Daniel Frymann das zeitdiagnostische Buch „Wenn ich der Kaiser wär“, an dem sich die Argumentationslinien des nach 1871 aufgekommenen modernen Antisemitismus exemplarisch darstellen lassen.

Claß integrierte Versatzstücke der Darwinschen Lehre von der Höherentwicklung der Arten im Kampf ums Dasein, der im Entstehen begriffenen Vererbungslehre und der rassenkundlich orientierten Anthropologie, die im Zeitalter des Kolonialismus zur Blüte gelangt war. Er stellte seine Überlegungen vor den kulturpessimistischen Hintergrund des „Zerfalls“, beschrieb die Menschenagglomerationen in den industriellen Zentren, den Niedergang des alten Mittelstands und den gesundheitlichen Ruin der deutschen Volkskraft. Er wetterte gegen die Verkommenheit und Prunksucht in der Oberschicht, gegen die Sozialdemokratie und gegen den Trend der Gegenwartskunst zu Dekadenz und Amerikanisierung. Als wesentliche Ursache für diese Übel machte Claß die deutschen Juden aus. Sie wurden in dieser, später von der NSDAP weiterentwickelten Version des Antisemitismus als nicht bodenständige, ewig wandernde, sich immer neu anpassende Elemente beschrieben, die gleichsam als Infektionsquelle für die zentralen Bedrohungen standen, die Millionen von Menschen mit der Moderne verbanden: die Entwurzelung aus dem Althergebrachten, die Zerstörung der gewohnten Lebensweise, den Zwang zur Migration in die neuen Ballungsräume, die ewige Ungewissheit und den fortgesetzten Anpassungsdruck. Nach Claß war mit der Industrialisierung die „hohe Zeit“ der Juden ausgebrochen. Deren „Instinkt“ zielt auf nichts anderes als „den Erwerb“. „Mit ihrer Skrupellosigkeit, ihrer Habgier, ihrer Gleichgültigkeit gegen Recht und Unrecht, Ehre und Unehre“ würden sie das deutsche Wirtschaftsleben prägen und zudem die für die Meinungshoheit wichtigen Positionen der Publizistik, des Theaters, der Juristerei und der Medizin dominieren.

Zur Abwehr verlangte der alldeutsche Wortführer, allen Juden die Bürgerrechte zu nehmen. Sie sollten unter Fremdenrecht gestellt, ihre Steuern verdoppelt, der weitere Zuzug sollte unterbunden werden. Das Recht auf öffentliche und militärische Ämter, auf die Tätigkeit als Anwalt, Lehrer oder Theaterdirektor sei ihnen zu entziehen, ebenso das aktive und passive Wahlrecht. Dabei dürfe als Jude nicht allein derjenige gelten, der sich zur mosaischen Religion bekenne; vielmehr sei die Abstammung ausschlaggebend, da es um unveränderliche, vererbte Eigenschaften gehe. Auch der – germanisch-christlichen – Bevölkerungsmehrheit sprach Claß markante Erbeigenschaften zu, allerdings edle. Ausdrücklich lehnte er die Idee eines universellen Humanismus ab, reduzierte sie auf die „Solidarität der germanischen Völker“ und fragte polemisch: „Wo fängt das an und wo hört es auf, was uns zugemutet werden soll, als zur Menschheit gehörig zu lieben? Ist der verkommene oder halbtierische russische Bauer des Mir, der Schwarze in Ostafrika, das Halbblut Deutsch-Südwests oder [sind] die unerträglichen Juden Galiziens oder Rumäniens ein Glied der Menschheit?“ Thomas Masaryk kennzeichnete derartige Konzepte

¹⁷ Peter G. J. Pulzer, Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914, Göttingen 2004; Fritz Stern, Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland, Bern 1963.

am Beispiel der panslawistischen Variante 1913 als „zoologischen Patriotismus“.¹⁸ Der herrisch-imperial getönte Rassenantisemitismus richtete sich politisch gegen die beiden wichtigsten, angeblich jüdisch beeinflussten politischen Strömungen der Zeit: Liberalismus und Sozialismus.

Juden im Ersten Weltkrieg

Mit dem Beginn des Ersten Weltkriegs traten die antisemitischen Gehässigkeiten in den Hintergrund; der Kaiser, die Parteien und gesellschaftlichen Gruppen bemühten sich um den Burgfrieden. Die meisten jüdischen Deutschen wollten sich als Patrioten und Soldaten bewähren. Der vaterländisch gesonnene Jude Ernst Lissauer dichtete die Kampfhymne „Hassgesang auf England“ („Wir haben alle nur einen Feind – England!“). Mit Walther Rathenau, Albert Ballin, Max Warburg und Carl Melchior rückten bedeutende jüdische Unternehmer und Bankiers in die Führung der deutschen Kriegswirtschaft ein. Kurzzeitig entstand die Atmosphäre nationaler Verbundenheit. Doch wendete sich das Blatt mit der militärischen Krise.

Im Sommer des Jahres 1916 beförderte Matthias Erzberger als Reichstagsabgeordneter des katholischen Zentrums – unterstützt von Nationalliberalen und selbst von einigen Sozialdemokraten – die parlamentarische Anfrage: „Wie viele Personen jüdischen Stammes stehen an der Front? Wie viele in den Etappen? Wie viele in Garnisonsverwaltungen, Intendanturen usw.? Wie viele Juden sind reklamiert bzw. als unabhkömmlich bezeichnet worden?“ Wegen der Aktenverluste im Zweiten Weltkrieg lassen sich die Einzelheiten der Vorgeschichte nicht mehr klären, jedenfalls veranlasste der Kriegsminister zum Stichtag 1. November 1916 eine „Juden-zählung“ im Heer. Tatsächlich dienten im Ersten Weltkrieg prozentual ebenso viele jüdische wie christliche Soldaten an der Front, entsprechend gleich war der Anteil der Gefallenen. Doch kam es schließlich, wie Walther Rathenau schon im Sommer 1916 prognostiziert hatte: „Je mehr Juden in diesem Kriege fallen, desto nachhaltiger werden ihre Gegner beweisen, dass sie alle hinter der Front gegessen haben, um Kriegswucher zu betreiben.“¹⁹

Doch wäre es falsch, die Politik im Kaiserreich allein unter dem Gesichtspunkt des Antisemitismus zu betrachten. So hatte Bismarck schon 1878 auf dem Berliner Kongress entscheidend dazu beigetragen, dass in die Verfassung des fortan souveränen Rumänien die Artikel 43 und 44 aufgenommen werden mussten. Wegen der häufigen Pogrome nahmen die europäischen Großmächte die Juden des Landes „als Gesamtheit in Schutz“, und die beiden Artikel legten fest, dass „der Unterschied der Religion und Confession niemandem gegenüber als Grund zur Ausschließung“ von bürgerlichen Rechten, Berufen, Ehrenämtern und Gewerben geltend gemacht werden dürfe. Die Regierungen des neuen rumä-

¹⁸ Daniel Frymann (= Heinrich Claß), Wenn ich der Kaiser wär'. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, Leipzig 1912; Thomas G. Masaryk, Zur russischen Geschichte und Religionsphilosophie. Soziologische Skizzen, Jena 1913, S. 257.

¹⁹ Brief Rathenaus an Wilhelm Schwaner vom 4.8.1916, zit. nach Werner Jochmann, Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland, Hamburg 1988, S. 111; Egmont Zechlin, Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg, Göttingen 1969; Werner T. Angress, Das deutsche Militär und die Juden 1914–1918, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 19 (1976), S. 77–146.

nischen Nationalstaats unterliefen die Bestimmungen in den folgenden Jahrzehnten mit allen erdenklichen Mitteln.

Im Ersten Weltkrieg kämpfte Rumänien auf der Seite der Entente gegen die Mittelmächte. Doch gelang es Deutschland und Österreich-Ungarn Anfang 1918, sowohl mit Russland als auch mit Rumänien separate Friedensverträge abzuschließen. Trotz der höchst angespannten militärischen und innenpolitischen Lage setzte das Deutsche Reich in dem Ende März 1918 paraphierten Bukarester Frieden die Artikel 27 und 28 durch. Aus den schlechten Erfahrungen der vergangenen 40 Jahre verpflichteten sie das Land darin abermals zur rechtlichen Gleichstellung aller Religionsbekenntnisse und zur „Einbürgerung der staatenlosen Bevölkerung Rumäniens mit Einschluss der dort bisher als Fremde angesehenen Juden“. Max Warburg beglückwünschte den deutschen Verhandlungsführer, Staatssekretär Richard von Kühlmann, herzlich; die rechte Presse warf ihm vor, er habe sich den „alljüdischen Interessen“ gebeugt und er verbitterte „die Rumänen unnötigerweise gegen Deutschland“.²⁰

Im Jahr 1914 lebten etwa 50 000 als Ostjuden bezeichnete, nicht eingebürgerte Migranten in Deutschland. Während des Krieges erhöhte sich deren Zahl um weitere 30 000, weil die deutschen Kriegswirtschaftsbehörden bereits 1915 damit begannen, Arbeiter, darunter auch explizit „orthodox gerichtete“ Juden, im besetzten russischen Teil Polens anzuwerben. Seit Anfang 1916 wurden sie vorwiegend zwangsweise rekrutiert und bald zu Objekten antisemitischer Agitation. Unter diesem Druck schlossen die Militärbehörden die Grenzen für Ostjuden mit der Begründung, diese hätten sich als „arbeitsunwillig, unsauber, moralisch unzuverlässig“ erwiesen. Ferner seien sie vielfach kontraktbrüchig geworden, in die Großstädte abgewandert, stellten dort ein schwer kontrollierbares Unruhepotenzial dar.²¹

Ein Teil der ostjüdischen Arbeiter blieb nach Kriegsende in Deutschland. Infolge der russischen Revolution und der unter dem Stichwort „Selbstbestimmungsrecht“ geführten europäischen Bürgerkriege kam es in Rumänien, Ungarn und in den von Sowjetrußland einerseits und von Polen und den baltischen Staaten andererseits reklamierten Regionen zu Hunderten von Pogromen. Solche Gewalttaten und der gezielte wirtschaftliche Druck auf die jüdischen Minderheiten in den sich bildenden Nationalstaaten trieben Hunderttausende Juden zur Flucht nach Westeuropa und in die USA.²² Im Jahr 1923 wurde die Zahl der Ostjuden in Deutschland auf 130 000 geschätzt.

²⁰ Benjamin Segel, Rumänien und seine Juden. Zeitgemäße Studien, Berlin 1918; Hans Schuster, Die Judenfrage in Rumänien, Leipzig 1939, S. 108 ff.; Elke Bornemann, Der Frieden von Bukarest 1918, Frankfurt a. M. 1978.

²¹ Trude Maurer, Medizinalpolizei und Antisemitismus. Die deutsche Politik der Grenzsperrung gegen Ostjuden im Ersten Weltkrieg, in: Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas 33 (1985), S. 205–230.

²² Isaak Babel, Exemplarische Erzählungen. Erwachen – Geschichten aus Odessa – Die Reiterarmee – Petersburg – Paris und ich, Wien 1985; Ezra Mendelsohn, The Jews of East-Central Europe between the World Wars, Bloomington 1983, S. 40 ff.; Jack Wertheimer, Unwelcome Strangers. East European Jews in Imperial Germany, New York 1987.

Antisemitismus während der Weimarer Republik

Schon in der ersten Phase der Weimarer Zeit formierten sich die Antisemiten neu und in bis dahin nicht gekannter Zahl. Zunächst sammelten sie sich vorzugsweise im Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, der 1922 rund 600 Ortsvereine mit 200 000 Mitgliedern hatte.²³ Erst jetzt, in der für Verschwörungs-, Verrats- und Untergangstheorien empfänglichen Nachkriegszeit, wurde das Buch „Protokolle der Weisen von Zion“ in einer deutschen Ausgabe von 1920 wirksam. Es handelte sich um eine grobschlächtige Fälschung der Geheimpolizei des zaristischen Russland, in der fabuliert wird, führende jüdische Repräsentanten hätten sich am Rande des Baseler Zionistenkongresses von 1897 zur Übernahme der Weltherrschaft verschworen. Daneben wurde der Roman „Die Sünde wider das Blut“ zum Erfolg. Er verkaufte sich von 1917 bis 1934 in 250 000 Exemplaren. Geschrieben hatte ihn der Chemiker Arthur Dinter, der darin den rassenbiologisch begründeten „Blutschutz“ verfocht – ein Begriff, der nach dem opferreichen, noch dazu verlorenen Krieg auf das Interesse eines Publikums traf, das sich in extremer Weise schutzlos und ausgeblutet fühlte.

Als das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik 1927 in Berlin-Dahlem gegründet wurde, berief die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft den Anthropologen Eugen Fischer zum Direktor. Zusammen mit dem Botaniker Erwin Baur, dem Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Züchtungsforschung, und mit seinem Schüler Fritz Lenz hatte Fischer 1920/21 das zweibändige Grundlagenwerk „Menschliche Erblichkeitslehre und Rassenhygiene“ veröffentlicht. Es wurde kurz „Baur-Fischer-Lenz“ genannt, erschien bis 1944 in mehreren Auflagen und gab sich als seriöse Wissenschaft. Aber die dezente Form gelehrter Prosa ließ das rasse- und erbhygienische Denken in den Kreisen salonfähig werden, die der Gossenantisemitismus abstieß. Baur, Fischer und Lenz wandelten das grobe Vorurteil in scheinbar fundierte, biologisch begründete Erkenntnis, den „jüdischen Zinken“ in eine dominant erbliche „konvexe Nase“.

In dem von Fischer verfassten Abschnitt konnte man über „die Sonderstellung der Juden“ lesen, dass sie „aus dem Bereich der Europäer völlig herausfallen“. Daraus folgte für die „Bastardbevölkerung“, also für die gemeinsamen Nachkommen von Juden und Fischerischen Normeuropäern, dass die dominanten Merkmale der Juden durchschlügen: „das schwarze Haar, die konvexe Nase und vielleicht noch das eine oder andere in der Physiognomie“. Lenz legte in seinem Abschnitt die Gefahren dar, die in erbbiologischer Hinsicht von Juden ausgehen würden. Mit Statistiken unterlegt behauptete er, Juden seien wesentlich häufiger erblich blind und taubstumm, erkrankten öfter an Diabetes und seien besonders anfällig für „manische und melancholische Störungen“. Hingegen überträfe „der nordische Mensch“ alle anderen Rassen an „Willensstetigkeit und sorgender Voraussicht“; er marschiere „hinsichtlich der geistigen Begabung an der Spitze der Menschheit“. Der Eliteforscher Lenz kam zu dem Ergebnis, die vorderasiatische Rasse, zu der er die Juden zählte, verfüge über Erbanlagen, die „weniger auf Beherrschung und Ausnützung der Natur als auf Beherrschung und Ausnützung der Menschen“ gerichtet seien. Er schrieb den Juden eine „erstaunliche Fähigkeit“ zu, „sich in die Seele anderer Menschen zu versetzen und sie nach ihrem Willen zu lenken“.²⁴

²³ Uwe Lohalm, Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes 1919–1923, Hamburg 1970.

Seit 1920 machte eine völkische Gruppierung von sich reden, die besonders radikal und kompromisslos gegen die Juden agitierte: die NSDAP. Im Jüdischen Lexikon, das 1927 in Berlin erschien, schrieb der bayerische Rechtsanwalt Wilhelm Levinger im Abschnitt „Antisemitismus, Geschichte (Deutschland)“: „Anfang 1920 war in München die ‚Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei‘ gegründet worden; ihr Führer wurde bald Adolf Hitler, der als junger Bautechniker in Wien christlich-soziale Gedankengänge in sich aufgenommen hatte und nach Rache für den Verrat der ‚Novemberverbrecher‘ schrie, weil Deutschland sich erst nach Vernichtung des ‚inneren Feindes‘, den er in Marxisten und Juden sah, von seinen äußeren Feinden befreien könne.“ Die zunächst nur in Bayern gewonnene „zahlreiche entschlossene Anhängerschaft“ stammte nach Levingers Eindruck „hauptsächlich aus akademischen, aber auch aus Arbeiterkreisen, die sich vom Kommunismus enttäuscht“ abgewandt hätten. Obwohl die Wahlerfolge rasch nachgelassen hatten, warnte Levinger 1927, „dass der völkische Gedanke und damit auch der davon kaum zu trennende Antisemitismus noch immer weite Kreise des deutschen Volkes beherrscht, die die Juden als volksfremdes Element ansehen, dem man in vaterländischen Angelegenheiten nur mit Misstrauen begegnen dürfe“.

Nach dem verlorenen Krieg erhoben die NSDAP und andere rechtsradikale Splittergruppen die nationale Eintracht zum Kern ihrer Programmatik. Sie knüpften an die populäre Vorstellung an, die Nation habe sich zu oft entzweit und um ihre historischen Chancen gebracht, eben weil sie, wie am Ende des Krieges und dann während der Friedensverhandlungen, aus den eigenen Reihen heraus verraten worden sei. Mit dieser Vorstellung verband sich die Phantasmagorie von heimtückischen, volksfremden Kräften, die den gewissermaßen natürlichen Einheitswillen immer wieder zersetzt hätten. Ins Zentrum dieser Obsession stellte die NSDAP mehrere, auf verschiedene Adressaten zugeschnittene Varianten „des Juden“: Mal wurde er als kaum noch erkennbarer, deshalb besonders verschlagener „jüdischer Assimilant“ ausgemalt, dann wieder als angeblich integrationsunwilliger, einer undurchsichtigen Parallelgesellschaft verhafteter „Ostjude“. Beiden Kunstgestalten schrieben die Meinungsführer des Antisemitismus volksfeindliche Merkmale zu wie zum Beispiel defätistisch, international verschworen und auf den eigenen Vorteil bedacht.

Die so gezeichnete Figur setzten die völkischen Propagandisten wahlweise als „plutokratischen Juden“ oder als „jüdischen Bolschewisten“ in Szene. Während der eine angeblich den Mittelstand vernichtete und die bäuerlichen wie die proletarischen Unterschichten in die Knechtschaft des großen Geldes stieß, wurde dem anderen die kommunistische Revolution zugeschrieben: das Ende von Anstand, Sitte und Religion, von Gesetz und rechtsschaffen erworbenem Eigentum. Der derart obsessiv gezeichneten Bedrohungsszenerie fehlte es nicht an scheinbaren Stützen im Faktischen: der innere Zusammenbruch im Krieg, die russische Oktoberrevolution, der von fast allen Deutschen als schändlich empfundene Kriegsschuldparagraph des Versailler Vertrags, die Volkstumskämpfe an den Osträndern des Reichs, die blutigen linken wie rechten Putschversuche im Inneren und schließlich die Inflation. Daneben propagierten junge Rechtsintellektuelle eine trockene,

²⁴ Erwin Baur, Eugen Fischer, Fritz Lenz, Menschliche Erblichkeitslehre und Rassenhygiene, Bd. 1, 3. verm. und verb. Aufl. München 1927, S. 119, 138, 148 f., 215, 290, 368, 547, 538, 557–559; Peter Weingart, Jürgen Kroll, Kurt Bayertz, Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988.

angeblich „sachliche“ Form des Antisemitismus: „Wir hassen [...] den Juden nicht, weil er Jude ist, sondern wir lehnen ihn ab als Volksgenossen, weil er uns innerlich fremd gegenübersteht.“²⁵ Freilich verzichteten die modernen Antisemiten deshalb nicht auf die überlieferten Stereotype christlicher Judenfeindschaft. Als Adolf Hitler 1920 im Münchener Zirkus Krone zum Thema „Politik und Rasse – Warum sind wir Antisemiten?“ sprach, beendete er seine Rede mit dem Ausruf: „Wir wollen vermeiden, daß auch unser Deutschland den Kreuzestod erleidet!“²⁶

Antisemiten begründeten ihre Agitation stets als Abwehr. Das Schlusskapitel von Hitlers „Mein Kampf“ heißt „Notwehr als Recht“. Dieselbe Botschaft findet sich im Titel des 1933 erlassenen „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“. Die Gesetzesvorlage zur Teilenteignung der Juden, die Beamte des Reichsfinanzministeriums im Sommer 1937 ersannen, trug die Überschrift „Gesetz über den Ausgleich von Schäden, die dem Deutschen Reich durch Juden zugefügt werden“ (Dok. 285). Diesem Paragraphenwerk lag die Behauptung zugrunde, die Juden hätten sich auf Kosten des deutschen Volks bereichert.

In seinen Grundgedanken stützte sich das Parteiprogramm der NSDAP auf zwei während des 19. Jahrhunderts entwickelte Formen des Gleichheitsgedankens. Beide ließen sich unschwer mit dem Antisemitismus kombinieren. Als Nationalsozialisten propagierten sie zum einen die politische Idee von der ethnischen Homogenität der Nation; zum anderen versprachen sie als nationale Sozialisten mehr soziale Gleichheit. Freilich fassten sie ihren egalitären Anspruch nicht universell, wie es die Sozialisten in der Theorie getan hatten. Stattdessen reduzierten sie ihr Gleichheitsideal auf das ethnisch definierte Großkollektiv „deutsches Volk“. Denjenigen, die dazu gehörten, versprachen sie soziale Ausgewogenheit und bessere Aufstiegschancen.

Punkt 4 des NSDAP-Programms vom 25. Februar 1920 lautete: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf die Konfession. Kein Jude kann daher Staatsbürger sein.“ Punkt 16 behandelte die Kräfte, die „zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben“ ausüben. Im wirtschaftspolitischen Teil richtete sich das Programm gegen Kaufhausmagnaten, Kriegsgewinnler und Bodenspekulanten, gegen Wucherer und Schieber, die es zu enteignen gelte. Gemeint waren Juden.²⁷

Neben der NSDAP bot die Deutschnationale Volkspartei eine politische Heimat für notorische Antisemiten. Der national-konservative Wehrverband Stahlhelm führte 1924 für seine knapp 400 000 Mitglieder den „Arierparagraphen“ ein. Nicht anders verfuhr der Jungdeutsche Orden mit 200 000 Mitgliedern, der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband mit 400 000 Mitgliedern, der Reichslandbund mit einer Million Mitgliedern, die Deutschen Burschenschaften und der Deutsche Turnerbund.²⁸

Seinen gewalttätigen Niederschlag fand der Antisemitismus in den Freikorps und Geheimbünden. Sie verübten in den Nachkriegsjahren Attentate gegen angebliche Verräter

²⁵ Zit. nach: Ulrich Herbert, „Generation der Sachlichkeit“. Die völkische Studentenbewegung der frühen zwanziger Jahre, in: Ders., Arbeit, Volkstum, Weltanschauung. Über Fremde und Deutsche im 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1995, S. 31–58, hier: S. 49.

²⁶ Eberhard Jäckel, Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen, Stuttgart 1980, S. 906–909.

²⁷ Gottfried Feder, Das Programm der N.S.D.A.P. und seine weltanschaulichen Grundlagen, München 1925.

²⁸ Jochmann, Gesellschaftskrise (wie Anm. 19), S. 99–194.

der nationalen Sache im Allgemeinen, wie zum Beispiel Matthias Erzberger, und gegen prominente Politiker jüdischer Herkunft im Besonderen. Rosa Luxemburg, Walter Rathenau und Kurt Eisner waren die bekanntesten Opfer solcher als exemplarische Bestrafung und Propaganda der Tat gedachter politischer Morde.

Mit dem gescheiterten Hitler-Putsch und der geglückten Währungsreform vom Herbst 1923 begann sich die Republik zu stabilisieren. Die antisemitisch motivierten Gewalttaten gingen zurück. Im Reichsdurchschnitt kam es bis 1932 weniger als zwanzig Mal pro Jahr zu nächtlichen Schmierereien an Synagogen und zu Zerstörungen auf jüdischen Friedhöfen, Vorkommnissen, die auf ein unterdrücktes, nur in heimlichen Aktionen sich entladendes antijüdisches Aggressionspotenzial hindeuteten. In der Regel wurden Jugendliche als Täter festgestellt, nicht immer handelten sie aus politischen Motiven.²⁹

Anders verhielt es sich im studentischen Milieu. Mit dem Deutschen Hochschulring, in dem sich ein Großteil der traditionellen studentischen Verbindungen zusammengeschlossen hatte, wurde bereits 1921 ein Verband tonangebend, in dem sich die antisemitische Richtung rasch durchsetzte. Der Hochschulring errang in diesen Jahren im Durchschnitt rund zwei Drittel der Sitze in den Studentenparlamenten und konnte deshalb die Leitung der Deutschen Studentenschaft (DSt) übernehmen. Als der preußische Kultusminister der DSt-Führung untersagte, Studenten jüdischer Abstammung auszuschließen, kam es im Dezember 1926 zu einer Urabstimmung an den preußischen Hochschulen. Dabei entschieden sich bei hoher Wahlbeteiligung 77,6 Prozent dafür, jüdischen Kommilitonen weiterhin die Mitgliedschaft zu versagen.

Das Ergebnis der Abstimmung ist bedeutsam, weil es darauf hinweist, wie stark viele Studierende selbst in der ruhigen Phase der Weimarer Republik dem völkischen Gedankengut anhängen. Viele der Studenten engagierten sich schon bald im antibürgerlich und antiakademisch auftretenden NS-Studentenbund. Der Ton dort war salopp-sarkastisch. Beispielsweise witzelte ein Rostocker Student im Frühjahr 1929, man möge doch rechtzeitig Bescheid sagen, wenn die Juden per Schiff vom Hamburger Auswandererkai aus nach Madagaskar abreisen würden: „Die Hamburger SA-Kapelle ist gern bereit, den Kehraus zu spielen.“ Bei den AStA-Wahlen 1930 gewann der NS-Studentenbund 32,4 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen an den deutschen Universitäten, 1931 waren es 44,8 und 1932 schon 49,1 Prozent.³⁰ Angesichts dieses politischen Stimmungsbilds an den deutschen Hochschulen verwundert es nicht, dass Zehntausende junge Akademiker wenig später zu Trägern und zu Profiteuren des NS-Staats wurden. Sie verwendeten alsbald ihre Energie darauf, die schwammige und bewegliche Nazi-Ideologie von innen heraus herrschaftsrational auszugestalten. Kaum zur Macht gelangt, organisierte die NSDAP den Führungs- und Generationswechsel in einem in Deutschland bis dahin nicht gekannten

²⁹ Martin Sabrow, Der Rathenau-Mord. Rekonstruktion einer Verschwörung gegen die Republik von Weimar, München 1994; Dirk Walter, Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999. Nach der Dokumentation des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens kam es zwischen 1923 und Juni 1932 zu 125 Friedhofsschändungen und zu 48 Schmierereien und Zerstörungen an Synagogen im Deutschen Reich, abgedruckt in Harry Pross (Hrsg.), Die Zerstörung der deutschen Politik. Dokumente 1871–1933, Frankfurt a. M. 1959, S. 260–262.

³⁰ Michael Grüttner, Studenten im Dritten Reich, Paderborn 1995, S. 26ff. und Tabelle 25, S. 496; zu Rostock: Akademischer Beobachter. Kampfblatt des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes, 1 (1929), S. 96.

Ausmaß – „die NS-Revolution war über weite Strecken eine Revolution der jungen Generation“.³¹

Jedoch standen den Judenfeinden in Deutschland bis 1933 stets große Gruppen von Gegnern gegenüber. Im Verlauf der Weimarer Jahre gab es mehrfach Empörungswellen gegen den Antisemitismus, an denen sich alle Zeitungen von der gemäßigten Rechten bis zur Linken beteiligten: so nach schweren antisemitischen Gewalttaten und Plünderungen im Berliner Scheunenviertel (1923), nach dem Rathenau-Mord und nach den sich im Jahre 1924/25 häufenden Friedhofsschändungen.

Die linksliberale Deutsche Demokratische Partei erklärte ihren Wählern 1927: „Der Antisemitismus, zu deutsch ‚Judenhass‘, ist eine unmoralische Bewegung, weil er an die niedrigsten Instinkte appelliert.“ Engagiert nahm die Berliner Zeitung *Der Abend* 1930 den nazistischen Antisemitismus aufs Korn: „Es ist das Merkmal aller ethischen Unzulänglichkeit, sich selber für Höherwertigkeit oder geborene Überlegenheit zu halten“, hieß es dort, und wenig später: „Es ist ein politisches Armutszeugnis für das deutsche Volk, dass wir zum zweiten Male durch eine Periode des Radauantisemitismus hindurch müssen. Aber die Zeit der politischen Kinderkrankheiten ist offenbar bei uns noch nicht überwunden.“ Selbstverständlich wandten sich deutsche Bischöfe gegen Ritualmord-Märchen, ebenso trat der republikanische Frontkämpferbund Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold dem Antisemitismus entschieden entgegen. Der Heilige Stuhl veröffentlichte am 25. März 1928 ein Dekret, mit dem er „so ganz besonders den Hass gegen das einstmals von Gott erwählte Volk“ verurteilte, „nämlich jenen Hass, den man gewöhnlich mit dem Wort ‚Antisemitismus‘ zu bezeichnen pflegt“. Das entsprach älteren, in der Auseinandersetzung mit der antisemitisch orientierten Christlich-Sozialen Partei in Österreich entwickelten vatikanischen Lehrmeinungen zu den „Pflichten der Liebe“ gegenüber „israelitischen Mitbürgern“. Nach den 1931 von der Berliner NSDAP unter Graf Helldorf angezettelten Kurfürstendammkrawallen gegen Juden sprach die Zeitung *Welt* am Montag von „Pogrom“, die Berliner Volkszeitung von einem „feigen Überfall“, das Berliner Tageblatt sah „Terroristen“ und der Vorwärts die „Meute“ am Werk.

Der dem Zentrum angehörende Bürgermeister in dem schon erwähnten südbadischen Ort Gailingen setzte den antisemitischen Umtrieben der NSDAP, die dort 1928 begannen, energischen Widerstand entgegen. Er untersagte das öffentliche Ausschellen der Nazi-Treffen wegen der Störung des Ortsfriedens, ließ antisemitische Hakenkreuz-Aufkleber („Stoff und Seide verkaufen, das kann jeder Jud, aber am Webstuhl sitzen, das will er nicht!“) beschlagnahmen und forderte in Konstanz berittene Polizei an, um 40 Aktivisten in Schach zu halten. Auch organisierten alle demokratischen Parteien in Gailingen 1930 eine Protestdemonstration, „um dem Hakenkreuzunwesen ein Ende zu machen“; die Badische Landesregierung ließ es an rechtlicher und politischer Unterstützung nicht fehlen.

Mit den genannten Beispielen ist wenig über die konkrete Haltung der einzelnen Katholiken, Protestanten, Sozialdemokraten oder Bürgerlich-Liberalen gesagt, doch so viel steht fest: Dem Antisemitismus wurde in der Weimarer Republik klar und deutlich widersprochen. Im Übrigen bot sie als Rechtsstaat allen Bürgern Schutz, auch den jüdischen. Zwar ergingen vereinzelt Gerichtsurteile, in denen die Sympathie mit den Antisemiten durch-

³¹ Horst Möller, *Die Weimarer Republik. Eine unvollendete Demokratie*, 8. Aufl. München 2006, S. 283 f.

klang – aber daraus entwickelten sich eben Skandale. Im Fall von Übergriffen, Beleidigungen oder Schmähpogromen blieb der Gang zum Gericht bis zum Ende der Republik das wichtigste Mittel gegen die Antisemiten; der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens nutzte es mit Erfolg. Als die Berliner Synagoge am Kottbusser Tor in der Nacht vom 16. zum 17. Februar 1930 mit 20 Hakenkreuzen beschmiert und mit der Parole bemalt wurde: „Juda verrecke, Judas den Tod, die Rache naht“, verurteilte das zuständige Berliner Schöffengericht die fünf Täter zu je fünf Monaten Gefängnis. Die Staatsanwaltschaft hatte neun Monate beantragt.³²

Die deutschen Juden zu Beginn der NS-Zeit

Nach dem Ergebnis des Zensus vom Juni 1933 zählte das Deutsche Reich gut 65 Millionen Einwohner, davon bekannten sich 502 799 zum jüdischen Glauben. Von diesen lebten 144 000 in Berlin. Nur dort und in Frankfurt am Main erreichten sie einen Bevölkerungsanteil von rund vier Prozent, sonst lag ihr Anteil in den Großstädten bei etwa einem Prozent. 15,5 Prozent der jüdischen Bevölkerung wohnten in Orten, die weniger als 10 000 Einwohner zählten, 13,6 Prozent in der Ortsklasse zwischen 10 000 und 100 000 Einwohnern (Dok. 52). Ein Fünftel der jüdischen Bevölkerung besaß keine deutsche Staatsbürgerschaft. Die meisten Angehörigen dieser Gruppe waren in den Jahrzehnten vor 1933 aus den osteuropäischen Ländern nach Deutschland eingewandert: 56 000 waren polnische, jeweils gut 4 000 österreichische und tschechoslowakische Staatsangehörige, knapp 20 000 galten als staatenlos.³³

Mehrheitlich gehörten die deutschen Juden zum städtischen Mittelstand. 1933 arbeiteten von den Berufstätigen 61 Prozent in Handel und Gewerbe, 23 Prozent in Industrie und Handwerk, 12,5 Prozent bezeichneten sich als Angehörige des öffentlichen Dienstes. In der Landwirtschaft waren 1,7 Prozent beschäftigt. Während von den christlichen Berufstätigen nur jeder Sechste als Selbständiger sein Geld verdiente, war es jeder Zweite unter den erwerbstätigen Juden. Da die Selbständigenstatistik auch die Bauern erfasst, differierten die realen Verhältnisse in den Städten noch wesentlich stärker als im statistischen Bild (Dok. 53). 1933 boten in Preußen unter 11 674 zugelassenen Rechtsanwälten 3 370 jüdische Kollegen ihre Dienste an. Unter den rund 52 500 Ärzten im gesamten Reichsgebiet gab es 8 500 Juden.³⁴

Wegen der raschen Verstädterung und des in jüdischen Familien vergleichsweise früh einsetzenden Geburtenrückgangs hatte sich die Zahl der deutschen Juden zwischen der

³² Walter, *Antisemitische Kriminalität* (wie Anm. 29), S. 151–154, 211–221; Friedrich, *Schmieder-Friedrich, Gailingen Juden* (wie Anm. 13), S. 55–64; Pross (Hrsg.), *Dokumente* (wie Anm. 29), S. 262.

³³ *Statistik des Deutschen Reichs*, Bd. 451. Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1933. Volkszählung. Die Bevölkerung des Deutschen Reichs nach den Ergebnissen der Volkszählung 1933, H. 5: Die Glaubensjuden im Deutschen Reich, bearb. vom Statistischen Reichsamte, Berlin 1936, S. 13 f.

³⁴ Esra Bennathan, *Demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden*, in: Mosse (Hrsg.), *Entscheidungsjahr 1932* (wie Anm. 12), S. 87–131; Tillmann Krach, *Jüdische Rechtsanwälte in Preußen. Über die Bedeutung der freien Advokatur und ihre Zerstörung durch den Nationalsozialismus*, München 1991, S. 39, 416; Konrad H. Jarausch, *Jewish Lawyers in Germany 1848–1938. The Desintegration of a Profession*, in: *LBI Year Book XXXVI* (1991), S. 171–190, hier: S. 181; Werner F. Kümmel, *Die Ausschaltung rassisch und politisch mißliebiger Ärzte*, in: Fridolf Kudliin (Hrsg.), *Ärzte im Nationalsozialismus*, Köln 1985, S. 56–81, hier: S. 76.

Volkszählung von 1925 und der vom Juni 1933 um 56 000 Personen vermindert (aus politischen Gründen dürften im ersten Halbjahr 1933 maximal 20 000 aus Deutschland geflohen sein). Repräsentanten des deutschen Judentums befürchteten in den Zwanzigerjahren den baldigen Niedergang der deutsch-jüdischen Gemeinden. So liest man im Jüdischen Lexikon von 1927: „Trotz Zunahme der Ehen um 29 Prozent in 50 Jahren“ sei die Zahl der Geburten „in diesem Zeitraum um über 43 Prozent gefallen“. In Berlin bedürfe es, um die jüdische Bevölkerung auf gleicher Höhe zu halten, „eines unaufhaltsamen Zuströmens jüdischer Menschen von außerhalb“. Außerdem nahm die nach der Religionszugehörigkeit klassifizierte jüdische Bevölkerung wegen der starken Tendenz zur Assimilation ab. Nach dem Ersten Weltkrieg konvertierten immer mehr Juden zum Christentum oder wählten Ehepartner anderer Konfessionen. 1927 ging ein Drittel aller deutschen Juden und Jüdinnen Ehen mit nicht-jüdischen Partnern ein. Die gemeinsamen Kinder wurden in der Regel christlich oder laizistisch erzogen.

Die meisten Juden verstanden sich sozial, kulturell und politisch als Teil der deutschen Gesellschaft. Zugleich bewahrten viele eine zwar stark gelockerte, aber doch gelebte Bindung an Herkunft und Glauben. Unter den religiösen Richtungen dominierten die Liberalen; die orthodoxen Gemeinden verfügten über wenige Mitglieder. Die zionistische Bewegung spielte bis zum Ende der Weimarer Republik keine wesentliche Rolle.

Wenngleich die deutschen Juden überwiegend den liberalen Parteien zuneigten, gab es unter ihnen auch zahlreiche Anhänger kommunistischer und sozialistischer, konservativer und deutschnationaler Anschauungen.³⁵ Es lag ihnen fern, sich als nationale Minderheit zu verstehen und eine spezielle Partei zu gründen. Anders als etwa die Juden Polens oder Rumäniens beteiligten sie sich nicht an der 1925 in Genf geschaffenen nichtgouvernementalen Interessenvertretung „Kongress der organisierten nationalen Gruppen in den Staaten Europas“. Sie betrachteten sich als Deutsche jüdischen Glaubens, die loyale Staatsbürger sein und bleiben wollten.

Antisemitismus als Staatsziel

Am 30. Januar 1933 übernahm mit der NSDAP eine „judenfeindliche Bewegung“ die Herrschaft in Deutschland. So formulierte es der Leitartikler der Jüdischen Rundschau am selben Tag. Doch hoffte er auf diejenigen Kräfte in der deutschen Gesellschaft, die sich gegen eine „barbarische antijüdische Politik wenden würden“ (Dok. 1). Reichspräsident Paul von Hindenburg hatte Adolf Hitler nur zögernd zum Reichskanzler ernannt und beauftragt, ein Koalitionskabinett zu bilden. Die Überwindung der Wirtschafts- und Staatskrise, die Revision der Schmach von Versailles, der sofortige Stopp der Reparationszahlungen und die Wiederaufrüstung Deutschlands, kurz: eine Politik der starken Hand, verbanden als gemeinsame Ziele Nationalsozialisten und nationalkonservative Kräfte in der neuen Regierung.³⁶

³⁵ Martin Liepach, Das Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung. Zur politischen Orientierung der Juden in der Weimarer Republik, Tübingen 1996.

³⁶ Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur, 7. erg. Aufl., Köln 1993; Martin Broszat, Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München 1969; Hans-Ulrich Thamer, Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945, Berlin 1986; Ludolf Herbst, Das national-

Für den Erfolg der NSDAP war es entscheidend, dass sie nach außen als geeinte Kraft auftrat und sich als erste moderne Volkspartei weder regional, religiös oder schichtengebunden präsentierte.³⁷ Viele Deutsche hofften, dass sich mit einer solchen Politik das alte Nationaltrauma der inneren Zerrissenheit überwinden ließe: die geschichtlich als verhängnisvoll angesehene Trennung in Stämme und Konfessionen, die Selbstzerstörung im Dreißigjährigen Krieg, die Kleinstaaterei und die in der Weltwirtschaftskrise dramatisch zugespitzten sozialen Gegensätze. „Von den Fronten und Fragestellungen eines dreißigjährigen Religionskrieges haben die verschiedenartigsten Feinde unseres Volkes lange gelebt“, so drückte es Carl Schmitt 1934 aus und fuhr fort: „Fast hätten wir uns daran zerrieben, daß wir Generationen hindurch auch innerlich der Kriegsschauplatz aller geistigen Kämpfe waren.“³⁸ Nach dieser Lesart der deutschen Geschichte war das Staats- und Volkswohl allzu lange zu Gunsten von Partikularinteressen missachtet worden. Das hatte, so glaubten viele Deutsche, am Ende des Ersten Weltkriegs den Zusammenbruch der Heimatfront bewirkt, sich im Parteienstreit der Republik fortgesetzt und schließlich an den Rand des Bürgerkriegs geführt.

Kaum zur Macht gelangt, erhob die NSDAP den Antisemitismus zum wesentlichen Teil ihres Regierungsprogramms, das auf die nationale Selbstbefreiung Deutschlands zielte. Es kombinierte antijüdische Vorurteile mit der Furcht der kleinen Ladenbesitzer vor den Warenhäusern, der Handwerker vor der Industrialisierung, der Bauern vor billigen Importen, Preisverfall und Überschuldung. Es folgten konkrete Maßnahmen zur Entschuldung der Bauern, zur Stabilisierung der Erzeugerpreise von Lebensmitteln, der Stopp bereits rechtskräftiger Pfändungs- und Exmittierungstitel sowie das Verbot von Rabatten, um den Einzelhandel vor den Warenhäusern zu schützen; der Kündigungsschutz für Arbeiter wurde deutlich verbessert.

Die infolge der republikanischen Schul- und Hochschulpolitik verstärkt ausgebildeten Akademiker fürchteten um ihre Berufschancen. Die Forderung nach einem Numerus clausus für Juden an Hochschulen und Gymnasien – entsprechend ihrer Quote an der deutschen Gesamtbevölkerung – erschien ihnen als gerechter Weg zur Gleichstellung. Waren im Sommer 1932 fast 4 000 jüdische Studenten an deutschen Hochschulen immatrikuliert, so sank deren Anzahl bis zum Sommer 1934 auf 656. Wissenschaftliche Assistenten und Privatdozenten bewarben sich gern auf die frei werdenden Stellen der Juden, die aus ihren Ämtern gejagt wurden. 1933 mussten 5 700 Professoren, Hochschulassistenten und -angestellte die deutschen Universitäten verlassen, die meisten weil sie Juden waren. Dasselbe geschah in anderen Sektoren des öffentlichen Dienstes und zeitlich verzögert in der Privatwirtschaft. Die Massenentlassung jüdischer Lehrer im Jahr 1933 erlaubte trotz aller Sparzwänge und Haushaltssperren, 60 Prozent der 1 320 „arischen“ Bewerber sofort einzustellen.

Selbstständige Kaufleute und Unternehmer priesen ihre Firmen plötzlich als „rein deutsch“, profitierten vom politisch gewollten Niedergang ihrer jüdischen Konkurrenten:

sozialistische Deutschland 1933–1945, Frankfurt a. M. 1996; Norbert Frei, Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933–1945, 6. erw. Aufl., München 2001; Klaus Hildebrand, Das Dritte Reich, 6., neubearb. Aufl., München 2003.

³⁷ Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991.

³⁸ Rundfunkrede von Carl Schmitt (Richtstrahlensendung nach Amerika am 15./16. 4. 1934), abgedruckt in: Die Deutsche Studentenschaft. Nachrichtendienst, 7. Jg., Ausg. B, Nr. 6 vom 17. 4. 1934; BArch NS 38/I90p194/IV.

Sie übernahmen deren öffentliche Aufträge, gewannen deren Kunden für sich, bauten aus, für einen Spottpreis ersteigerten sie schließlich das Warenlager des in die Pleite getriebenen Konkurrenten. Der Druck auf die Unternehmen der Juden erleichterte den mittelständischen Konzentrations- und Rationalisierungsprozess und wälzte dessen Lasten auf eine diskriminierte Bevölkerungsgruppe ab. Manager von Konzernen, Banken und Versicherungen beteiligten sich auf ihre Weise an der mit den Mitteln der Rassen-diskriminierung geförderten Wirtschaftsmodernisierung. So ging die Zahl der Privatbanken in Deutschland zwischen 1932 und 1939 von 1350 auf 520 zurück. Ende 1935 bestanden noch 915 Privatbanken, davon galten 345 als „nichtarisch“; sie wurden bis 1939 ausnahmslos von „arischen“ Unternehmen aufgesaugt.³⁹ In den Jahren der Weltwirtschaftskrise suchten Millionen nach Arbeit, nur wenige hatten etwas gegen den Zuwanderungsstopp für „Ostjuden“.

Wissenschaftler erfanden alsbald neue förderungsfähige Projekte. Der Wechsel gelang vielen ohne sichtbare Schwierigkeiten. Dank der staatlichen Vorgaben und infolge der Emigration ganzer wissenschaftlicher Schulen⁴⁰ gewannen schon lange völkisch denkende Wissenschaftler und anpassungsbereite Nachwuchskräfte rasch die Hoheit über Begriffe, Fragestellungen, Forschungsmethoden, Stipendienvergabe und Lehrstuhlbesetzungen. Jede akademische Disziplin arbeitete mehr oder weniger stark an der antisemitischen Ausformulierung ihres Fachs. Selbst die Physik blieb davon nicht frei, wenn es auch den Geisteswissenschaftlern, Biologen und Medizinern leichter fiel, ihre Themen ins Rassistische und Völkisch-Sozialwissenschaftliche zu wenden. Vier Beispiele mögen genügen: Im Jahr 1936 wurde der nationalkonservativ geprägte Münchener Historiker Karl Alexander von Müller zum Mitbegründer der „Forschungsabteilung Judenfrage des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands“. In seiner Eröffnungsansprache schwärmte er, dass die historische und vergleichende Rassenforschung nicht länger „tabu“ sei. Den neu geschaffenen Forschungs- und Drittmittelschwerpunkt feierte er als „Waffenstätte für den Kampf der Geister“. Im selben Jahr eröffnete Carl Schmitt eine Tagung der Reichsgruppe Hochschullehrer zum Thema „Das Judentum in der deutschen Rechtswissenschaft“ mit solchen Sätzen: „Was der Führer über die jüdische Dialektik gesagt hat, müssen wir uns selbst und unseren Studenten immer wieder einprägen, um der großen Gefahr immer neuer Tarnungen und Zerredungen zu entgehen. Mit einem nur gefühlsmäßigen Antisemitismus ist es nicht getan; es bedarf einer erkenntnismäßig begründeten Sicherheit.“ Der Göttinger Ordinarius für Systematische Theologie Emanuel Hirsch schilderte 1934 den Marxismus „als Ergebnis einer deutsch-jüdischen Mischehe und als Beleg für die Unmöglichkeit der Judenemanzipation auf dem Boden christlicher Volkstü-

³⁹ Michael Grüttner, Sven Kinas, Die Vertreibung von Wissenschaftlern aus den deutschen Universitäten, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 55 (2007), S. 123–188, hier: S. 126; Marion Kaplan, Der Mut zum Überleben. Jüdische Frauen und ihre Familien in Nazi-Deutschland, Berlin 2001, S. 44; Bennathan, Demographische Struktur (wie Anm. 34), S. 131; Günther Keiser, Der jüngste Konzentrationsprozess, in: Die Wirtschaftskurve 1939, Nr. 18, S. 148, zit. nach Franz Neumann, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944, Frankfurt a. M. 1984, S. 154; Albert Fischer, Jüdische Privatbanken im „Dritten Reich“, in: Scripta Mercaturae, 28 (1994), H. 1/2, S. 1–54, hier: S. 19.

⁴⁰ Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, München, und Research Foundation for Jewish Immigration, New York, 4 Bde., München 1980 bis 1983, 2. Aufl., 3 Bde., München 1999; Horst Möller, Exodus der Kultur. Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler in der Emigration nach 1933, München 1984.

mer“. Den Bolschewismus verstand er „vielleicht sogar als eine ungläubige Abart jüdischer Religion“. Der Biologe Ernst Lehmann, ordentlicher Professor für Botanik in Tübingen, arbeitete an einer „Deutschen Biologie“, der die Aufgabe zugewachsen sei, in „unendlicher Einzelarbeit“ die „Erbanlagen und Merkmale verschiedener Menschenrassen“ zu erfassen: „Wo nötig und möglich werden die sich ergebenden Konsequenzen gesetzlich unterbaut (Judengesetze).“⁴¹

Ähnliche Wendebereitschaft fand sich unter Musikern, Bildenden Künstlern, Journalisten, Filmregisseuren und Theaterleuten. Herbert Ihering bezog das Büro des Theaterkritikers Alfred Kerr im Berliner Tageblatt; später begann ein Mann wie Werner Höfer seine Feuilleton-Karriere, indem er das Publikum vor Heines Liedern warnte, die er als „schale“ Früchte „politischer Dressur“ und als „Mache“ bezeichnete. Max Reinhardt musste Deutschland den Rücken kehren, sein Schüler Veit Harlan stieg zu Goebbels' bevorzugtem Filmregisseur auf und drehte den Spiel- und Hetzfilm „Jud Süß“, uraufgeführt 1940 bei den Filmfestspielen in Venedig und mit erheblichem Erfolg in vielen europäischen Kinos gezeigt. Felix Mendelssohn-Bartholdy, der die Werke Johann Sebastian Bachs wiederentdeckt hatte, verschwand 1933 sofort von den Programmzetteln. Dafür wurde Bach zum Inbegriff „deutscher Stammesart“ umgebogen – gemäß einem Aufruf vom Frühjahr 1933, mit dem führende Kantoren verhindern wollten, dass „unserem Volk eine nichtbodenständige, kosmopolitische Kirchenmusik dargeboten wird“. Zu den Initiatoren gehörte Günther Ramin, Thomaskantor von 1940 bis zu seinem Tod 1956. Im Jahr 1936 hatte er die Hochzeit von Hermann Göring musikalisch umrahmt, im März 1941 die erste deutsche Schallplattenaufnahme der gesamten Matthäus-Passion produziert.

Den Opportunismus, das totalitäre Frühlingserwachen der Künstler und Journalisten dokumentierte nach dem Zweiten Weltkrieg Joseph Wulf. Der 1912 in Chemnitz geborene, in Krakau zum Rabbiner ausgebildete Historiker kam zu dem Schluss: „In unserem Jahrhundert könnte man fast sagen, der KZ-Insasse habe Charakter und Zweck der Begriffe Freiheit und öffentliche Meinung weit konkreter erfasst als der Denker.“⁴² Wulf wusste, wovon er sprach. Er war 1941 als Mitglied des jüdischen Widerstands in Polen verhaftet worden und hatte Auschwitz überlebt.

Im Februar 1933 organisierten SA- und SS-Leute an verschiedenen Orten erste, oft gewalttätige Boykottaktionen gegen jüdische Kaufleute und Hochschullehrer (Dok. 3). Nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933, die nicht der NSDAP, sondern nur der Koalition eine

⁴¹ Ansprache von Professor Karl Alexander von Müller, in: Walter Frank (Hrsg.), Deutsche Wissenschaft und Judenfrage. Schriften des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands, Hamburg 1937, S. 5–14; Das Judentum in der deutschen Rechtswissenschaft. Ansprachen, Vorträge und Ergebnisse der Tagung der Reichsgruppe Hochschullehrer im Nationalsozialistischen Rechtswahrer Bund am 3. und 4. 10. 1936, Heft 1, Berlin 1936, S. 14; Hirsch zit. nach: Robert P. Erickson, Theologen unter Hitler. Das Bündnis zwischen evangelischer Dogmatik und Nationalsozialismus, München 1986, S. 210; Ute Deichmann, Biologen unter Hitler. Vertreibung, Karrieren, Forschung, Frankfurt a. M. 1992, S. 289–303.

⁴² Zu Harlan: Erwin Leiser, „Deutschland Erwache!“. Propaganda und Film des Dritten Reiches, Reinbek bei Hamburg, erw. Neuausg. 1978, S. 141–146; zu Höfer: Zeitalter des Namenlosen? in: 12 Uhr Blatt vom 1. 11. 1943, zit. nach Friedrich Lambart (Hrsg.), Tod eines Pianisten. Karlobert Kreiten und der Fall Werner Höfer, Berlin 1988, S. 179 f.; zu Ramin: Fred K. Prieberg, Musik im NS-Staat, Frankfurt a. M. 1982, S. 346; Joseph Wulf, Presse und Funk im Dritten Reich, Gütersloh 1964, S. 5; ders., Musik im Dritten Reich; Die bildenden Künste im Dritten Reich; Literatur und Dichtung im Dritten Reich; Theater und Film im Dritten Reich, alle vier Bde. Gütersloh 1963.

knappe Mehrheit der Stimmen gebracht hatte, beauftragte Hitler seinen Innenminister Wilhelm Frick mit dem Entwurf antijüdischer Gesetze. Wie schon 1923 und 1932 von konservativen Politikern diskutiert, wollte Frick zuerst alle Juden polnischer oder russischer Herkunft, die sogenannten Ostjuden, ausweisen und deren weitere Zuwanderung stoppen (Dok. 8). Nach außen verhielt sich die NS-Führung widersprüchlich. Während Hitler sich am 10. März 1933 öffentlich gegen unkontrollierte Einzelaktionen wandte, lehnte es Hermann Göring einen Tag später ab, jüdische Geschäfte von der Polizei zu schützen zu lassen. Mit der im Völkischen Beobachter am 19. März 1933 veröffentlichten Aufforderung, Juden aus den Berliner Amtsgerichten zu jagen, stachelte die NS-Führung die antisemitische Krawalllust ihrer Basis an.

Ein Teil der ausländischen Presse berichtete über die Diskriminierung der Juden in Deutschland von Beginn an kritisch. Jüdische und nichtjüdische Organisationen, vor allem in den USA und in Großbritannien, berieten über Hilfsmaßnahmen und organisierten öffentliche Proteste (Dok. 14 und 20). Einige riefen dazu auf, keine deutschen Waren mehr zu kaufen, um wirtschaftlichen Druck auf die NS-Regierung auszuüben. Daraufhin entschied sich Hitler, einen antijüdischen Boykott in Szene zu setzen. Am 1. April 1933, einem Samstag, blockierten SA-Posten und Aktivisten des deutschnationalen Stahlhelm überall im Deutschen Reich den Zugang zu Geschäften, Rechtsanwaltskanzleien und Arztpraxen von Juden. Sie kennzeichneten die Schaufenster, Türen und Bürgersteige mit antijüdischen Parolen. In seiner Rundfunkrede vom selben Tag ermunterte Joseph Goebbels „das deutsche Volk“, sich an den Juden „schadlos“ zu halten. Mancherorts wurden Geschäfte geplündert, Kunden, die sich dem Boykott widersetzen, fotografiert oder gefilmt, manchmal misshandelt. In Chemnitz, Plauen und Kiel kam es zu Morden⁴³ (Dok. 22).

Am Vorabend hatte Victor Klemperer in Dresden notiert: „Immer trostloser. Morgen beginnt der Boykott. Gelbe Plakate, Wachen. Zwang, christlichen Angestellten zwei Monatsgehälter zu zahlen, jüdische zu entlassen.“ Am Tag darauf beobachtete er: „Menschen strömten durch die Prager Straße und sahen sich das an. [...] Eine Explosion wird kommen, aber wir werden sie vielleicht mit dem Leben bezahlen, wir Juden.“ Eine Anordnung des Badischen Staatsministeriums zeigt, wie die antisemitische Staatspolitik im Handumdrehen die Kinder infizierte. Am 3. April 1933 wies das Ministerium in den badischen Zeitungen darauf hin, „daß Beschimpfungen jüdischer Schulkinder durch ihre Mitschüler nicht geduldet werden können“.⁴⁴

⁴³ Michael Wildt, Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939, Hamburg 2007, S. 101–115; Armin Nolzen, The Nazi Party and its Violence against the Jews, 1933–1938/39: Violence as a Historiographical Concept, in: Yad Vashem Studies XXXI (2003), S. 245–285; Robert Gellately, Hingeschaut und weggesehen. Hitler und sein Volk, Stuttgart 2002, S. 45.

⁴⁴ Victor Klemperer, Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher von 1933–1945, Bd. 1, Berlin 1995, S. 18; Zeitungsausschnitt zit. nach Friedrich, Schmieder-Friedrich, Gailingen Juden (wie Anm. 13), S. 80.

Verhaltensweisen der „arischen“ Mehrheit

Die Frage, wie es um den gesellschaftlichen Antisemitismus zu Beginn der NS-Herrschaft bestellt war, lässt sich schwer beantworten. Einiges spricht dafür, dass sich die meisten Deutschen den staatlich propagierten Hass in den ersten Jahren der NS-Herrschaft nicht zu eigen machten. Jedoch verhielten sie sich in ihrer übergroßen Mehrheit gleichgültig. Schon 1932 hatte der in der Judenmission engagierte Geistliche Otto von Harling beklagt: „Die Rohheit, mit der nicht bloß alles Jüdische in den Schmutz gezogen wird, sondern auch der Jude persönlich beleidigt wird, [...] das alles wird in weiten Volkskreisen kaum als Schande und Unrecht empfunden; [...] während in Amerika die Vertreter verschiedener Kirchen Erklärungen gegen die Auswüchse des Antisemitismus erlassen haben.“⁴⁵ Franz Böhm, der später CDU-Bundestagsabgeordneter wurde und seit 1952 im Auftrag Konrad Adenauers die Restitutionsgespräche mit Israel leitete, urteilte im Rückblick auf die letzten Weimarer Jahre: „Soweit damals Parolen gegen Hitler aufgestellt wurden, rückten sie andere Dinge in den Vordergrund, aber nicht den Abscheu gegen den Antisemitismus.“⁴⁶ Saul Friedländer stellt noch für das Jahr 1935 fest: „Die breite Masse war angesichts einer derartigen fortwährenden Agitation der Partei anscheinend überwiegend passiv: Gegen regelrechte antijüdische Gewalt gab es zwar keinen Widerstand, aber sie stieß oft auf Missbilligung.“⁴⁷

Aus dieser Sicht ist die fehlende Anteilnahme gegenüber dem Schicksal der Menschen, die nicht zur Volksgemeinschaft gerechnet wurden, das vielleicht wichtigste Verhaltensmuster der deutschen Gesellschaft gewesen, das den Mord an den europäischen Juden begünstigte. Dokumentarisch greifbar offenbarte es sich im April 1933 in der Antwort, die Michael Kardinal von Faulhaber, Oberhirte des Erzbistums München und Freising, auf den Brief eines wegen der Judenhetze zutiefst besorgten Katholiken gab. Faulhaber zeichnete die schiefe Bahn vor, auf der die zivilen Kräfte der deutschen Gesellschaft ins Rutschen gerieten. „Dieses Vorgehen gegen die Juden“, so schrieb er, „ist derart unchristlich, daß jeder Christ, nicht bloß jeder Priester, dagegen auftreten müsste. Für die kirchlichen Oberbehörden bestehen weit wichtigere Gegenwartsfragen; denn Schule, der Weiterbestand der katholischen Vereine, Sterilisierung sind für das Christentum in unserer Heimat noch wichtiger, zumal man annehmen darf und zum Teil schon erlebte, daß die Juden sich selber helfen können, daß wir also keinen Grund haben, der Regierung einen Grund zu geben, um die Judenhetze in eine Jesuitenhetze umzubiegen“ (Dok. 30).

Neben den Reaktionen der Vielen, denen das eigene Interesse näher lag als der verfolgte Nächste, war gewiss eine Haltung verbreitet, die sich als passiver Antisemitismus fassen lässt: Nicht wenige der „arischen“ Deutschen betrachteten die jüdischen Deutschen als Fremdkörper, die sich in der Vergangenheit zuviel herausgenommen hätten. Daraus folgte zumeist das Ablehnen direkter Gewalt, aber keine Missbilligung der staatlich angeordneten Entrechtung.

⁴⁵ Zitate aus Mosse (Hrsg.), Entscheidungsjahr 1932 (wie Anm. 12), darin: Hans-Joachim Kraus, Die evangelische Kirche, S. 249–270, hier: S. 259; Karl Thieme, Deutsche Katholiken, S. 271–288, hier: S. 272f.; P.B. Wiener, Die Parteien der Mitte, S. 288–321, hier: S. 290 f.; Hans-Helmuth Knütter, Die Linksparteien, S. 323–345, hier: S. 332.

⁴⁶ Zit. nach Jochmann, Gesellschaftskrise (wie Anm. 19), S. 193.

⁴⁷ Friedländer, Jahre der Verfolgung (wie Anm. 1), S. 142; David Bankier (Hrsg.), Probing the Depths of German Anti-Semitism. German Society and the Persecution of the Jews 1933–1941, New York 1999.

Da Juden rasch aus den Vereinen und dem öffentlichen Leben überhaupt ausgeschlossen wurden, Kollegen aus den Betrieben und Verwaltungen verschwanden, verloren sich die sozialen Kontakte fast von selbst. Wer nicht besonders mutig war, konnte sie einfach einschlafen lassen. Das taten längst nicht alle, wie sich am Beispiel von Ernst Loewenberg zeigen lässt. Er hatte an der reformerisch orientierten, koedukativen Hamburger Lichtwarck-Schule Deutsch unterrichtet und war als Träger des Eisernen Kreuzes erst im März 1934 entlassen worden. Die Schüler hielten die Verbindung zu dem verehrten Lehrer aufrecht, selbst diejenigen, die in die Hitler-Jugend eintraten. Im Schrebergarten sprach Loewenberg mit den Eltern: „Dort, wo sie unbeobachtet sind, sind auch sie wie früher.“ Ende 1934 entstand auf Wunsch seiner ehemaligen Schüler eine von Loewenberg geleitete Arbeitsgemeinschaft, in der Rilke-Gedichte gelesen und besprochen wurden. Erst als der Schulleiter einige Schüler und Schülerinnen einbestellte und ihnen vorhielt, sie hätten „ihre moralische Unreife durch Arbeiten mit einem Juden so eklatant bewiesen“, beendete Loewenberg die Zusammenkünfte gegen den Wunsch der Schüler. Er fragte sich: „Ob ein Nazi-Mitbewohner unseres Hauses uns angezeigt hat? Wahrscheinlicher ist, dass es sich in der Schule herumgesprochen hat.“⁴⁸

Typisch ist diese Geschichte vermutlich nicht. Doch zeigt sie, wie auch das freundliche und von beiden Seiten gewollte Miteinander jäh zerreißen konnte. Das führte ziemlich rasch zum Entstehen unsichtbarer Barrieren, wie sie Rabbiner Joachim Prinz 1935 beschrieb: „Des Juden Los ist: nachbarlos zu sein.“ Und er fügte an: „Wir würden das alles nicht so schmerzlich empfinden, hätten wir nicht das Gefühl, dass wir einmal Nachbarn besessen haben“ (Dok. 161). Den für die Überwachung der Juden zuständigen SD-Beamten, unter ihnen Adolf Eichmann, war das nicht genug. Nach ihrer Ansicht haperte es noch Ende 1937 erheblich an der „einmütige[n] Ablehnung der Juden durch alle Bevölkerungsteile“.⁴⁹

Reaktionen der Verfolgten

Die Vertreter der jüdischen Vereinigungen in Deutschland reagierten offensiv auf die unerwartet starke Bedrohung. Ungeachtet aller Differenzen gründeten sie im April 1933 den Zentralausschuss der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau, der von jüdischen Gemeinden und ausländischen Hilfsorganisationen finanziert wurde.⁵⁰ In dem Ausschuss arbeiteten alle großen jüdischen Organisationen zusammen: der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV), die Zionistische Vereinigung für Deutschland, der Hilfsverein der deutschen Juden, der Jüdische Frauenbund, der Preußische Landesverband Jüdischer Gemeinden, die Jüdische Gemeinde Berlin und die orthodoxe Vereinigung Agudas Jisroel. Der Zentralausschuss engagierte sich in der Wohlfahrtspflege und der Wirtschaftshilfe,

⁴⁸ Bericht von Ernst Loewenberg, abgefasst 1940 in Boston, MA, in: Monika Richarz (Hrsg.), *Bürger auf Widerruf. Lebenszeugnisse deutscher Juden 1780–1945*, München 1998, S. 449–458.

⁴⁹ Zit. nach Michael Wildt (Hrsg.), *Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938. Eine Dokumentation*, München 1995, S. 165.

⁵⁰ Otto Dov Kulka (Hrsg.), *Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus*, Bd. 1: *Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung der deutschen Juden 1933–1939*, Tübingen 1997; Yehuda Bauer, *My Brothers Keeper. A History of the American Jewish Joint Distribution Committee 1929–1939*, Philadelphia 1974.

sorgte für den bald notwendigen Ausbau jüdischer Schulen und unterstützte diejenigen mit Rat und Tat, die emigrieren wollten. Später bildete er den für praktische Arbeit wichtigsten Teil der Reichsvertretung der deutschen Juden, die am 17. September 1933 als Dachverband der großen politischen jüdischen Organisationen geschaffen wurde.

Hinter der Reichsvertretung standen im Wesentlichen die Gruppen, die schon den Hilfsausschuss gebildet hatten, nun aber beteiligte sich auch der ebenso einflussreiche wie deutsch-patriotisch gesonnene Reichsbund jüdischer Frontsoldaten. Zum Präsidenten der Reichsvertretung wählten die Versammelten den 1873 in der Nähe von Posen geborenen Religionswissenschaftler, Rabbiner und Philosophen Leo Baeck. Er galt als der weithin anerkannte Repräsentant des liberalen deutschen Judentums. Im Ersten Weltkrieg hatte er seit 1914 als Militär rabbiner im kaiserlichen Feldheer gedient. Seinem Pflichtgefühl folgend, nahm er 1933 den Vorsitz auf sich. Die erste öffentliche Erklärung der Reichsvereinigung trägt seine Handschrift: „In Tagen, die hart und schwer sind, wie nur je Tage der jüdischen Geschichte, aber auch bedeutungsvoll, wie nur wenige gewesen, ist uns durch gemeinsame EntschlieÙung [...] die Leitung und Vertretung der Juden übertragen worden. [...] Im neuen Staate ist die Stellung der einzelnen Gruppen eine ganz andere geworden. Wir sollen dies einsehen ohne Selbsttäuschung.“⁵¹

Während die deutschen Zionisten 1933 verstärkt versuchten, das jüdische Nationalgefühl zu wecken, die Emigration nach Palästina forcierten und als anti-assimilatorische Bewegung darin vom NS-Staat unterstützt wurden, traten die nationaldeutschen Juden bis zu ihrem Verbot 1935 dafür ein, die Rechte der Juden in Deutschland zu wahren. Jenseits solcher Differenzen verstand sich die Reichsvertretung als Gesamtrepräsentanz gegenüber der NS-Regierung und protestierte immer wieder gegen Willkür. Zum Beispiel schickte sie im Januar 1934 die Denkschrift „Zur gegenwärtigen Situation der Juden“ an die Reichsregierung, die auf 80 Seiten die vielfältige Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet dokumentierte (Dok. 99). Organisationen wie der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten oder der CV sowie einzelne Synagogengemeinden richteten ebenfalls Petitionen und Beschwerden an Reichsministerien, Landesbehörden und Gemeindeverwaltungen (Dok. 47, 110 und 141).

Die Verfolgten wehrten sich. Aber sie taten es auf bürgerliche Weise, als seien ihre Kontrahenten demselben Rechtsdenken verpflichtet und würden sich an die Prinzipien von Treu und Glauben halten. Die Verfolger aber verhielten sich antibürgerlich, setzten die Regeln ständig neu, kannten ihre nächsten Schritte selbst nicht genau. Sie besaßen keinen ausgearbeiteten Plan, sondern entschieden meist ad hoc – getrieben und berauscht vom selbst erzeugten Sog fortgesetzter Radikalisierung. Sie handelten in der Überzeugung, dass es „nur ein Weiterschreiten auf dem eingeschlagenen Weg zu immer Neuem“ gab.⁵²

Noch 1936 wandten sich die Treuchtlinger Juden an die örtliche Polizei, als Jugendliche eine Totenfeier störten und die Trauernden mit Steinen bewarfen. Hannah Arendts Mut-

⁵¹ Barkai, „Wehr Dich!“ (wie Anm. 16). Georg Heuberger, Fritz Backhaus (Hrsg.), *Leo Baeck 1873–1956. Aus dem Stamme von Rabbinern*, Frankfurt a. M. 2001; Erklärung der Reichsvereinigung, in: C.V.-Zeitung vom 20. 9. 1933, zit. nach Yahil, Shoah (wie Anm. 1), S. 125.

⁵² Theodor Maunz, *Gestalt und Recht der Polizei*, Hamburg 1943, zit. nach: Arendt, *Elemente* (wie Anm. 11), S. 617; Martin Broszat, *Zur Erklärung des nationalsozialistischen Judenmords*, in: Ders., *Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte*, 2. Aufl., München 1988, S. 247; Hans Mommsen, *Die Realisierung des Utopischen*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983), S. 381–420.

ter Martha erdachte sich 1937 „kulinarische Programme für den Fall von Hitlers Sturz“, träumte von der Rückkehr ihrer Tochter nach Deutschland und hatte sich wegen der relativen Ruhe nach den Nürnberger Gesetzen „mit Deutschland im allgemeinen wieder ganz ausgesöhnt“.⁵³ Bemerkenswert an dieser Geschichte ist nicht so sehr die Gutgläubigkeit der Mutter, sondern die der klugen, hervorragend informierten, längst nach Paris emigrierten Tochter. Die beiden Frauen hatten sich nämlich in Genf getroffen, aber offenbar versuchte Hannah Arendt nicht, ihre Mutter an der Rückreise nach Königsberg zu hindern.

Zwischen Gewalt und Sonderrecht

Zu Beginn der NS-Herrschaft bestanden keine klaren Vorgaben für die antijüdische Politik. Diskriminierung und Verfolgung waren zunächst nicht Ergebnis von Führerbefehlen und Parteibeschlüssen. Dem Prinzip von Versuch und Irrtum folgend, bildete sich der neue Staatsantisemitismus in einem offenen, mehrere Jahre andauernden, immer wieder eskalierenden Prozess allmählich heraus. Daran beteiligten sich Politiker und Verwaltungsfachleute in den zentralen Schaltstellen des Reichs ebenso wie Gemeinderäte, aktive Parteigänger der NSDAP, Arbeitskollegen, unpolitische Vereinskameraden oder spontane Volksinitiativen.

Mal bremsend, mal beschleunigend wirkten auf die antisemitische Praxis vielerlei Faktoren und Interessen ein. In regelmäßigen Abständen zeigte sich das Bestreben der NS-Führung, den gewalttätigen Antisemitismus für kurze Zeit zu forcieren und dann wieder mit Hilfe von Gesetzen zu zügeln: Gesetzen, die den Juden Beschränkungen auferlegten, ihnen aber auch Restfreiheiten und Ausnahmen zu garantieren schienen. Aus vielen Einzelmaßnahmen und praktischen, oft nicht sofort aufgegriffenen Vorschlägen heraus entwickelte sich so ein unübersichtliches, aber konsequentes Staatshandeln. Der Antisemitismus der Straße wich weniger auffälliger Verwaltungsroutine, konnte jedoch im passenden Augenblick reaktiviert werden. Das tückische Wechselspiel zwischen willkürlicher Gewalt und vorübergehender Mäßigung kennzeichnete die deutsche Judenpolitik bis zum Novemberpogrom 1938 nach dem von Ian Kershaw beschriebenen Schema: „Druck von unten, grünes Licht von oben, weitere Gewalt von unten, Zügelung und Besänftigung der Radikalen durch diskriminierende Gesetzgebung. Durch diesen Prozess wurde die Verfolgung weiter verschärft.“⁵⁴

Ungeachtet der Methoden bestand das Ziel von Anfang an darin, die deutschen Juden in Angst zu versetzen. Sie sollten eingeschüchtert und zur Flucht getrieben werden. Dass die NS-Führung dabei zunächst keiner klaren Strategie folgte, sondern situativ und spontan improvisierend vorging, zeigt sich an dem unmittelbar nach dem Boykott Anfang April 1933 entworfenen „Gesetz über die Stellung der Juden“. Erarbeitet hatte es eine informelle,

⁵³ Michael Wildt, Gewalt gegen Juden in Deutschland 1933–1939, in: WerkstattGeschichte 6 (1997), H. 18, S. 5–80, hier: S. 65; Hannah Arendt, Heinrich Blücher, Briefe 1936–1968, Brief Arendts an Blücher vom 13. 9. 1937, S. 80.

⁵⁴ Wolf Gruner, Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen. Zur wechselseitigen Dynamisierung von zentraler und lokaler Politik 1933–1941, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 48 (2000), H. 1, S. 75–126; Ian Kershaw, Hitler, Bd. 1: 1889–1936, Stuttgart 1998, S. 717.

vermutlich von Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß geleitete Gruppe, um mit „legalen“ Mitteln künftig direkte Gewalt und ausländische Proteste zu vermeiden. In dem Entwurf finden sich Berufsverbote, die Ausweisung ausländischer Juden und Verbote sexueller Kontakte zwischen Juden und Nichtjuden; Juden sollten durch ein „J“ hinter dem Namen gekennzeichnet und als Zwangsmitglieder in einem staatlich überwachten „Verband der Juden in Deutschland“ zusammengefasst werden (Dok. 27).

Hitler lehnte das ab. Er bevorzugte das langsamere Vorgehen. So richteten sich die ersten antisemitischen Gesetze gegen jüdische Angehörige einzelner Berufsgruppen, z. B. Rechtsanwälte sowie Beamte, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst. Zu diesem Zweck musste im Kontext des Berufsbeamtengesetzes vom 7. April 1933 per Verordnung definiert werden, wer als Jude oder „jüdisch versippt“ zu gelten habe, implizit wurde damit auch festgelegt, wer „arischer Volksgenosse“ sei (Dok. 32). Die so gegebene gesetzliche Grundlage galt nur für Staats-, Landes- und Gemeindebedienstete. Doch wurde sie in den folgenden Monaten von den Vorständen der meisten deutschen Vereine und nichtstaatlichen Körperschaften dazu benutzt, sämtliche Juden auszuschließen oder sie ihrer haupt- oder ehrenamtlichen Funktionen zu berauben. Bis zum 31. Dezember 1933 schloss selbst der Bund erblindeter Krieger 17 Mitglieder wegen „nichtarischer“ Abstammung aus.⁵⁵ Zum Protestantismus konvertierte Juden verwandelten sich plötzlich in „Judenchristen“. Im September 1933 beschloss die Generalsynode der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union den Arierparagraphen für ihre Geistlichen und Beamten (Dok. 75). Andere protestantische Landeskirchen und Organisationen folgten.

Das Mitte Juli 1933 verkündete Ausbürgerungsgesetz schuf die Grundlage, vor allem „völkisch unerwünschten“ Juden polnischer oder russischer Herkunft, die nach 1918 eingebürgert worden waren, die deutsche Staatsbürgerschaft zu entziehen. Ein Staat, der das tut, so schrieb Ernst Nolte in seinem 1963 bahnbrechenden Buch zum Faschismus, „erkennt im Grunde auch die übrigen aus der Vergangenheit herrührenden Verträge und Verpflichtungen nicht an“. Parallel dazu diskutierten Ministerialbeamte ein Gesetz, das den deutschen Juden insgesamt die Staatsbürgerrechte nehmen und zwischen „arischen“ Reichsbürgern und „nichtarischen“ Reichsangehörigen unterscheiden sollte. Es wurde erst Ende 1935 als eines der beiden Nürnberger Gesetze erlassen.⁵⁶ Im Juli 1933 ordnete Göring an, die bis dahin begangenen antisemitisch motivierten Morde und Gewalttaten nicht länger gerichtlich zu verfolgen, weil sie im Zuge der nationalsozialistischen Revolution geschehen seien. Die bereits Verurteilten wurden amnestiert (Dok. 69).

Seit dem April-Boykott hatten verschiedene ausländische Regierungen gegen die Verfolgung der Juden interveniert, insbesondere sprach der polnische Botschafter immer wieder im Auswärtigen Amt vor. Im Inland protestierten die jüdischen Organisationen und Gemeinden, aber auch nichtjüdische Deutsche. Solange die Zeitungen noch nicht gleichgeschaltet waren, berichteten einzelne durchaus kritisch. So druckte die Deutsche Allge-

⁵⁵ Gabriel Richter, Blindheit und Eugenik. Zwischen Widerstand und Integration, in: Blinde unterm Hakenkreuz. Erkennen, Trauern, Begegnen, Marburg a. L. 1991, S. 16–34, hier: S. 21.

⁵⁶ Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der Staatsangehörigkeit, RGBl., 1933 I, S. 480; Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche. Action française – Italienischer Faschismus – Nationalsozialismus. Mit einem Rückblick nach fünfundsiebzig Jahren, 5. Aufl. der Taschenbuchausg. München 2000, S. 459; Kurt Pätzold, Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen Imperialismus 1933–1935, Berlin 1975, S. 140.

meine Zeitung am 11. April 1933 Wilhelm Furtwänglers Protestbrief gegen den Ausschluss jüdischer Musiker aus dem deutschen Konzertleben. „Nur einen Trennungsstrich erkenne ich letzten Endes an“, hatte der Chefdirigent der Berliner Philharmoniker an Goebels geschrieben, „den zwischen guter und schlechter Kunst.“

Martin Bormann vom Stab des Stellvertreters des Führers ordnete im September 1933 an, die in einzelnen Orten ergangenen Verbote aufzuheben, mit denen Juden untersagt worden war, städtische Bäder oder Märkte zu besuchen oder einzelne Dörfer zu betreten (Dok. 76). Doch änderte die Weisung nichts an der prinzipiell doppeldeutigen Politik. So kritisierte Innenminister Frick am 17. Januar 1934 zwar die zügellose Anwendung des „Arierparagraphen“, bedeutete aber den Reichs- und Landesbehörden, die „Sonderbehandlung von Nichtariern“ keineswegs behindern zu wollen.⁵⁷

Von Ende 1933 an bis zum Jahresende 1934 verlagerte sich die Initiative zur Verfolgung der Juden auf lokale Instanzen. Während einige Städte in der zweiten Jahreshälfte 1933 ihre antijüdischen Bestimmungen wieder aufhoben, fällten in anderen Gemeinden Kommunalbeamte willkürliche Entscheidungen gegen jüdische Bürger und Organisationen. Velerorts boykottierten NSDAP-Formationen wie die SA oder die NS-Hago (die Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation) ohne zentrale Vorgaben jüdische Firmen (Dok. 12, 15, 141, 143, 147). Nicht wenige Gastwirte, Hoteliers und Geschäftsleute untersagten Juden den Zutritt zu ihren Räumen. In den Aushangkästen des Hetzblattes *Der Stürmer* wurden diejenigen Deutschen, die weiterhin in jüdischen Geschäften einkauften, namentlich angeprangert, gelegentlich sogar mit Fotos.

Mehrfach intervenierte Hjalmar Schacht, Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident, gegen gesetzlich nicht gedeckte Diskriminierungen. Er ließ sich dabei nicht in erster Linie von humanitären und prinzipiellen rechtlichen Gründen leiten, hauptsächlich befürchtete er, die lokale Willkür würde die wirtschaftlichen, insbesondere die außenwirtschaftlichen Interessen des Landes schädigen (Dok. 189). Auch die deutschen Richter waren in den ersten Jahren der NS-Herrschaft längst nicht alle bereit, rassenpolitisch erwünschte Urteile zu fällen. Bis 1937 ergingen mehrere Urteile zugunsten jüdischer Händler, denen städtische Ordnungsämter das Aufstellen eines Marktstands verweigert hatten. Das preußische Oberverwaltungsgericht hob 1935 ein erstinstanzliches Urteil auf, in dem ausgeführt worden war: „Aufgrund der im Verlauf von Jahrhunderten gemachten Beobachtungen“ und der „volkseigenen deutschen Auffassung“ müssten jüdische Händler insgesamt „als unzuverlässig gelten und daher ausgeschaltet werden“. Das Urteil wurde rechtskräftig, und die für Nachwuchsjuristen gemachte Zeitschrift *Jugend und Recht* schäumte: „Das deutsche Volk steht hinter diesem in seinem Namen ergangenen Urteil nicht.“⁵⁸

⁵⁷ Herbert Michaelis, Ernst Schraepfer (Hrsg.), *Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte*, Bd. 9: *Das Dritte Reich. Die Zertrümmerung des Parteienstaates und die Grundlegung der Diktatur*, Berlin 1964, Dokument Nr. 216, S. 397; Kurt Pätzold (Hrsg.), *Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933–1942*, Leipzig 1983, Dokument 25, S. 70f.

⁵⁸ Vermerk DGT/Abt. IV [1937], LA Berlin, Rep. 142/7, 4-10-2/Nr. 13; Ernst Fraenkel, *Der Doppelstaat. Recht und Justiz im „Dritten Reich“*, Frankfurt a. M. 1984, S. 121.

Rückzug, Selbsthilfe und Emigration

Während sich die wirtschaftliche Lage für die Mehrheit der Deutschen seit 1933 stabilisierte und bald verbesserte, erlebten die jüdischen Familien einen drastischen sozialen Abstieg und sehr oft akute Geldnot. Schon im ersten Jahr der NS-Regierung wurden Zehntausende Juden entlassen oder mussten erhebliche Einkommensverluste hinnehmen. Von den 1933 rund 100 000 Betrieben und Geschäften jüdischer Inhaber verschwanden in den beiden Folgejahren 25 000. Die meisten Mittel-, Klein- und Kleinstbetriebe erlitten infolge des Boykotts schwere Umsatzeinbußen. Sie mussten Personal entlassen oder gingen bankrott. Da jüdische Ärzte schon im Sommer 1933 ihre Kassenzulassung und damit einen erheblichen Teil ihrer Patienten verloren hatten, schloss die Hälfte der Praxen bis 1937. Ähnlich erging es den jüdischen Rechtsanwälten: Um seine Interessen zu wahren, war ein nichtjüdischer Mandant de facto auf einen „arischen“ Rechtsanwalt angewiesen.⁵⁹ Immer mehr jüdische Frauen begannen zu arbeiten, um zum Familieneinkommen beizutragen. Viele Kaufleute, die ihr Geschäft wegen der Verfolgungspolitik verloren, suchten ihr Auskommen als Hausierer oder fliegende Händler.

Das Gefühl wachsender Isolation traf insbesondere die assimilierten Familien und dort zuerst die Männer. Sie waren stärker als die Frauen in die Berufswelt und in das nichtjüdische Vereinsleben integriert gewesen. Zwangsläufig veränderten sie ihr Verhalten rasch. Sie versuchten, jedes Aufsehen, jeden Konflikt zu vermeiden, bevorzugten jetzt, was ihnen zuvor kaum in den Sinn gekommen wäre, die Gasthäuser jüdischer Wirte, die in den neuerdings abonnierten jüdischen Zeitungen inserierten. Die jüdischen Gemeinde- und Familienblätter forderten ihre Leser auf, sich nicht auffällig zu benehmen, druckten Stellenanzeigen, in denen Juden nach jüdischen Arbeitgebern suchten, und Annoncen, in denen von Juden geführte Geschäfte um jüdische Kunden warben.

Binnen weniger Monate wurden aus deutschen Juden oder aus Deutschen, die sich kaum noch ihrer jüdischen Wurzeln erinnerten, wieder Juden. Das zeigte sich im raschen, von Isolation und Angst bewirkten Aufschwung des jüdischen Vereinslebens. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten und dessen Jugend- und Sportvereine gewannen in wenigen Jahren fast 50 000 neue Mitglieder. Trotz der starken, 1933 sofort einsetzenden Emigration nach Palästina steigerte die Zionistische Vereinigung für Deutschland ihre Mitgliederzahl von 7 000 (1932) auf 22 000 im Jahr 1935. Vor allem die jungen Leute wandten sich den Zionisten zu, so wuchs die zionistische Jugendorganisation *Hechaluz* (= Pionier) von 500 Mitgliedern im Jahr 1933 auf 16 000 Ende 1935.

In den Schulen herrschte dasselbe Bild: 1933 besuchten 75 Prozent aller jüdischen Schüler öffentliche Schulen, Ende 1937 nur noch 40 Prozent; in Berlin sank die Zahl jüdischer Kinder an öffentlichen Schulen im selben Zeitraum von 12 746 auf 2 704. Gleichzeitig stieg die Schülerzahl an jüdischen Schulen von 2 000 auf 8 845. Das war, wie W. Michael Blumenthal berichtet, für die meisten Schüler „ein angenehmer geschützter Ort mit engagierten Lehrerinnen und Lehrern, die alles taten, um uns Kinder vom Druck der Außenwelt abzusichern“. Die meisten stammten aus assimilierten Elternhäusern und kamen hier „zum

⁵⁹ Kümmel, *Ausschaltung* (wie Anm. 34), S. 76; Jacob Boas, *The Shrinking World of German Jewry 1933–1938*, in: *LBI Year Book XXXI* (1986), S. 241–266, hier: S. 254 f.; Avraham Barkai, Paul Mendes-Flohr, *Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit*, Bd. 4: *Aufbruch und Zerstörung 1918–1945*, München 1997, S. 232.

ersten Mal im Leben mit jüdischer Religion und Tradition in Berührung“; die Eltern gerieten „in nachdenkliche Verlegenheit“, wenn ihre Kinder plötzlich hebräische Gebete sangen.⁶⁰

Der erzwungene Rückzug aus der nun „arisch“ gewordenen deutschen Öffentlichkeit spiegelte sich im Aufschwung der neu gebildeten jüdischen Kulturbünde. Der erste derartige Bund entstand im Sommer 1933 in Berlin mit zunächst 12 500 Mitgliedern.⁶¹ Geleitet wurde er von dem Arzt und Musikwissenschaftler Kurt Singer; zum Ehrenpräsidium gehörten Leo Baeck, Max Liebermann und Jakob Wassermann. Bald zählten die Kulturbünde mehr als 70 000 Mitglieder in rund 100 deutschen Städten. Die erste Theatersaison hatte der Berliner Kulturbund im Oktober 1933 noch mit „Nathan der Weise“ eröffnen können. Es dauerte nicht lange, bis die Behörden jüdischen Schauspielern und Musikern untersagten, die Stücke „deutscher Komponisten“ und „deutscher Dramatiker“ aufzuführen.

Nach einiger Zeit veränderten die jüdischen Gemeinden ihren Charakter. Aus religiösen Zentren wurden Hilfsstellen für Rechtsberatung und Fürsorge. Boykottgeschädigten Geschäftsinhabern gewährten sie Kleinkredite, Entlassenen halfen sie bei der Stellungsuche, Jugendlichen vermittelten sie Ausbildungsplätze. Die Möglichkeiten dafür schrumpften in dem Maß, wie sich die Zahl der Rat- und Hilfebedürftigen vermehrte und sich – dazu spiegelbildlich – die Spenden- und Beitragseingänge verringerten. Staatliche Eingriffe erschwerten die Arbeit zusätzlich. In einzelnen Ländern des Deutschen Reichs verloren jüdische Gemeinden die ihnen bislang als öffentliche Körperschaften gewährten Steuerprivilegien; Vereine und Stiftungen wurden von der Gestapo aufgelöst und von den Finanzämtern enteignet, jüdische Arbeitsvermittlungen verboten. Ende 1936 entzog der Reichsfinanzhof jüdischen Stiftungen und Gemeinden rückwirkend die Vermögensteuerbefreiung, die mildtätige Organisationen bis dahin generell genossen hatten.

Weil die städtischen Fürsorgeämter seit 1935 jüdischen Armen staatliche Sozialleistungen kürzten, mussten jüdische Wohlfahrtsstellen helfend eingreifen. Im Oktober desselben Jahres wurden bedürftige Juden vom Winterhilfswerk des deutschen Volkes ausgeschlossen. Folglich mussten die jüdischen Gemeinden binnen Wochen eine aus eigenen Spendeneinnahmen gespeiste Winterhilfeorganisation aufbauen. Während die Zahl der „arischen“ Arbeitslosen zwischen 1933 und dem Sommer 1936 um zwei Drittel zurückging, stieg die Zahl der jüdischen Arbeitslosen fortlaufend an: Mitte 1936 wurden mehr jüdische Arbeitslose als zu Beginn der NS-Diktatur gezählt, insgesamt 37 204⁶² – und das, obwohl schon gut 80 000 Juden emigriert waren, weit überwiegend im besten Arbeitsalter.

60 Ebd., S. 237–240; Wolf Gruner, Die Reichshauptstadt und die Verfolgung der Berliner Juden 1933–1945, in: Reinhard Rürup (Hrsg.) Jüdische Geschichte in Berlin. Essays und Studien, Berlin 1995, S. 229–266, hier: Tabelle 2, S. 257; W. Michael Blumenthal, Die unsichtbare Mauer. Die dreihundertjährige Geschichte einer deutsch-jüdischen Familie, München 2000, S. 412 f.

61 Eike Geisel, Henryk M. Broder, Premiere und Pogrom. Der jüdische Kulturbund 1933–1941. Texte und Bilder, Berlin 1992.

62 Salomon Adler-Rudel, Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933–1939 im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Tübingen 1974; Clemens Vollnhals, Jüdische Selbsthilfe bis 1938, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1988, S. 314–411, hier: S. 374.

Allein im Jahr 1933 kehrten 37 000 deutsche Juden ihrer Heimat den Rücken.⁶³ Zunächst bildeten die europäischen Nachbarstaaten Frankreich, Niederlande, Schweiz und Tschechoslowakei die Hauptziele für die Flüchtlinge, außerdem Großbritannien und Palästina. Internationale jüdische Hilfsorganisationen unterstützten die Emigranten, von denen in den ersten Monaten viele überstürzt, nur mit einem Koffer in der Hand, geflohen waren. In den Jahren 1934 und 1935 sank die Zahl jüdischer Emigranten auf 23 000 beziehungsweise 21 000. Bis Ende 1937 hatten mehr als 125 000 Juden Deutschland verlassen; von insgesamt 116 000 Kindern und Jugendlichen im Alter von 6 bis 20 Jahren waren 67 000 ausgewandert. Wegen des raschen Mitgliederschwunds lösten sich schon 1933 und 1934 viele kleinere jüdische Gemeinden auf (Dok. 101).

Zehntausende jüdische Deutsche wählten einen zweiten Weg. Sie flüchteten aus den kleineren Gemeinden in die Großstädte. Im Allgemeinen verhielten sich die Menschen dort wesentlich liberaler, viele auch nur gleichgültiger; sie standen unter wesentlich geringerem sozialen Anpassungsdruck als in den kleineren Städten, Dörfern und Marktgemeinden. Ein guter Indikator dafür ist das Verschwinden der jüdischen Einzelhandelsgeschäfte. Insgesamt halbierte sich deren Zahl in Deutschland zwischen 1933 und 1937.⁶⁴ In den Dörfern und Kleinstädten mussten fast alle Einzelhandelsgeschäfte, die Juden gehörten, schon bald aufgegeben werden. Wegen der dort sehr viel dichteren sozialen Kontrolle blieb die Kundschaft aus. Während in Hamburg rund 20 und in Berlin 30 Prozent schließen mussten, waren es in Heidelberg 47 Prozent, in Göttingen 56 Prozent und in Marburg 69 Prozent.⁶⁵

Von Auschwitz aus betrachtet, eröffnet sich eine tragische Einsicht: Je antisemitischer sich die „arischen“ Nachbarn, Kunden und Arbeitskollegen zu Anfang der NS-Herrschaft verhielten, desto schneller entschlossen sich die Bedrängten zur Flucht und retteten so ihr Leben. Zeigten sich die alten christlichen Bekannten und Freunde freundlich und hilfsbereit, entschieden sich die Verfolgten eher zum Bleiben. Das minderte ihre Überlebenschancen dramatisch.⁶⁶

Seit 1935 orientierten sich Emigranten nicht mehr nur nach Europa und Palästina, sondern in Richtung Südafrika, USA und Lateinamerika. In jenen Regionen blieb die Zahl der Immigranten jedoch zunächst gering. So gelangten von 1933 bis zum Juni 1937 etwa 17 000 Juden in die USA, deutlich weniger als die jährlich mögliche Quote von 26 000 deutschen Einwanderern. In den ersten Jahren unterstützte und privilegierte der deutsche Staat die Emigration nach Palästina und schloss zu diesem Zweck das Haavara-Abkommen, das über einen indirekten Kapitaltransfer der Emigranten zugleich den deutschen Warenexport mehrte. Zwischen 1933 und 1937 wanderten dort 40 000 deutsche Juden ein.⁶⁷

63 Zur Emigration: Werner Rosenstock, Exodus 1933–1939. A Survey of Jewish Emigration from Germany, in: LBI Year Book I (1956), S. 373–390; Herbert A. Strauss, Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses, in: LBI Year Book XXV (1980), S. 313–361, hier: S. 26 und XXVI (1981), S. 343–409.

64 Avraham Barkai, Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1943, Frankfurt a. M. 1987, S. 122–124.

65 Frank Bajohr, Dieter Pohl, Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten, München 2006, S. 29.

66 Konrad Kwiet, Gehen oder bleiben? Die deutschen Juden am Wendepunkt, in: Walter Pehle (Hrsg.), Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord, Frankfurt a. M. 1988, S. 132–145.

67 Rosenstock, Exodus (wie Anm. 63), S. 376; Werner Feilchenfeld, Dolf Michaelis, Ludwig Pinner, Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933–1939, Tübingen 1972.

Hilfsorganisationen in Deutschland und in den europäischen Nachbarstaaten organisierten und bezahlten für mittellose Emigranten Visa, Bahnfahrkarten und Schiffspassagen. Jüdische Zeitungen, insbesondere Gemeindeblätter, berichteten eingehend über Reise- und Aufnahmebedingungen in verschiedenen Ländern, ebenso über die Möglichkeiten zum Erlernen von Berufen und Sprachen oder zum Ablegen zusätzlicher Examina, die für die Emigration hilfreich sein konnten. Rechtsanwälte wie zum Beispiel Robert M.W. Kempner, der spätere US-Ankläger in den Nürnberger Prozessen, boten ihre Dienste „für die sachgemäße und schleunige Durchführung Ihrer Auswanderung“ an; junge Frauen und – entsprechend abgewandelt – junge Männer veröffentlichten Heiratsanzeigen wie diese: „Ich suche einen Mann, der bereit ist, mit mir eine Existenz in Palästina zu gründen. Ich bin 23 Jahre alt, hübsch und vermögend.“⁶⁸

Da in Palästina, aber auch in Lateinamerika, Bauern und Handwerker als Einwanderer bevorzugt aufgenommen wurden, intensivierten insbesondere zionistische Organisationen eine in den Zwanzigerjahren entwickelte Strategie der Berufsausbildung auf landwirtschaftlichen Gütern und in Handwerkskursen. 1936 bestanden etwa 30 derartige von Zionisten betriebene Ausbildungsstätten in Deutschland und ein nicht-zionistisches Ausbildungslager im schlesischen Groß-Breesen (Dok. 266). Ähnliche Einrichtungen standen deutschen Juden in vielen europäischen Ländern offen. Die so vorbereiteten jungen Leute erhielten bevorzugt Einwanderungszertifikate für Palästina.

Die Jugendlichen lernten dort Viehzucht, Acker- und Gartenbau, um sich auf die Härten einer neuen Existenz in Palästina oder anderswo vorzubereiten. Weltanschaulich stützten sie sich auf den Ideenvorrat der Zeit: den Sozialismus, den Glauben an die aufbauende Rolle der Avantgarde wie auf die deutsche Jugendbewegung, die Abenteuerlust des Pioniers, die nationale Selbstfindung und die gegen eine immer rationellere Gegenwart gerichtete Romantisierung des einfachen Lebens. Vor allem aber konnten die jungen Leute sich dort relativ frei fühlen. Joel König berichtete über das westlich von Berlin gelegene Umschulungslager Steckelsdorf: Noch nach Kriegsbeginn sei es „eine friedliche Enklave“ gewesen – „und dort durften wir leben“.⁶⁹

1935, das Jahr der Nürnberger Gesetze

Im Dezember 1934 setzten die Spitzen des NS-Staates die „restlose Ausschaltung des Juden aus der deutschen Lebensgemeinschaft“ auf die Agenda. Sie diskutierten die schon mehrfach erwogene umfassende „gesetzliche Regelung der Judenfrage“, die das Eheverbot zwischen Juden und Nichtjuden einschloss und die vollständige soziale Isolierung der jüdischen Deutschen bezweckte (Dok. 146). Im Januar 1935 begann abermals eine zentral gesteuerte Propagandaaktion, gefolgt von Gewaltakten, an denen sich neben SA und SS

⁶⁸ Anzeigen aus der Jüdischen Rundschau 1935, abgedruckt bei Susanne Heim, „Deutschland muß ihnen ein Land ohne Zukunft sein“. Die Zwangsmigration der Juden 1933 bis 1938, in: Arbeitsmigration und Flucht. Vertreibung und Arbeitskräfteregulierung in Mitteleuropa (= Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 11), Berlin 1993, S. 48–81, hier: S. 50.

⁶⁹ Werner T. Angress, Generation zwischen Furcht und Hoffnung. Jüdische Jugend im Dritten Reich, Hamburg 1985; Joel König (= Ezra Ben-Gershöm), David. Aufzeichnungen eines Überlebenden, Frankfurt a.M. 1979, S. 115.

zunehmend die Hitler-Jugend beteiligte (Dok. 169). Parallel dazu diffamierte die gelenkte Presse Juden als „Rassenschänder“ und „Verbrecher“.

Am 20. August 1935 fand im Reichswirtschaftsministerium eine interministerielle Besprechung über die wirtschaftlichen Folgen bestimmter Parteitaktivitäten statt (Dok. 189). Hjalmar Schacht berichtete über den Direktor der Reichsbankfiliale in Arnswalde, der in einem Stürmer-Kasten angeprangert worden war, weil er im Geschäft eines Juden eingekauft hatte. Schacht sprach „von höchster Perfidie und Gemeinheit“ und forderte das Ende der Anschwärzerei. Während ein Vertreter des Propagandaministeriums darin „nichts Verwerfliches“ sah, wandte sich Innenminister Frick gegen solche Übergriffe und kündigte an, sein Ministerium werde bald eine Reihe von Anordnungen vorlegen, um „die Judenfrage“ auf „völlig legale Art und Weise zu lösen“. Noch am selben Tag verkündete er per Erlass, Hitler habe kategorisch jede Einzelaktion verboten.⁷⁰ Im Fall solcher Anweisungen vertraten lokale Parteistellen nicht selten die Meinung, „gewisse Anordnungen, insbesondere auf dem Gebiet der Judenfrage, müssten dem Ausland gegenüber getroffen werden“. Jedem „echten Nationalsozialisten“ sei aber bekannt, wie „der wahre Wille des Führers [...] zu vollstrecken“ sei.⁷¹

Wenige Wochen später berieten Hitler, Goebbels, Frick und Heß während des Nürnberger Parteitags die dann so bezeichneten Nürnberger Gesetze.⁷² Sie wurden noch während des Parteitags auf einer Sondersitzung des Deutschen Reichstags akklamatorisch beschlossen und bestanden aus zwei Teilen: dem Reichsbürgergesetz und dem Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre (Blutschutzgesetz). Ersteres nahm den deutschen Juden die politischen Rechte und erklärte sie zu bloßen Staatsangehörigen. Reichsbürger konnten fortan nur noch „arische“ Deutsche sein. Das Blutschutzgesetz verbot Eheschließungen und nichteheliche sexuelle Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden, ebenso wurde Juden „zum Schutz der deutschen Ehre“ untersagt, die Reichs- und die Hakenkreuzfahne zu hissen (Dok. 198 f.). Von nun an gab es im deutschen Strafrecht das Verbrechen „Rassenschande“: In den folgenden Jahren wurden überall in Deutschland jüdische Männer wegen tatsächlicher Liebesbeziehungen zu „Arierinnen“ oder einer bloß vermuteten proxima occasio von missgünstigen Nachbarn und Sexualneidern denunziert, von der Gestapo verfolgt und von den Gerichten zu Gefängnis- oder Zuchthausstrafen verurteilt. Die beteiligten Frauen wurden strafrechtlich nicht verfolgt, jedoch nicht selten wegen „Rassenverrats“ öffentlich gedemütigt⁷³ (Dok. 186).

Das Leipziger Reichsgericht machte auf denkwürdige Weise von den neuen Gesetzen Gebrauch und stellte den „bürgerlichen Tod“ der deutschen Juden fest. Am 27. Juni 1936 wies es die Schadensersatzklage eines jüdischen Filmregisseurs ab, dem der nichtjüdische Produzent im Februar 1933 den Vertrag aus rassenpolitischem Opportunismus gekündigt

⁷⁰ Hilberg, Vernichtung (wie Anm. 1), S. 41–43.

⁷¹ Bericht des Regierungspräsidenten in Wiesbaden vom 31.8.1935, dokumentiert in: Otto Dov Kulka, Eberhard Jäckel (Hrsg.), Die Juden in den geheimen Stimmungsberichten 1933–1945, Düsseldorf 2004, beigelegte CD, Nr. 1141.

⁷² Neumann, Behemoth (wie Anm. 39), S. 151; Hans Mommsen, Die Entstehung der „Nürnberger Gesetze“, in: ders., Auschwitz, 17. Juli 1942. Der Weg zur europäischen „Endlösung der Judenfrage“, München 2002, S. 41–55; Cornelia Essner, Die „Nürnberger Gesetze“ oder die Verwaltung des Rassenwahns 1933–1945, Paderborn 2002, S. 113–154.

⁷³ Alexandra Przyrembel, „Rassenschande“. Reinheitsmythos und Vernichtungslegitimation im Nationalsozialismus, Göttingen 2003.

hatte. Gestützt auf den Passus, dass dann kein Honorar fällig werde, wenn der Regisseur den Vertrag wegen Krankheit oder Tod nicht erfüllen könne, urteilte das höchste deutsche Gericht: Dem „leiblichen Tode“ entspreche der im älteren Fremdenrecht entwickelte Gedanke des „bürgerlichen Todes“, der mit der neuen Rassengesetzgebung für die Juden eingetreten sei. Wörtlich urteilten die Richter, dass die „aus gesetzlich anerkannten rassenspolitischen Gesichtspunkten eingetretene Änderung in der rechtlichen Geltung der Persönlichkeit“ dem in dem Regievertrag vorgesehenen Fall des physischen Todes „gleichzuachten“ sei.⁷⁴

Nachdem die beiden Gesetze in Nürnberg verabschiedet worden waren, entbrannte eine Diskussion darüber, wie der Begriff „Jude“ zu definieren sei. Auf der einen Seite standen die Rassenwissenschaftler, die möglichst jedem denkbaren „jüdischen Bluteseintrag“ mit allerlei komplizierten Methoden auf die Spur kommen wollten. Auf der anderen Seite fochten die Beamten des Reichsinnenministeriums für ein möglichst rationelles, „automatisch“ funktionierendes bürokratisches Verfahren. Hitler schloss sich den Verwaltungspraktikern an. So wurde am 14. November 1935 die Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz erlassen (Dok. 210). Sie regelte, dass künftig als „Rassejude“ zu gelten habe, wer über mindestens drei Großeltern jüdischer Religion verfügte. Als Mischling 1. Grades wurden mit dieser Verordnung Menschen definiert, die zwei solcher Großeltern hatten, wer nur von einem Großelternanteil jüdischer Religion abstammte, galt hinfort als Mischling 2. Grades.

Zur Gruppe der „Mischlinge“ gehörten 1933 rund 150 000 Menschen. Die Diskriminierung traf sie oft überraschender als sogenannte Volljuden. Sie verstanden sich fast ausnahmslos als Deutsche und konnten sich nur schwer erklären, warum ihnen – oft schon seit 1933 – der Zutritt zu Vereinen, zur Hitler-Jugend oder zur Offizierslaufbahn verwehrt wurde. Schon im Juni 1933 war deshalb der Reichsverband christlich-deutscher Staatsbürger nichtarischer oder nicht rein arischer Abstammung als Interessenvereinigung der „Mischlinge“ gegründet worden.⁷⁵

Weitere 50 000 Juden lebten in „Mischehen“. Ihre Partner wurden als „jüdisch versippt“ eingestuft und deshalb stigmatisiert.⁷⁶ Um dem „arischen“ Partner die berufliche Zukunft zu sichern, ließen sich Tausende Ehepartner scheiden (Dok. 109). Blieben die Eheleute jedoch verheiratet, schützte das den jüdischen Partner später in den allermeisten Fällen vor der Deportation; dem christlichen Partner brachte die „Mischehe“ massive Nachteile (Dok. 191). Das 1946 erschienene Buch LTI widmete Victor Klemperer seiner nichtjüdischen Frau Eva, die mit ihm die Erniedrigung, die Dresdener Judenhäuser, die Angst und den Hunger durchlitten hatte: „Denn ohne Dich wäre heute dieses Buch nicht vorhanden und auch längst nicht mehr sein Schreiber.“⁷⁷

⁷⁴ Fraenkel, Doppelstaat (wie Anm. 58), S. 127.

⁷⁵ Aleksandar-Saša Vuletić, Christen jüdischer Herkunft im Dritten Reich. Verfolgung und organisierte Selbsthilfe 1933–1939, Mainz 1999. Nach dem erzwungenen Ausschluss aller „Volljuden“ wurde der Reichsverband 1937 in Paulusbund, Vereinigung nichtarischer Christen e.V. umbenannt.

⁷⁶ H. G. Adler, Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974, S. 278–322; Beate Meyer, „Jüdische Mischlinge“. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933–1945, Hamburg 1999.

⁷⁷ „Meiner Frau Eva Klemperer“, Widmung, Dresden, Weihnachten 1946, in: Victor Klemperer, LTI. Notizbuch eines Philologen, Leipzig 1947.

Von Anfang an – und verstärkt seit 1935 – wurden viele Beamte entlassen, die mit jüdischen Frauen verheiratet waren oder neben christlichen auch jüdische Großeltern hatten (Dok. 303). Der nie genau definierte Spielraum wurde im Fall der „Mischlinge“ und „Mischehen“ aus pragmatischen Gründen gewährt und um die „arische“ Verwandtschaft ruhig zu halten. So verwandelte sich die familiär gegebene Kontaktsphäre zwischen nicht-jüdischen und jüdischen Deutschen in eine undurchsichtige, von angst- und rücksichtsvollem Schweigen geprägte Trennzone, hinter der die „Volljuden“ erst recht isoliert waren. Da die Nürnberger Gesetze die Segregation der deutschen Juden von der christlichen Mehrheitsbevölkerung bezweckten, löste das Geheime Staatspolizeiamt am 14. November 1935 den Verband nationaldeutscher Juden als staatsfeindlich auf und beschlagnahmte dessen Vermögen.⁷⁸ Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens musste sich fortan Centralverein der Juden in Deutschland nennen; die Reichsvertretung der deutschen Juden hatte Reichsvertretung der Juden in Deutschland zu heißen.

Die Zentralisierung der Judenpolitik

Eine Organisation, die später für die Verfolgung der deutschen und der europäischen Juden zentrale Bedeutung erlangte, spielte in den ersten Jahren eine geringe Rolle: der Sicherheitsdienst (SD) der SS. Er war 1931 von der NSDAP als parteieigener Nachrichtendienst von dem damals 27-jährigen, aus der Marine entlassenen Offizier Reinhard Heydrich aufgebaut worden. Vom April 1933 bis 1934 leitete Heydrich zusammen mit seinem Mentor Heinrich Himmler zunächst die Bayerische Politische Polizei. Erst ein Jahr später gelang es den beiden, das Geheime Staatspolizeiamt in Preußen (Gestapa) zu übernehmen und sukzessive die Politischen Polizeien der Länder zur Gestapo zu vereinen und mit den Kriminalpolizeien zentralstaatlicher Leitung zu unterstellen.⁷⁹ Kripo und Gestapo fasste Heydrich zur Sicherheitspolizei zusammen, daneben leitete er weiterhin den SD, der sich langsam von einer Parteidienststelle in eine Staatsinstitution wandelte. In beiden Organisationen wurden Referate für Judenangelegenheiten eingerichtet, die erst langsam an Einfluss gewannen.

Die Gestapo versuchte seit Mitte 1935, die jüdische Bevölkerung auf der Basis von Mitgliederlisten jüdischer Organisationen individuell zu erfassen. Die örtlichen Dienststellen kontrollierten die dortigen jüdischen Organisationen. Sie verfolgten einzelne Juden wegen der Verletzung antijüdischer Bestimmungen, wegen Devisenvergehen und später wegen sogenannter Rassenschande. Das geschah in der Regel auf der Grundlage von Denunziationen. Hauptsächlich beschäftigte sich die Gestapo zunächst jedoch mit den politischen Gegnern des Regimes: So ging die Gestapo in Krefeld zwischen 1933 und 1937 gegen insgesamt 180 Personen vor, 19 davon waren Juden.⁸⁰

Im Oktober 1935 folgte Hitler dem Vorschlag des Reichsführers der SS, Heinrich Himmler

⁷⁸ Erlass des Gestapa (II 1 B 2 – 64640/ J. 577/35) vom 18. 11. 1935, zit. nach Joseph Walk (Hrsg.), Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien. Inhalt und Bedeutung, Heidelberg 1981, S. 141.

⁷⁹ Hans Buchheim, Die SS – Das Herrschaftsinstrument, in: Hans Buchheim, Martin Broszat, Hans-Adolf Jacobsen, Helmut Krausnick, Anatomie des SS-Staates, Bd. 1, Olten 1965, S. 38–54.

⁸⁰ Eric A. Johnson: Der nationalsozialistische Terror. Gestapo, Juden und gewöhnliche Deutsche, Berlin 2001, S. 158–174.

ler, der gesamten Polizei einen weltanschaulichen Auftrag zu geben. Das bedeutete, ihr komplexe, über die gewöhnlichen Ordnungs-, Kontroll- und notfalls Terrorfunktionen hinausgehende Aufgaben zuzuschreiben. Sie wurde nun, wie Heydrichs Stellvertreter Werner Best sich ausdrückte, zum „Wächter über den politischen Gesundheitszustand des deutschen Volkskörpers“. Am 17. Juni 1936 ernannte Hitler den Reichsführer SS Heinrich Himmler zum Chef der deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern. Himmler gliederte die Polizei neu und schuf die beiden Hauptämter Ordnungspolizei und Sicherheitspolizei. Von nun an blieben Polizei und SS fest verbunden: Himmler bezeichnete sich als Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei, Reinhard Heydrich wurde in Personalunion Chef des Sicherheitsdienstes und der Sicherheitspolizei, formell erhielt er erst am 27. September 1939 den Titel Chef der Sicherheitspolizei und des SD.⁸¹

Im Hinblick auf die olympischen Winter- und Sommerspiele achtete die Reichsregierung 1936 verstärkt auf internationale Reaktionen. Die Winterspiele wurden vom 6. bis 16. Februar in Garmisch-Partenkirchen ausgetragen. Als David Frankfurter den Leiter der NSDAP-Landesgruppe Schweiz, Wilhelm Gustloff, am 4. Februar in Davos erschoss, sorgte die NS-Führung dafür, dass antijüdische Gewaltakte unterblieben (Dok. 225). Am 7. März besetzte die Wehrmacht das gemäß den Verträgen von Versailles (1919) und Locarno (1926) entmilitarisierte Rheinland. Weder England noch Frankreich intervenierten. So verhalf das riskante Unternehmen Hitler zu neuer innenpolitischer Stärke und erhöhte seine Handlungsfreiheit beträchtlich: „Ohne Zittern und Zagen, buchstäblich ohne Rücksicht auf Verluste, setzte das Regime von nun an auf Dynamik, Aufrüstung und Krieg. Stillstand lehnte es als Gefährdung seiner Existenz ab.“⁸²

Kaum hatte Hitler am 1. August 1936 die Olympischen Sommerspiele in Berlin eröffnet, verfasste er die geheime Denkschrift zum Vierjahresplan. Sie verfolgte das Ziel, Deutschland binnen vier Jahren für einen Angriffskrieg aufzurüsten. In diesem Geheimtext sprach er kaum verschlüsselt von der geplanten Enteignung der Juden: Sie sollten in ihrer Gesamtheit für alle Schäden haftbar gemacht werden, „die durch einzelne Exemplare dieses Verbrechertums der deutschen Wirtschaft und damit dem deutschen Volke zugefügt werden“.⁸³ Für die Aufrüstung wurden derart hohe Kredite aufgenommen, dass sie nur mit der Beute eines Raubkrieges getilgt werden konnten. Auf die vielfältigen Einwände gegen das unprofitable Aufrüsten und die durch und durch unseriöse Finanzierung reagierte Göring am 17. Dezember 1938 mit der Bemerkung: „Es ist kein Ende der Aufrüstung abzusehen. Allein entscheidend ist hier der Sieg oder Untergang. Wenn wir siegen, wird die Wirtschaft genug entschädigt werden.“⁸⁴

Der Sicherheitsdienst der SS verfügte mit rund 200 Mitarbeitern im gesamten Reich 1934 weder über die personellen Ressourcen noch über die notwendige Autorität, um die anti-jüdische Politik wesentlich zu beeinflussen. Erst nach der Verabschiedung der Nürnber-

ger Gesetze begann im SD die planmäßige „Bekämpfung des Judentums“. Im Januar 1936 wurde eigens dafür die Abteilung II 112 eingerichtet, in der Adolf Eichmann und Dieter Wisliceny, zwei der späteren Hauptorganisatoren der Deportation der europäischen Juden, von Anfang an mitarbeiteten, 1937 kamen Herbert Hagen und Theodor Dannecker dazu. Wisliceny sah die Aufgabe der Abteilung im April 1937 darin, „Staat und Partei das absolut stichhaltige Material“ zu liefern, auf dessen Basis „gesetzgeberische und polizeiliche Maßnahmen“ gegen die Juden erfolgen könnten.⁸⁵ Um den Terror möglichst ziel-sicher zu gestalten, versuchte die Judenabteilung des SD 1937, alle „in Deutschland vorhandenen Juden und Judenstämme“ in einer Kartei zu erfassen. Nach einigem Hin und Her wurde auf eine Anregung des Reichsinnenministeriums beschlossen, die Personendatei mit Hilfe der für den Frühsommer 1938 geplanten Volkszählung zu erstellen, weil ein solches Verfahren sehr viel billiger und vor allem zuverlässiger sei (Dok. 288). Wegen der Annexion Österreichs wurde die Zählung um ein Jahr auf 1939 verschoben; dann aber wurden die individuellen Daten aller deutschen Juden und der „Judenmischlinge“ erhoben und in den Einwohnermelderegistern vermerkt.⁸⁶

Am 1. November 1937 trafen sich 66 Abteilungsleiter, Referenten und Hilfskräfte des SD, die entweder in der Berliner Zentrale oder in den SD-Oberabschnitten für die Judenfrage zuständig waren. Sie hörten zwölf Kurzreferate und nahmen sich drei Stunden Zeit für den Tagesordnungspunkt „Allgemeine Aussprache“. In seinem Referat erklärte Dannecker die „Methodik“, mit der die SD-Männer den Juden das Leben unerträglich machen sollten: „Keine Minute Ruhe geben, stets die führenden Juden durch Vermahnungen in Atem halten, auf jede unseren Grundsätzen zuwiderlaufende Regung, auch die kleinste, sofort reagieren, kurz: völliges Eindringen in das jüdische und insbesondere das jüdisch-politische Eigenleben. Dadurch wird zwangsläufig der Auswanderungsgedanke genährt und die Idee von einem vielleicht doch noch möglichen Weiterverbleiben in Deutschland immer mehr untergraben.“⁸⁷

Schon bevor Göring offiziell zum Beauftragten für den Vierjahresplan ernannt worden war, hatte er als Leiter des im Frühjahr 1936 gebildeten Rohstoff- und Devisenstabs eine Vorläuferfunktion inne und in dieser Eigenschaft am 7. Juni 1936 den Chef des Sicherheitsdienstes Reinhard Heydrich mit dem Aufbau eines Devisenfahndungsamts beauftragt. Es war Göring „persönlich und unmittelbar“ unterstellt und sorgte in der Folge bei den zuständigen Zoll- und Devisenprüfstellen dafür, dass die Devisenbestimmungen gegen die deutschen Juden exzessiv angewandt wurden. Göring brauchte die ausländischen Zahlungsmittel. Nur so konnten die für die Aufrüstung notwendigen Importe bezahlt und nur so die fünf Millionen Tonnen Getreide auf den ausländischen Märkten gekauft werden, die als Reichsgetreidereserve für den Kriegsfall gehortet wurden. In den folgenden zwölf Monaten trieb das neu geschaffene Amt Devisen im Gegenwert von 473 Millionen Reichsmark ein.⁸⁸

81 Buchheim, Herrschaftsinstrument (wie Anm. 79), S. 67–76; George C. Browder, Foundations of the Nazi State. The Formation of Sipo and SD, Lexington 1990, S. 208–249; Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989, Bonn 1996, S. 168–180, S. 186–191, Best-Zitat: S. 169.

82 Klaus Hildebrand, Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, 1871–1945, Stuttgart 1995, S. 611.

83 Wilhelm Treue, Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3 (1955), S. 184–210, hier: S. 210.

84 Zit. nach Hildebrand, Reich (wie Anm. 82), S. 623.

85 Michael Wildt, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002; ders. (Hrsg.), Judenpolitik (wie Anm. 49), S. 108–110 (Vermerk Wislicenys vom 7.4.1937); Herbert, Best (wie Anm. 81), S. 203–211.

86 Wildt (Hrsg.), Judenpolitik, S. 35–37, 153 f.; Götz Aly, Karl Heinz Roth, Die restlose Erfassung. Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus, überarb. Taschenbuchausg. Frankfurt a. M. 2000, S. 92–95.

87 Wildt (Hrsg.), Judenpolitik, Tagesordnung, S. 127–156, hier: S. 150.

88 Adam Tooze, Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München 2007, S. 255.

Um den für damalige Verhältnisse außerordentlich erfolgreichen Raub zu bewerkstelligen, ergingen zwei gegen wohlhabende Juden gerichtete Gesetze: zum einen das Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftssabotage, das für die illegale Verbringung von Vermögen ins Ausland langjährige Haftstrafen oder die Todesstrafe vorschrieb; zum anderen das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Devisenbewirtschaftung. Es erlaubte den Finanzämtern, von „auswanderungsverdächtigen“ Personen einen beträchtlichen Teil des Vermögens als Sicherheit für die später zu entrichtende Reichsfluchtsteuer in Beschlag zu nehmen. Offiziell konnten Juden über die Deutsche Golddiskontbank ihr Vermögen in andere Länder transferieren. Dafür mussten sie im Januar 1934 einen Abschlag von 20 Prozent hinnehmen; im Juni 1935 wurde er auf 68 Prozent und im Oktober 1936 auf 81 Prozent hochgesetzt.⁸⁹ Die Auswanderung wurde weiter gefördert, aber daraus sollten „dem deutschen Staat keine Nachteile“ entstehen. Die „Förderung“ bestand vor allem darin, den Terror gegen „die jüdische Minderheit so zu erhöhen, daß deren Emigration billiger wurde – also möglichst viele Devisen eingespart, möglichst viel Eigentum konfisziert werden konnte“.⁹⁰

Damit begann im Sommer 1936 die Enteignung der Juden zum Vorteil der deutschen Staatskasse. Mehr noch: Von nun an war das Schicksal der Verfolgten mit einem Kriegsplan verbunden, der erklärtermaßen nur die Alternative „Sieg oder Untergang“ zuließ. Bereits im Mai 1937 befasste sich der SD mit der Frage, wie mit den Juden im Fall eines Krieges zu verfahren sei (Dok. 283). In diesem Kontext erklärt sich, warum Göring 1938 die Gesetze durchpaukte, mit denen die Juden gezwungen wurden, ihr Vermögen anzumelden und mit denen ihnen endgültig die Freiheit genommen wurde, darüber zu verfügen.

Im April 1933 hatte der deutsche Staat den Juden das Recht abgesprochen, im öffentlichen Dienst zu arbeiten und als Beamte hoheitliche Funktionen zu erfüllen. Damit brach die NS-Regierung den praktisch erst 1919 gesetzten Schlussstein der Emanzipation deutscher Juden aus dem Verfassungsgefüge heraus. Als nächstes fiel im Mai 1935 die im Ersten Weltkrieg erlangte Wehrwürde.⁹¹ Mit den Nürnberger Gesetzen wurde das alteuropäische Verbot der ehelichen Bindung zwischen Juden und Christen wiedererrichtet. In ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit erlitten die Juden zwischen 1933 und 1937 in den verschiedenen Regionen, Gemeinden und Wirtschaftszweigen unterschiedliche Beschränkungen. Gesetzlich und faktisch „aus der deutschen Wirtschaft ausgeschlossen“ wurden sie jedoch erst 1938. Damit fiel als letztes dasjenige Recht, das den Juden in Deutschland zu Beginn ihrer Emanzipation als erstes gegeben worden war.

⁸⁹ Longerich, Politik (wie Anm. 1) S. 118–121 und 125 f.; Gesetze vom 1. 12. 1936: RGBl., 1936 I, S. 999 ff.

⁹⁰ Heim, Deutschland (wie Anm. 68), S. 50.

⁹¹ Wehrgesetz vom 21. 5. 1935, RGBl., 1935 I, S. 609.

Dokumentenverzeichnis 1933–1937

- 1 Jüdische Rundschau: Leitartikel vom 31. Januar 1933 zur Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler
- 2 Nationalsozialistische Monatshefte: Leitartikel vom Januar 1933 zum Kampf gegen das internationale Judentum
- 3 C.V.-Zeitung: Bericht vom 9. Februar 1933 über antijüdische Ausschreitungen in Gersfeld/Hessen
- 4 C.V.-Zeitung: Artikel vom 23. Februar 1933 gegen antijüdische Propaganda auf den Straßen Berlins und in der NS-Presse
- 5 Völkischer Beobachter: Aufruf der NSDAP vom 5./6. März 1933 an die „deutschen Künstler“ zur Reichstagswahl
- 6 Walter Gysling beschreibt Ausschreitungen und Misshandlungen in München am 9./10. März 1933
- 7 Hermann Badt bietet dem stellvertretenden Ministerpräsidenten am 14. März 1933 seinen Rücktritt als Vertreter Preußens vor dem Staatsgerichtshof an
- 8 Der Reichsinnenminister empfiehlt am 15. März 1933, die Zuwanderung und Einbürgerung von „Ostjuden“ zu verhindern
- 9 Max Moses Polke berichtet über die Verfolgung jüdischer Richter und Anwälte in Breslau zwischen dem 11. und 17. März 1933
- 10 Der Kampfbund für deutsche Kultur fordert vom preußischen Kultusminister am 18. März 1933 den Ausschluss von Juden aus dem Kulturbetrieb des Ruhrgebiets
- 11 Der deutsche Botschafter in den USA telegraphiert am 20. März 1933 an das Auswärtige Amt wegen Presseberichten über die Judenverfolgung in Deutschland
- 12 Der Bürgermeister von München verfügt am 24. März 1933, städtische Aufträge nicht mehr an Juden und Ausländer zu vergeben
- 13 Der Metallhändler Schünemann regt beim Münchener Bürgermeister am 25. März 1933 an, Altmetalle nicht an jüdische Firmen zu verkaufen
- 14 The New York Times: Artikel vom 27. März 1933 über die Vorbereitungen zu großen Protestveranstaltungen in den USA gegen Hitlers Judenpolitik
- 15 Die Stadtverwaltung Frankfurt a.M. verfügt am 28. März 1933 die Entlassung ihrer jüdischen Bediensteten
- 16 Der Staatskommissar für Berlin verbietet der Stadtverwaltung am 30. März 1933, in der „jüdischen Presse“ zu inserieren
- 17 Völkischer Beobachter: Die NSDAP ruft am 30. März 1933 zu einem reichsweiten antijüdischen Boykott auf
- 18 Privatlehrer Ackermann regt am 30. März 1933 den Boykott jüdischer Privatlehrer in München an
- 19 Der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten ruft am 30. März 1933 seine Mitgliedsfirmen auf, gegen die „internationale Greuel- und Boykotthetze“ vorzugehen
- 20 Besprechung von Vertretern jüdischer Organisationen am 31. März 1933 in Paris über die Verfolgung der jüdischen Deutschen
- 21 Henriette Necheles-Magnus beschreibt Solidaritätsbekundungen während des antijüdischen Boykotts am 1. April 1933 in Wandsbek
- 22 The Times: Artikel vom 3. April 1933 über den Mord an dem jüdischen Rechtsanwalt Schumm und weitere Gewalttaten am Tag des Boykotts
- 23 Direktor Eugen Feuchtmann berichtet dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Johannes Jeserich AG am 3. April 1933 über den erzwungenen Rücktritt zweier jüdischer Direktoren

Nach meiner Ansicht wäre dieser Sache viel mehr gedient und wäre es wahrscheinlich auch viel besser gewesen, nachdem Herr Dr. Vollkommer ja wußte, wer ich bin, wenn er mir an diesem Abend seine Meinung kundgetan hätte, anstatt sich mit dieser Angelegenheit an Herrn Minister Esser zu wenden. Ich stelle mir vor, dass Herr Minister Esser mit ganz anderen und wichtigeren Arbeiten überhäuft ist, als dass man ihn mit solchen Sachen belästigen dürfte.

Ich wäre Herrn Dr. Vollkommer sehr dankbar, wenn er mir einen Rat geben könnte, wo ich für meine allwöchentlichen Veranstaltungen gute und echte deutsche Künstler her bekomme, denn ich musste leider bei dem von der deutschen Bühne am 7. Februar veranstalteten Bühnenball die Wahrnehmung machen, dass diese Künstler durchaus nicht gefielen und der für diesen Abend verpflichtete Conferencier Carl Maria Braun derartige unglaubliche Vorträge (Zoten und Witze schlimmster Art) brachte, dass sich meine Gäste darüber aufgehalten haben.

Ich meine, wenn dem Führer des Kampfbundes für deutsche Kultur, Herrn Dr. Heinz Garmisch, durch den Theaterreferenten von der Propagandaabteilung, Herrn Schneider Franke⁵ aus München, der die Künstler von der Gesellschaft für Literatur und Bühnenkunst verpflichtete, ein derartiger Missgriff unterläuft, dann dürfte wohl der Vorwurf des Herrn Dr. Vollkommer nicht angebracht sein.

Es ist wohl für die Besucher von Garmisch-Partenkirchen ein leichtes, Kritik zu üben und zu schimpfen, da ja diese Leute mit dem Geschäft nicht vertraut sind und auch nicht wissen, wie schwer es ist, allen Geschmäckern, die bekanntlich ja sehr verschieden sind, gerecht zu werden. Wenn wirklich einmal Sachen vorkommen, die nicht sein sollen, so lässt sich das leider auch nicht vorher bestimmen.

Auf jeden Fall kann ich der Gemeinde Garmisch versichern, dass ich bisher bestrebt war und auch weiterhin bestrebt sein werde, mein Haus nach den Richtlinien des „Neuen Deutschland“ zu führen und bitte Sie, dieser meiner Versicherung Glauben zu schenken.

Heil Hitler

gez. Hanns Kilian

NB. Wie ich von Herrn R. Kunig,⁶ dem langjährigen Operetten-Tenor des Münchener Gärtnerplatz-Theaters, welcher gestern bei uns auftrat, erfuhr, ist Frau Ridi Grün nach dessen Aussage gar keine Jüdin, dies bestätigte mir auch mein Haus-Conferencier Otto Clemente, welcher im letzten Sommer Frau Ridi Grün fragte, ob Sie Jüdin wäre, was dieselbe verneinte. Mir bleibt also der Vorwurf des Herrn Dr. Vollkommer erspart und möchte ich es ihm überlassen, festzustellen, ob besagte Künstlerin eine Jüdin ist oder nicht.⁷ Wahrscheinlich hat Herr Dr. Vollkommer den Wiener Tonfall mit dem jüdischen Jargon verwechselt.

⁵ Vermutlich Josef Rudolf Schneider Franke, Schriftsteller; Autor u. a. von „Der Goldene Käfig“ (1937).

⁶ Rudolf Bonifaz Kunig (1894–1951), Schauspieler in München.

⁷ Am 25. 4. 1934 beschwerte sich die in Wien lebende Österreicherin Ridi Maria Grün, die erst später von der Denunziation erfahren hatte, bei der Obersten SA-Führung München. Sie wies den Vorwurf, Jüdin zu sein, zurück. Da sie „erheblichen Schaden“ erlitten habe, forderte sie, Vollkommer zur Rechenschaft zu ziehen, und drohte damit, die Angelegenheit Hitler vorzutragen; wie Anm. 1.

DOK. 105 X

Eine jüdische Schülerin und ihre Eltern schreiben am 18. Februar 1934 an eine nach Palästina ausgewanderte Lehrerin¹

Schreiben von Ruth,² Becky und Iwan Moses,³ Hamburg, an Lilli Traumann,⁴ Tel Aviv, vom 18. 2. 1934

Liebes, süßes, süßes Fräulein Traumann!

Wir danken Ihnen herzlich für den schönen, langen Brief. Montag waren wir zum Hafan. Da sind wir auf die Wackelbrücke gegangen und haben auch gesehen, wie ein Mann die Möwen gefüttert hat. Wir haben auch große Schiffe, Barkassen, Schlepper und Schuten gesehen. Auf dem Rückweg sind wir zum Bismarckdenkmal gegangen. Wir sind raufgeklettert. Nachdem sind wir einen ganz, ganz langen, steilen Berg hinuntergelaufen. Nachher sollten wir ganz nach unten zu Fräulein Traumann kommen.⁵ Da haben wir gesagt, das waren aber nicht viele Treppen, aber wir mußten runterkommen. Von dort sind wir zur Schule⁶ gegangen und von der Schule nach Haus.

Ich hatte mich so darauf gefreut nach Erez⁷ zu kommen, aber meine Eltern sagen, daß vorläufig nichts daraus wird, wir sind alle sehr traurig darüber. Das „Neujahrsfest der Bäume“⁸ habe ich so schön im Bar Kochba⁹ gefeiert. Jedes Kind hat ein Rätsel und eine Jaffa-Apfelsine bekommen und auch ein Bäumchen zum Pflegen.

Fräulein Traumann, können die Kinder, die Sie drüben treffen, alle schon schön Hebräisch sprechen?

Viele Grüße von ihrer Schülerin Ruth Moses

Sehr geehrtes Fräulein Traumann!

Es gefällt Ihnen dort wohl so gut, daß Sie sich nicht entschließen können, zurückzukommen? Unsere Verwandten haben Sie wohl nicht gesehen? Eine Kusine von mir (Familie Landshut), deren Tochter auch einige Stunden in unserem Kursus bei Herrn Gärtner mit-

¹ Abdruck in: Aus Kindern werden Briefe, S. 8.

² Ruth Moses (1925–1941?) wurde am 8. 11. 1941 aus Hamburg nach Minsk deportiert.

³ Bei Becky und Iwan Moses handelt es sich um die Eltern von Ruth Moses. Iwan Moses, geb. 1888 in Hamburg, arbeitete zunächst als Buchbinder, später als Betriebsleiter. Rifka (Becky) Moses, geb. 1896 in Konstantinopel, und ihr Ehemann wurden zusammen mit ihrer Tochter am 8. 11. 1941 von Hamburg nach Minsk deportiert und dort vermutlich ermordet.

⁴ Lilli Traumann (*1903), Lehrerin; von 1926 an Lehrerin an der Israelitischen Töchterschule in Hamburg, wanderte als überzeugte Zionistin 1933 nach Palästina aus; veröffentlichte dort hebräisches Unterrichtsmaterial für Kinder deutscher Einwanderer.

⁵ Nach der Emigration von Lilli Traumann übernahm deren Schwester Susi Traumann die Betreuung des dritten Schuljahrs. Susi S. Traumann (*1911), Lehrerin; emigrierte im März 1939 nach Großbritannien.

⁶ Die Israelitische Töchterschule Hamburg in der Karolinenstr. 35 wurde 1884 gegründet und 1930 als Realschule anerkannt; sie musste im Juni 1942 wie alle jüdischen Schulen schließen.

⁷ Erez: hebräisch für Land. Gemeint ist Palästina.

⁸ Hebräisch: Tu bi Schewat, der fünfzehnte Tag des Monats Schewat. Bei diesem Frühjahrsfest, das ursprünglich den Beginn der Obsternte markierte, werden Früchte aus dem „Land Israel“, z. B. Rosinen, Feigen und Granatäpfel, verschenkt und verzehrt. Heute werden zudem an diesem Tag Bäume gepflanzt.

⁹ Bar Kochba Verein, meist jüdische Turn- und Sportvereine, benannt nach dem Anführer des letzten Aufstands der Juden gegen die Römer.

gemacht hat, ist nun auch schon einige Wochen in Haifa. Die haben alle mehr Glück als wir! Für uns ist die Aussicht gleich Null.

Herzliche Grüße Ihre Becky und Iwan Moses.

DOK. 106

Bericht über die Aufführung des Schülerpuppenspiels „Till Ülespiegel“ Ende Februar 1934 in Köln-Ehrenfeld¹

Handschriftl. Eintrag von Josef Rieger in der Schülerchronik der Mittelschule Ehrenfeld vom 23. 3. 1934²

Nun zum Spiel der Klasse II³

Wir Hänneschensspieler⁴ aus II spielten Ende Februar 1934 den von uns verfaßten „Till Ülespiegel“. Wir ernteten viel Beifall, denn das Stück verlief ausgezeichnet. Einzelne gut gelungene Szenen haben wir im Bild festgehalten. Hier das erste:

[...] ⁵

Der Zahn der Zeit.

Dort sieht man, wie Till Eulenspiegel den Zahn der Zeit von dem Juden Moses kauft. Der Jude verkaufte dem Till allerhand alten Kram aus seinem Krempelladen: die Federn der Kraniche vom Ibikus, den blauen Dunst, das Band der Liebe, den fliegenden Holländer, die Dose mit dem Pech und den Zahn der Zeit. Als Federn der Kraniche vom Ibikus verkaufte der Jude eine Uhrfeder, als Band der Liebe ein Strumpfband. Links steht der Schlaukopf, der all die wunderbaren Sachen ohne Geld kaufte. Daneben der Judensohn Itzig, der an Unsauferkeit seinen Vater (in der Mitte) noch weit übertrifft. Rechts sehen wir Hänneschens, der ja nirgendwo fehlen darf. Über den Juden Moses wurde am meisten gelacht. Als der Vorhang nach dem ersten Akt fiel, klatschte man den Spielern einen ungeheuren Beifall.

Im zweiten Akt war Till auf der Universität zu Köln und wollte sein Wissen auf die Probe stellen lassen. Der Rektor überschüttete ihn mit Fragen, die überhaupt niemand zu lösen vermag. Till jedoch beantwortete sie alle schnell und kurz. Auf die Frage, wie groß der Himmelsaal sei, antwortete Till: „Geht hinauf und meßt ihn nur, sicher ist er nicht zu klein, denn Euer Wasserkopf geht noch hinein!“ Darob der Rektor falsch und beleidigt auffuhr, um ihn aus dem Saal zu schmeißen. Till ließ sich jedoch nicht hinauswerfen, sondern ging hinaus nach einer Prügelei, bei der Hänneschens, Tünnes und Schäl⁶ auf seiner Seite kämpften, um die Studenten zu verprügeln.

[...] ⁷

¹ Schülerchronik der Mittelschule Ehrenfeld 1930–1934, S. 93–95 (Kopie Privatarchiv Trapp); Faksimile des ersten Teils in: Kölner Schulen in der NS-Zeit, S. 75.

² Die mit einem Vorwort des Rektors 1930 beginnende Chronik enthält Eintragungen von Schülern, Fotos sowie Zeitungsartikel über Veranstaltungen, Feiern und Ausflüge in den Jahren 1930–1934.

³ Klasse II der Städtischen Mittleren Knabenschule, Köln-Ehrenfeld, Gravenreuthstraße (heute Städtische Realschule Dechenstraße 1, Eichendorff-Schule).

⁴ Hänneschens-Spiel: traditionelles Kölner Puppenspiel.

⁵ Im Original fehlt das Foto.

⁶ Hänneschens, Schäl, Tünnes und der im folgenden Abschnitt genannte Speimanes sind Figuren des traditionellen Kölner Hänneschens-Theaters.

⁷ Im Original fehlt hier ein Foto.

Beim Schneidermeister.

Auf dem zweiten Bild sehen wir Till beim Schneidermeister Speimanes. In den Ecken faulenzten die beiden Gesellen des Speimanes. Links steht Eulenspiegel. Dann folgt der Schneidermeister, der gerade mit einem Franzosen wegen eines neuen Anzuges verhandelt. Selbstverständlich darf das Hänneschens nicht fehlen. Ihn sehen wir wieder rechts stehen. Eulenspiegel sollte beim Speimanes die Lehrlingsprüfung bestehen. Doch Till warf die Ärmel an den Rock, wie Speimanes ihm erklärt hatte, obgleich er wußte, daß der Schneidermeister mit werfen nähren meinte. Dann treffen wir Till beim Oberbürgermeister Adenauer.⁸

Er sollte des Oberbürgermeisters Ahnen malen und ließ sich das Geld im voraus geben. Er malte jedoch keine Bilder, sondern legte sich auf's Ohr. Als Adenauer nun die Bilder sehen wollte, zeigte Till auf die weiße Wand und wollte ihm vorlügen, daß hier Karl der Große, der Herzog von Braunschweig und Phillipp von Schwaben zu sehen seien, die alle des Oberbürgermeisters Ahnen sein sollten. Adenauer, der sich betrogen sah, rief die Polizei und wollte Till verhaften lassen. Jedoch, wie bei allen Hänneschens-Stücken, ging alles gut aus. Eulenspiegel sang für die 25 Gulden ein schönes Lied, und alle tanzten aus Freude mit. Als nun der Vorhang fiel, ertönte lebhafter Beifall aus dem Zuschauerraum. Nun folgen die, denen der Beifall galt. Sie sehen wir auf dem dritten Bild.

[...] ⁹

Die Spieler

Von links nach rechts sehen wir stehend den Niederwipper, der seine Rolle als Jude Moses sehr gut spielte. Rieger ist Sprecher des Berliner Gesellen und des Oberbürgermeisters. Als Schäl löste Jansen seine Aufgabe sehr gut. Sitzend sehen wir Neideck, der unser Meistersouffleur war. Zimmermann als Eulenspiegel bekam von den Zuhörern viel Beifall. Knips spielte den Kölschen Gesellen. Trapp, unser Hänneschens, machte soviel Witze, daß wir Spieler selbst mitlachen mußten.

Das Spiel ist verklungen. Aber den kommenden Schülern werden die Bilder etwas von unserer Arbeit zeigen.

⁸ Konrad Adenauer (1876–1967), Jurist; 1906 Mitglied der Zentrumsparterie; 1917–1933 OB von Köln; 1944 im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli verhaftet, Flucht aus dem Konzentrationslager; 1945 OB von Köln, 1946 Vorsitzender der CDU Rheinland, 1949–1963 erster Kanzler der Bundesrepublik Deutschland.

⁹ Im Original fehlt das Foto.

Es wird nochmals gebeten, das Auswärtige Amt in Berlin zu befragen (vgl. letzter Absatz des Antrags vom 5. Juni 1934).⁷
Ergebenst

DOK. 128 X

Margot Littauer beschreibt ihren Schulalltag in Breslau Mitte 1934¹

Bericht von Margot Littauer² für ein Preisausschreiben der Harvard University (1940)

[...] ³

In der Schule begannen sich jetzt doch einige Dinge zu wandeln. Zuerst merkte man es an der Wahl der deutschen Arbeitsthemen, – z. B. „der 1. Mai – der Tag der nationalen Arbeit“. Wir, die juedischen Maedchen, muessen wohl ziemlich ratlos dagesessen haben. Ploetzlich ertoente ein Zuruf eines Hitlermaedchens: „Sollen die Juedischen das auch mitschreiben?“ Der Lehrer zuckte voellig verstaendnislos mit den Schultern und sagte: „na, selbstverstaendlich“. Es blieb uns also nichts weiter uebrig, wir mussten beginnen, ueber das Thema zu schreiben. Von welchem Standpunkt aus sollten wir denn bloss die Sache anfassen? Lobten wir den ersten Mai, so wuerden sie bestimmt sagen: „Juedische Speichellecker“, schrieben wir gegenteilig, so waren die Folgen ja gar nicht abzusehen. Ich beschloss also, eine sachliche Darstellung vom 1. Mai des nationalsozialistischen Staates zu geben, so gut ich es konnte. Der Aufsatz machte natuerlich einen sehr gekuenstelten Eindruck, – ich hatte noch einige Zeitungsphrasen hineingebracht, – denn es war ja fuer mich nicht moeglich, die Arbeit unbefangen zu versuchen. Wir hockten ziemlich hilflos da, guckten einander an und zuckten die Achseln. Einmal sah der Lehrer dies Achselzucken, – voellig verstaendnislos wieder! Schliesslich gab ich das verhaengnisvolle Heft ab. Auf dem Weg zum Katheder kam ich mir direkt laecherlich vor. Nach den Aufsatzstunden sagte niemand etwas, es schien, als waere es unwichtig und schon vergessen. Ich wusste ganz genau, dass der Aufsatz nichts wert sein konnte, aber diesmal brauchte mir keiner Vorwurfe zu machen. Am naechsten Tage hatten wir wieder Deutsch. Zu Beginn der Stunde stellte sich der Deutschlehrer seiner Gewohnheit gemaess vor die vorderste Bankreihe, stuetzte die Haende auf die mittelste Bank, dass die Knoechel ganz weiss wurden, und sagte:

„Jemand hat gestern komischerweise gefragt, ob die juedischen Maedchen den Aufsatz mitschreiben sollen, ich habe mich eigentlich ueber die Frage gewundert, da ich sie nicht

⁷ Über das RFM wurde auch das preuß. Wissenschaftsministerium um Stellungnahme gebeten. Letzteres holte im September 1934 Gutachten bei der Universität und bei NSDAP-Stellen ein, ob Franks geplante Tätigkeit im deutschen Interesse liege. In zwei Gutachten wurde für, in zwei anderen gegen den Antrag auf Befreiung von der Reichsfluchtsteuer votiert. Das preuß. Wissenschaftsministerium reichte am 23. 10. 1934 dem RFM den Vorgang zurück, ohne den Antrag zu befürworten; wie Anm. 1, Bl. 542–548.

¹ Margot Littauer, Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933 (1940), S. 17–19; Harvard-Preisausschreiben, Nr. 142.

² Margot Littauer (*1918) lebte 1919–1931 in Königsberg i. Pr., danach in Breslau; von 1935 an arbeitete sie als Hausangestellte und Sprechstundenhilfe; 1939 emigrierte sie nach Palästina.

³ Der gesamte Bericht, übersandt aus Tel Aviv, umfasst 34 Seiten. Zuerst beschreibt Littauer darin ihre Kindheit in Königsberg i. Pr. und Breslau, die politische Situation bis 1933 und wie sie sich nach dem Tod des Vaters 1934 um ihre herzkrankte Mutter kümmerte.

fuer so aktuell hielt; aber da sie nun einmal erhoben wurde, wollen wir sie klarstellen und darueber hinaus unsere Stellung zur Judenfrage festlegen.“

Es blieb voellig ruhig in der Klasse. Schliesslich fragte der Lehrer das Maedchen, das am Tag vorher die Frage gestellt hatte, und das er sehr gut leiden konnte: „Also, Eva Lotte, was haben Sie sich gedacht, als Sie die Frage stellten?“ Eva Lotte war sehr fuer das Theater eingenommen. Sie stellte sich gern zur Schau und versuchte immer, Mittelpunkt zu sein. So fuehlte sie sich auch jetzt hier am rechten Platz. In ganz vernuenftiger Art legte sie die Gruende dar, aus denen auch fuer uns deutlich hervorging, dass das Thema zur gleichzeitigen Bearbeitung fuer die ganze Klasse nicht geeignet war. Sie stellte fest, dass wir es weder positiv noch negativ haetten anfassen koennen. Als sie aber hinzusetzte, dass es eine Herabsetzung des Themas und des 1. Mai ueberhaupt bedeute, wenn diese Dinge von nichtdeutschen, nicht arischen Menschen beruehrt wuerden, griff der Lehrer ein und meinte, dass er ja, wie wohl alle wuessten, an eine Misskreditierung des ersten Mai, und damit einer nationalsozialistischen Einrichtung, zu allerletzt gedacht haette. Da aber die juedischen Schuelerinnen noch in den Schulrahmen mit einbezogen waeren, waere es fuer sie notwendig gewesen, eine Form der Darstellung zu finden, die sich fuer sie und ihren Spezialfall eignen koenne. Er habe jeder der juedischen Schuelerinnen genug Takt fuer die Aufgabe zugetraut, sie haetten uebrigens die Richtigkeit seiner Ansicht durchaus bewiesen, was immerhin von uns juedischen Schuelerinnen als grosses Lob aufgefasst wurde. Langsam begann von der Frage des Takts die Diskussion ins allgemeine ueberzugehen, sie hielt sich in sehr vornehmen, eingezaeunten Grenzen. Ich meldete mich hierbei nur einmal zu Wort, um einen sachlichen Vorwurf des Lehrers zu entkraeften. Er hatte naemlich darauf hingewiesen, dass die Juden sich im Mittelalter zu sehr dem Handel hingeeben haetten. Wir juedischen Maedchen waren ihm immerhin dankbar, dass er das uebliche Schlagwort „Wucherer“ vermieden hatte. Ich versuchte, ihm also zu erklaren, dass erstens die Juden im Mittelalter zu keinem anderen Beruf, sei es zu dem eines Handwerkers, sei es zu dem eines Bauern, zugelassen wurden. Die Zuenfte hatten die strengsten Verbote gegen die Aufnahme von Juden in ihren Innungen. Daraus ergab sich zunaechst, dass die Taetigkeit der Juden einseitig auf den Handel beschraenkt blieb. Dazu kam, dass den Christen verboten war, Zinsen zu nehmen, und dass dafuer die Juden Zinsgeschaeft durchfuehren mussten. Dass die Zinsangelegenheit von den Nationalsozialisten als „Wucherzins“ ausgeschlachtet worden war, lag in einem Bedeutungswandel des Wortes „Wucher“ begruendet, das im Mittelalter nur eine Bezeichnung fuer ueblichen Zinssatz gewesen war und spaeter erst zu einer Bezeichnung fuer einen zu hoch genommenen Zinssatz geworden war. Aber es war natuerlich nicht moeglich, den Lehrer, der, wie man andauernd merken konnte, in den Theorien von „aussaugenden“ Juden zu sehr verwurzelt war, in 5 Saetzen zu belehren. Immerhin machten meine Ausfuehrungen einen gewissen Eindruck auf ihn, da er Vernunftgruenden noch zugaenglich schien und wohl persoendlich noch keine schlechten Erfahrungen mit Juden gemacht hatte. Aber die Anhaenger des Lehrers waren stark in der Minderzahl, und die Stunde naehrte sich dem Ende. Nach der drastischen Aeusserung eines Maedchens:

„Dann bleibt also den Juden nichts weiter uebrig, als den Gashahn aufzudrehen“ schloss der Lehrer mit folgenden Bemerkungen ab:

„Ich bin also dafuer, die Juden leidenschaftslos zu bekaempfen und sie von uns zu entfernen. Sie sind tatsaechlich fuer uns fremd, und sie behindern unser Volkstum.“

Und dazu hatten wir zwei Stunden diskutiert! Wir hatten ia die grundsaeztlichen Dinge, die

den Nationalsozialismus haetten treffen koennen, gar nicht anruehren duerfen. Und so hoerten wir denn einmal aufrichtig und ungeschminkt die Meinung unseres „Lehrers und Erziehers“ ueber uns. Wir sollten ihm wohl dankbar fuer sein Entgegenkommen sein, dass er uns zum Unterschied gegen viele andere nur „leidenschaftslos“ bekaempfen wollte. [...]⁴

DOK. 129

Internationales Ärztliches Bulletin: Artikel vom Juli/August 1934 über den Mord an Erich Mühsam im Konzentrationslager Oranienburg¹

Erich Mühsams² Ermordung

In der ersten Juliwoche sind in Hitler-Deutschland Leichen von Führern aller Grade, von Grafen, Fememördern, von katholischen Publizisten und von irrtümlich erschossenen Personen aufgetürmt worden.³ Auch in den Gefängnissen und Konzentrationslagern, in denen Zehntausende von deutschen Arbeitern und Angehörigen freier Berufe der nationalsozialistischen Brutalität seit eineinhalb Jahren ausgesetzt sind, hat man in der Woche der Mordfreiheit gewütet. Vom deutschen Nachrichtenbureau wurde die Meldung in die Welt gesetzt, daß *Erich Mühsam*, der unerschrockene Kämpfer, Dichter und Sänger der Freiheit, seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht habe. Alle, die diesen aufrechten Mann kannten, wußten, daß *Erich Mühsam* niemals seinen Kerkermeistern den Gefallen des freiwilligen Todes erweisen würde. Jetzt hat seine Witwe, Frau *Zensl Mühsam*,⁴ die in diesen Tagen nach Prag gelangen konnte, in einer Pressekonferenz den ganzen Leidensweg durch die verschiedenen Konzentrationslager geschildert. Gleich nach dem Reichstagsbrand verhaftet, wurde er in den berüchtigten Lagern von Sonnenburg, Oranienburg und Brandenburg in unvorstellbarer Weise in den sog. „Judenkompagnien“ viehisch mißhandelt, zu Boden getreten, mit Gummiknüppeln und Fäusten geschlagen. Am

4 Anschließend beschreibt Margot Littauer, wie sie in Königsberg vom 1. 10. 1935 an als Sprechstundenhilfe bei dem Hausarzt Dr. Littauer arbeitete, mit dessen Hilfe sie das Abitur nachmachte und den sie 1938 heiratete. Auf den Entzug seiner Approbation hin emigrierten die Littauers 1939 kurz nacheinander nach Palästina.

1 Internationales Ärztliches Bulletin, Prag 1934, H. 7/8, S. 119 f. (Reprint Berlin 1989: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 7). Das Bulletin erschien als Zentralorgan der Internationalen Vereinigung Sozialistischer Ärzte von 1934–1939 zunächst in Prag, dann in Paris.

2 Erich Mühsam (1878–1934), Schriftsteller; Anarchist und Kriegsgegner; 1919 wegen Beteiligung an der bayer. Rätepublik in Haft; 1925–1929 aktiv in der Roten Hilfe, 1926–1933 Hrsg. von Fanal. Anarchistische Monatsschrift; von Ende Februar 1933 an Haft in verschiedenen Gefängnissen und KZ, von Januar 1934 an im KZ Oranienburg, dort am 10. 7. 1934 ermordet; Autor u. a. von „Wüste, Krater, Wolken. Gedichte“ (1914) und „Staatsräson. Ein Denkmal für Sacco und Vanzetti“ (1928).

3 Anlässlich einer Führertagung der SA ließ Hitler am 30. 6. 1934 den SA-Chef Ernst Röhm und andere Angehörige der SA-Führung durch die SS ermorden. Gleichzeitig fielen innerparteiliche Opponenten, darunter „Alte Kämpfer“ der NSDAP, der Mordaktion zum Opfer, ebenso politische Gegner aus den konservativen Reihen, darunter der letzte Reichskanzler der Weimarer Republik Kurt von Schleicher. Die Reichsregierung rechtfertigte die Aktion, die angeblich einen von Röhm geplanten Putsch verhindern sollte, nachträglich am 2. 7. 1934 per Gesetz mit einem „Staatsnotstand“.

4 Richtig: Kreszentia Mühsam (1884–1962). Seit 1915 mit Erich Mühsam verheiratet, emigrierte sie nach dessen Tod in die Sowjetunion. Dort war sie jahrelang in Lagern inhaftiert; 1955 Ausreise in die DDR.

9. Juli 1934 sagte ihm der Sturmbannführer Erhardt:⁵ „Wie lange gedenken Sie eigentlich noch auf dieser Welt herumzugehen? Wenn Sie nicht innerhalb von zwei Tagen Selbstmord begehen, wird man nachhelfen!“ Erich Mühsam lehnte den freiwilligen Tod mit aller Entschiedenheit ab. Am Abend des gleichen Tages hat man nachgeholfen. Die Leiche zeigte Spuren am Hals, daß Mühsam offenbar an einem Strick geschleift wurde, und zwar so, daß der Kopf auf der Erde aufgestoßen ist. Denn der Hinterkopf war zertrümmert. Auf dem Totenschein ist auch nicht Selbstmord als Todesursache angegeben worden, weil kein Arzt das unterschreiben wollte. Frau Mühsam, deren Mitteilungen in der Pressekonferenz und in den Zeitungen aller Länder begreiflicherweise großes Aufsehen erregten, verlangte mit Recht die Obduktion der Leiche. Sache der Weltöffentlichkeit muß es sein, über die Berichterstattung hinaus ihre Pflicht zu erfüllen und die Befreiung der zahlreichen bedrohten Kämpfer zu erzwingen.

Mit *Erich Mühsam*, der in allen politischen und kulturellen Lagern der Welt unzählige Freunde hatte und der in dem Kreise der sozialistischen Ärzte in Wort und Schrift immer wieder für die Befreiung und menschenwürdige Behandlung der politischen Gefangenen wirkte, ist ein prächtiger Kämpfer und edler Mensch vernichtet worden. Seinen Trotz und unbeugsamen Mut hat er im Leben und in seinen Liedern gezeigt:

„Da streckt ihn ein Kolbenschlag rücklings hin,

Und sterbend droht er den Weißen:

Ihr könnt, ob ich selbst auch verloren bin,

Den Glauben mir nicht entreißen:

Ich sterbe, doch am Leben bleibt

Die Revolution!“

DOK. 130

Die Geheime Staatspolizei verbietet am 2. August 1934 den Mitgliedern jüdischer Jugendverbände das Tragen von Uniformen und wehrsportliche Übungen¹

Rundschreiben des Inspektors der Gestapo (II 1 B. 2 23929/672 /R. 5), i. V. gez. Patschowski,² an alle Staatspolizeistellen sowie nachrichtlich an die Ober- und Regierungspräsidenten vom 2. 8. 1934

Arbeitsrichtlinie 5

betreffend *Jüdische Jugendverbände*, unter Bezugnahme auf den Erlass II 1 16426 vom 29. 5. 1934.

Aus Berichten zahlreicher Staatspolizeistellen habe ich entnommen, dass in letzter Zeit durch das geschlossene Auftreten jüdischer Jugendverbände in einheitlicher Uniform erhebliche Unruhe in Kreisen der Partei-Organisationen und der Bevölkerung im allgemeinen entstanden ist, die teilweise sogar zu Zusammenstößen geführt hat.

5 Vermutlich Hermann Erhardt, 12. 2. 1933 NSDAP-Eintritt.

1 RGVA, 501k-1-17, Bl. 22–24.

2 Dr. Günther Patschowski, von 1937 an Günther Palten (*1903), Jurist; Rechtsanwalt in Breslau; 1931 NSDAP- und 1932 SS-Eintritt; 1932–1933 Staatsanwalt in Breslau, 1933 Übernahme in die Polizeiverwaltung, 1935–1938 Vertreter des Polizeipräsidenten in Gleiwitz, 1939–1941 Regierungspräsident in Bromberg, 1941–1945 Regierungspräsident in Linz; 1944 SS-Brigadeführer.

Der sechzehnjährige Werner Angress beschreibt am 18. Februar 1937 seine Reaktion auf den Selbstmord seines Gruppenleiters im Umschulungslager Groß-Breesen¹

Handschriftl. Tagebuch von Werner Angress,² Eintrag vom 18. 2. 1937

Groß-Breesen,³ d. 18. 2. 37.

Hannio⁴ ist tot! Drei kurze, banal klingende Worte, und was für schwerwiegende Worte. Ich habe damals nicht gleich geschrieben, teils weil ich es nicht konnte, teils weil ich später nicht dazu kam. Hannio hat sich am 2. Februar, in der Nacht vom 1. zum 2., in einem Breslauer Hotel das Leben genommen. Es klingt ganz furchtbar roh und kalt, wie ich das hier schreibe, aber ich tue es, um nicht sentimental zu schreiben, was noch schlimmer wäre. Hannio war körperlich schwach, er war krank, hatte eine Nierenkrankheit, und fühlte sich nicht fähig, Siedler zu werden. Er hatte sein ganzes Leben endlich, nach vielen verunglückten Versuchen in anderen Berufen und Gemeinschaften, auf Breesen aufgebaut. Das war der innere Grund. Der Anlaß war, daß bei der Kantinenabrechnung aus seiner Zeit mehrere Hundert Mark fehlten. Er wurde zur Rede gestellt, beteuerte, daß er nicht wüßte, wo das Geld sei. Man glaubte ihm, aber trotzdem fehlte das Geld. In dieser Stimmung und dem Gefühl, daß er vielleicht nicht mitkommen könnte und siedeln könnte,⁵ daß er so wohl krankheitshalber als auch wegen der ungeklärten Kantinensache Groß Breesen verlassen mußte, daß er nicht [sehen] wollte, wie alle nach und nach rübergingen und er zurückbleiben muß, weil er Gr[oß] Breesen liebte, nahm er eine Überdosis Schlafpulver, an der er am 2. Februar, Dienstag um fünf Uhr, starb.

Hannio war in der Kantinensache zwar schlampig und unordentlich gewesen, aber ehrlich. Hannio ist, das ist ganz gewiß, kein unehrlicher Mensch gewesen. Hannio war mein Führer, seitdem er mich Gerts⁶ Einfluß entriß, und in letzter Zeit war er mein Freund. Jetzt merkt man hier, äußerlich, kaum mehr etwas von diesem Verlust. Alles geht weiter. Nur in einem selbst ist eine leere Stelle, wie damals bei Stella.⁷ 2 Freunde, 2 Jungen der

Gruppe, der Hanniotengruppe, in einem knappen halben Jahr. Hannio fehlt überall, die Gruppe führt Bondy.⁸ Jochen⁹ leitet den technischen Ordnungsteil. Aber Hannio fehlt. Daß wir ihn nicht vergessen, ist klar. Einen Menschen, den man gern hatte, dem man viel verdankt, und der einem fehlt, den kann man ja gar nicht vergessen. Hannios Wunsch war es, daß wir weiterarbeiten, in der Gruppe und an uns, so wie er uns den Weg wies. Ich schreibe erst heute, weil ich heute ruhiger bin. Ich habe heute eine schwere Verantwortung, genauso wie alle anderen Jungen, die wichtig in der Gruppe sind, seine Gruppe. Wir bleiben weiter: „die Hannioten“, äußerlich, und hoffentlich auch innerlich. Wenn ich mir das eben Geschriebene durchlese, so habe ich das Gefühl, gar nicht das geschrieben zu haben, was ich denke. Aber das ist, glaube ich, gut so. Ich will hart werden. „Töp¹⁰ werde hart, Du mußt es!“, das war das Ende jedes Gesprächs mit Hannio. Ja, ich will es! Ich gehe und sehe vorwärts, ohne daß das jetzt phrasenhaft sein soll. Ich hoffe, daß die Gruppe klappt. Ich werde meinen Teil dazu tun. Ich glaube, daß die Freundschaft Prinz-Töpfer-Stefan klappt. Auch dazu will ich alles tun. Hannio hat uns ja allen unsern Weg gezeigt, wir brauchen ihn nur zu gehen: „Der Weg von dem Mitglied der Gemeinschaft über die Härte sich selbst gegenüber zur Persönlichkeit!“ Das ist mein Weg, wie Hannio ihn mir zeigte. Ich will ihn gehen.

Hannio war nicht feige. Hannio hat aus keinem Impuls heraus gehandelt, sondern er war konsequent. Alles für Groß-Breesen! Als er sich dieser Idee verschworen hatte, und er sah sie für sich zerbrechen, da machte er Schluß, da er sein Leben für sinnlos hielt. Man lobt einen Toten immer. Ich tue es nicht. Ich kannte Hannios Fehler, aber ich kannte auch seine Stärken. Und eine davon war: „Was ich mir vornehme und als richtig erkannt habe, das führe ich aus.“ Mit diesem Gedanken führte er diesen Schritt aus. Nein, Hannio war nicht feige. Er bleibt mir Führer.

1 Werner Angress, Tagebuch [Anfang Mai 1936 bis 6. 5. 1941], (o. S.); LBIJMB, Sammlung Werner Angress.

2 Dr. Werner Thomas Angress (*1920), Historiker; 1936–1937 Lehrausbildung in Groß-Breesen; emigrierte im Oktober 1937 in die Niederlande, von dort 1939 in die USA; 1941–1945 Soldat der US-Armee; später Professor für europäische Geschichte, zuerst in Berkeley, dann in Stony Brook, New York. Lebt heute in Berlin; Autor u. a. von „... immer etwas abseits: Jugenderinnerungen eines jüdischen Berliners“ (2005). Zu seiner Emigration siehe Dok. 310 vom 20. 11. 1937.

3 Groß-Breesen (Kreis Trebnitz in Schlesien): Das Lager wurde im April 1936 auf einem gepachteten Rittergut als freies Lehrgut für Übersee-Gruppenwanderer von der Reichsvertretung der Juden in Deutschland eingerichtet, um jüdische Jugendliche in der Landwirtschaft auszubilden. Seit 1939 unterstand Groß-Breesen mehr und mehr dem Zwangseinsatz. Die letzten Insassen wurden 1943 nach Auschwitz deportiert.

4 Hermann Ollendorf (ca. 1917–1937) stammte aus Breslau und trug den Spitznamen Hannio, in Anlehnung an die literarischen Figuren Hanno Buddenbrook und Tonio Kröger aus Werken Thomas Manns.

5 Ziel war eine gemeinsame Gruppenwanderung nach Übersee, die jedoch scheiterte. Dennoch gelang es den meisten Jugendlichen, mit oder ohne ihre Familien, Deutschland zu verlassen.

6 Gert Lippmann (*1914), letzter Bundesführer der Jungenschaft Schwarzes Fähnlein, emigrierte 1935 nach Paris und kämpfte während der deutschen Besetzung in der Résistance; von 1946 an lebte er in Australien, dort später Inhaber eines Versicherungsunternehmens.

7 Gemeint ist Herbert Stern (1919–1936) aus Nürnberg. Er ertrank in Groß-Breesen am 30. 8. 1936 beim Baden; siehe Tagebucheintrag von Werner Angress vom 30. 8. 1936; wie Anm. 1.

8 Dr. Curt Bondy (1894–1972), Psychologe; 1921–1923 im Jugendgefängnis Hahnöfersand bei Hamburg tätig, später Leiter der Jugendstrafanstalt Eisenach, 1930–1933 Professor für Sozialpädagogik in Göttingen, nach der Entlassung Arbeit im Jüdischen Hilfswerk in Frankfurt a. M., 1936–1939 Leiter des Lehrguts Groß-Breesen; emigrierte 1939 nach Großbritannien, 1941 in die USA, dort Professor in Richmond (Virginia), dann 1951–1959 Professor und Leiter des Psychologischen Instituts der Universität Hamburg.

9 Jochen Feingold (1919–ca. 2002), von Mai 1936 an Ausbildung in Groß-Breesen; emigrierte 1939 nach Kenia, dort als Landwirt und später Berater der kenianischen Regierung tätig; lebte zuletzt in England.

10 Töp/Töpfer: Spitznamen von Werner Angress.

Berufsausbildung durch entsprechende Zeugnisse. Eine abgeschlossene handwerkliche Ausbildung ist daher in vielen Fällen die Voraussetzung für die Durchführung der Auswanderung. Da die Ausbildungsplätze in den jüdischen Lehrwerkstätten für die Ausbildungsanwärter einerseits nicht ausreichen und andererseits eine Erweiterung der Lehrwerkstätten finanziell nicht möglich ist, würde daher die Zulassung jüdischer Lehrlinge und Gesellen zur Ausbildung in Betrieben des Handwerks und in der Industrie zum Zwecke der Vorbereitung der Auswanderung die Auswanderungsfähigkeit einer beträchtlichen Anzahl von Personen begründen. Darüber hinaus würde die Ermöglichung einer Ablegung der Gesellen- und Meisterprüfung, gegebenenfalls vor einem unter Kontrolle und Mitwirkung der Handwerkskammer gebildeten jüdischen Prüfungsausschuss, unter Ausstellung entsprechender Zeugnisse eine wesentliche Förderung der Auswanderung bedeuten.

Zusammenfassend glauben wir zu der Feststellung gelangen zu können, dass unter Berücksichtigung der in diesem Bericht erwähnten Gesichtspunkte und unter der Voraussetzung, dass die gegenwärtigen Einwanderungsbedingungen im wesentlichen erhalten bleiben, eine Steigerung des Gesamtumfanges der jüdischen Auswanderung aus Deutschland gegenüber dem Vorjahr um etwa 15 % erreicht werden dürfte.

[...] ¹⁸

DOK. 309

Die Ärztin Hertha Nathorff beklagt am 18. November 1937 die Überwachung ihres Vortrags beim Jüdischen Frauenbund durch die Gestapo¹

Tagebuch von Hertha Nathorff, Eintrag vom 18. 11. 1937 (Typoskript 1940)

18. 11. 1937. Ich hab einen Vortrag gehalten über Frauenhygiene. Nur meinen Frauen vom jüdischen Frauenbund² zulieb – mir selber hat es keinen Spass gemacht – erst das Manuskript der Gestapo einreichen – dann in Gegenwart eines Beamten den Vortrag ablesen!! – Wie lächerlich, wie deprimierend – ich war so gewöhnt, stets frei zu sprechen – aber da hätte ich ja vielleicht irgend etwas gegen die Regierung sagen können! Es ist ebenso dumm wie lächerlich, was sie Einem zumuten, nur um zu schikanieren und zu kränken. Und um 10 Uhr pünktlich musste Schluss sein.

Aber der Frauenbund ist noch die einzige Möglichkeit, uns zu treffen. Alles andere ist untersagt.

¹⁸ Im Original folgt Teil II „Förderung der Auswanderung minderbemittelter Auswanderer“. Er gliedert sich in „Einzelwanderung“, „Familienwanderung“ und „Gruppenwanderung“ und behandelt die Förderung durch Darlehen, die Berufsvermittlung, den Familiennachzug sowie die Organisation von Siedlungsprojekten.

¹ Hertha Nathorff, Tagebuch 30. 1. 1933 bis 9. 5. 1965, S. 33; ZfA/A Berlin, Lebensgeschichtliche Sammlung, Hertha Nathorff. Abdruck in: Das Tagebuch der Hertha Nathorff, S. 99 f.

² Der Jüdische Frauenbund wurde 1904 gegründet. 1935 gehörten dem Dachverband 450 Vereine mit insgesamt 50 000 Mitgliedern an.

DOK. 310

Der siebzehnjährige Werner Angress schildert am 20. November 1937 seine Flucht aus Deutschland¹

Handschriftl. Tagebuch von Werner Angress, Eintrag vom 20. 11. 1937

London, d. 20. 11. 37.

Lange, sehr, sehr lange, habe ich nicht eingeschrieben. Viel hat sich ereignet, viel Schönes ist geschehen und wieviel Trauriges auch. Seit dem 30. Oktober bin ich nicht mehr in Breesen². Mein Vater³ mußte sein Geschäft aufgeben und rettete sein Geld in's Ausland, entgegen allen Devisengesetzen.⁴ Ich mußte mit, da man mich sonst evtl. als Geisel in's KZ gesteckt hätte. Ich fuhr am 30. nachts allein nach Amsterdam, während mein Vater nach Prag fuhr. Das Geld, meine Mutter und meine Brüder⁵ waren schon im Ausland, in London. Ich blieb 1 Woche allein in Amsterdam und traf dort Meui.⁷ Wir wurden Freunde, wir 2, die wir uns noch nie gesehen hatten und doch uns schnell kennenlernten, über ein Ziel, Deutschland.

Viel ist mir Breesen, ja alles, auch wenn ich von seinen Menschen räumlich getrennt bin. Da ist erst Leus,⁸ das Mädels, das ich liebe und das mich liebt, meine Freundin. Dann Stef,⁹ Prinz,¹⁰ Jochen, Bondy, Traut,¹¹ Büh¹² und all die anderen, die mir zum Teil sehr viel sind und bedeuten. Unfreiwillig verließ ich Deutschland, unfreiwillig Groß-Breesen. Ich liebe Breesen und seine Menschen, und die 3 Menschen, die es mit ihrem Tod besiegelten, sie sollen mir auch helfen, Breesen weiter treu zu sein, alles zu erreichen, um mit den mir wesentlichen Leuten zusammenzubleiben.¹³ 1½ Jahre Breesen sind viel.¹⁴ Sie binden.

¹ Werner Angress, Tagebuch [Anfang Mai 1936 bis 6. 5. 1941], (o. S.); LBIJMB, Sammlung Werner Angress.

² Breesen: Groß-Breesen, seit 1936 landwirtschaftliches Ausbildungslager der Reichsvertretung der Juden in Deutschland für die Gruppenwanderung nach Übersee; siehe dazu Dok. 266 vom 18. 2. 1937.

³ Ernst Angress (1883–1943), Bankkaufmann; von 1918 an 1. Prokurist und von 1932 an Inhaber der Privatbank Königsberger und Lichtenhein; emigrierte 1937 nach London, dann 1938 nach Amsterdam; 1941 wurde er in Amsterdam verhaftet und wegen Devisenvergehens in Berlin verurteilt, 1941–1942 Haft im Zuchthaus Brandenburg, Ende 1942 von dort deportiert, im Januar 1943 in Auschwitz umgekommen.

⁴ Zur Veränderung der Devisengesetzgebung zuungunsten jüdischer Emigranten im Jahr 1937 siehe Dok. 304 vom 26. 10. 1937.

⁵ Henny Angress, geb. Kiefer (1892–1985), überlebte in Amsterdam im Untergrund; heiratete 1947 nach Großbritannien. Die beiden jüngeren Söhne Fritz Peter (*1923) und Hans Herbert (*1928) emigrierten 1947 in die USA und leben heute in Kalifornien.

⁷ Dr. Werner Warmbrunn (*1920). Angress hatte dessen Adresse beim Abschied aus Groß-Breesen erhalten. Warmbrunn emigrierte in die USA und wurde dort später Professor für Geschichte am Pitzer College in Claremont/Kalifornien; Autor u. a. von: „The Dutch under German Occupation 1940–1945“ (1963).

⁸ Anneliese Fränkel (*1921), Tochter eines Nürnberger Sägewerkbesitzers; lebt in den USA.

⁹ Stefan Katz (1920–ca. 2004), Freund und Zimmergenosse von Angress in Groß-Breesen.

¹⁰ Hermann Neustadt, später Harvey P. Newton (1920–1998), stammte aus Breslau; emigrierte in die USA, leistete vier Jahre Dienst in der US-Armee; arbeitete als Agronom; lebte zuletzt in Costa Rica.

¹¹ Traut Fleischer (ca. 1922–1947), emigrierte nach London, dort als Haushaltshilfe und Krankenschwester tätig.

¹² Gerd Bühler (1922–1942) stammte aus Köln und emigrierte 1939 zunächst in die Niederlande, dann mit seinen Eltern in die USA; er fiel im Sommer 1942 als Angehöriger der US-Armee in der Normandie.

¹³ Während des Aufenthalts von Werner Angress starben zwei Jugendliche bei Unfällen, ein guter Freund nahm sich das Leben; siehe Dok. 266 vom 18. 2. 1937.

¹⁴ Angress hatte von Mai 1936 bis Oktober 1937 im Lager Groß-Breesen gelebt.

Schwer war der Abschied von Breesen, schwer und hart. Auch ich blieb hart, das erste Mal in meinem Leben. Diesmal kam es aber auch drauf an. Ich war, als meine Eltern mir ihren verzweifelten Plan unterbreiteten, ausgerissen, weggerannt von Berlin, nach Breesen. Ich hatte meinen Eltern einen Brief dagelassen, in dem ich ihnen mit Selbstmord drohte. Mir war es ernst. Ich sah im Leben ohne Breesen keinen Sinn mehr. Das war schwach, denn Breesen ist ja so stark in mir, daß es mir auch in der Ferne noch Sinn gibt, daß ich weiter Hanniot¹⁵ bin und unter den Breesener Gesetzen stehe.

Mitte Dezember will ich zu Meui, mit ihm trampen, mit ihm auf Fahrt gehen. Wir, 2 Jungen, die Emigranten sind, aber keinen Haß auf Deutschland haben, sondern nur grenzenlose Liebe zu ihm, dem Land, dessen Kraft, Schönheit und Stärke uns schon in's Blut eingepflichtet sind. Dem wir verfallen sind und das wir weiter lieb behalten werden. Ich will jetzt öfter einschreiben, will schreiben, was ich tue und treibe und will eine Kontrolle über mich selbst führen. Will meine Wünsche, meine Gedichte, meine Gedanken hier hineinschreiben, und will einst sehen, ob ich mich wirklich allein leiten konnte, so, wie ich es jetzt vorhabe. Gerade, ehrlich, treu, hart und Deutsch, allem und allen zum Trotz: Deutsch.

DOK. 311

Das Auswärtige Amt drängt beim Chef der Reichskanzlei am 23. November 1937 auf die Kennzeichnung jüdischer Geschäfte¹

Schreiben des StS des AA (83-21 D.5./11.), gez. von Mackensen,² an den Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei, Lammers,³ vom 23. 11. 1937 (Abschrift)⁴

Sehr geehrter Herr Lammers!

Bekanntlich ist es den Beamten und Angestellten des Reichs verboten, in jüdischen Geschäften zu kaufen. Im Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes haben sich bei der praktischen Durchführung des Verbots ständig große Unzutraglichkeiten daraus ergeben, daß Beamte des auswärtigen Dienstes im Einzelfalle sich nur unvollkommen darüber unterrichten können, ob eine Firma als jüdisch zu gelten hat oder nicht. Besonders schwierig ist diese Feststellung für diejenigen Beamten, die im Auslande dienstlich tätig sind und von dort aus Waren bestellen oder auf Urlaub in der Heimat kaufen. Ein langwieriger Schriftwechsel ist beispielsweise mit den zuständigen Behörden schon geführt worden, nur um

¹⁵ Hanniot: Angehöriger der bis zu dessen Suizid von Hannio geführten Lagergruppe. In Groß-Breesen benannten sich die Gruppen nach den Zimmerältesten.

¹ BArch, R 3601/1859, Bl. 289+RS.

² Dr. Hans Georg von Mackensen (1883–1947), Offizier und Jurist; von 1911 an im preuß. Justizdienst, von 1919 an im AA tätig; 1934 NSDAP- und 1937 SS-Eintritt; 1933–1937 Gesandter in Budapest, März 1937 StS im AA, 1938–1943 Botschafter in Rom, 1944 in den Ruhestand versetzt.

³ Dr. Hans Heinrich Lammers (1879–1962), Jurist; zunächst Richter, von 1921 an im RMDI tätig; 1932 NSDAP- und 1933 SS-Eintritt; von 1933 an StS und Chef der Reichskanzlei, mit der Vorbereitung der Regierungsgeschäfte betraut, von 1937 an als Reichsminister, von 1939 an Geschäftsführung im Ministerrat für die Reichsverteidigung; 1949 im Wilhelmstraßenprozess zu 20 Jahren Haft verurteilt, 1951 entlassen.

⁴ Eine Abschrift des Schreibens wurde den Obersten Reichsbehörden zur Kenntnisnahme übersandt. Reichskirchenminister Kerrel schrieb am 2. 12. 1937 den Reichsministern, auch an ihn sei das Anliegen mehrfach herangetragen worden. Mit Rücksicht auf die Weihnachtsverkäufe und im Interesse weiter Volksteile bitte er um baldige Regelung; wie Anm. 1, Bl. 290.

Klarheit darüber zu schaffen, ob das Warenhaus Wertheim als jüdisch anzusehen ist oder nicht.⁵ Im Interesse der ihm anvertrauten Gefolgschaft des Auswärtigen Amtes, die bei einem Verstoß gegen das Verbot großen Unzutraglichkeiten ausgesetzt ist, hält es der Herr Reichsaußenminister⁶ daher für notwendig, zunächst einmal die Frage zu klären, welche Geschäfte *in Berlin* als jüdisch anzusehen sind.

Soweit mir bekannt ist, hat das Reichs- und Preußische Ministerium des Innern bereits einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Kennzeichnung jüdischer Geschäfte und zugleich die Vorbereitung einer Liste jüdischer Geschäfte vorsieht.⁷ Es erscheint mir aber notwendig, wenigstens die angeschnittene Frage schon jetzt zu klären, und ich wäre Ihnen daher dankbar, wenn Sie dafür Sorge tragen würden, daß die geplanten Maßnahmen schnellstens getroffen werden.

Weiterhin würde es der Herr Reichsaußenminister begrüßen, wenn in diesem Zusammenhange auch die Frage der Behandlung solcher Firmen zur Entscheidung gebracht würde, die zwar nichtarischen Einschlag haben, aber in ihrer Gefolgschaft hunderten oder gar – wie in großen Warenhäusern – tausenden von rein arischen Volksgenossen Lebensunterhalt gewähren.

Mit bestem Gruß und Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener

DOK. 312

Propagandaminister Goebbels propagiert am 26. November 1937 den Ausschluss der Juden aus dem deutschen Kulturleben¹

Ansprache von Joseph Goebbels, Jahrestagung der Reichskulturkammer und der NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude, Berlin, vom 26. 11. 1937

[...]²

Nur so haben wir im Bereiche des deutschen Kulturlebens ohne nennenswerte Erschütterung eine Frage lösen können, die gerade auf diesem Gebiet in der vernationalsozialistischen Zeit für schlechterdings unlösbar galt: Wir haben die Juden beseitigt und Führung und Repräsentanz des deutschen Geisteslebens der Nation und der Welt gegenüber wieder in deutsche Hände gelegt. Was das bedeutet, kann nur der ermessen, der eine Vorstellung davon besitzt, wie tief der jüdische Einfluß gerade in das deutsche Kultur-

⁵ Siehe dazu Dok. 278 vom 7. 5. 1937.

⁶ Reichsaußenminister war zu diesem Zeitpunkt Konstantin Freiherr von Neurath.

⁷ Die Forderung nach der Registrierung und Kennzeichnung jüdischer Gewerbebetriebe wurde mit der 3. VO zum Reichsbürgergesetz vom 14. 6. 1938 realisiert; RGBl., 1938 I, S. 627.

¹ DRA, FHB NM 59/5/3, Transkription: 5. 45-12. 25 Min; Abdruck nach: Roller/Höschel, Judenverfolgung und jüdisches Leben, Bd. 1, S. 98–100.

² Gesamtdauer der Rede 35 Minuten. Goebbels leitete seine Rede mit Erörterungen zum Wesen der „Organisation“ ein, die im Leben der Völker eine ausschlaggebende Rolle spiele. Zugunsten „eines größeren und umfassenderen Lebensgesetzes“ müsse die „Aufgabe gewisser individueller Privatrechte“ verlangt werden. Danach kam Goebbels auf die „Säuberung“ des Kunstbetriebs zu sprechen. Die Rede wurde gekürzt vom Völkischen Beobachter wiedergegeben: VB (Norddt. Ausg.), Nr. 331 vom 27. 11. 1937, S. 2.